

# LIBERTAS

Europäische Zeitschrift · Revue Européenne  
European Review

1 / 1985

Prof.Dr. Wilhelm Hahn MdEP: Europäische Medienpolitik.....	1
Prof.Dr. Werner Münch MdEP: Die "Grünen" in Europa.....	7
Florus A. Wijzenbeek MdEP: Deutschland, eine gespaltene Nation	21
Knut Görich: Andreottis Einfall.....	25
Werner Theis: Die "deklassierte" Nation.....	31
Prof.Dr. Roberto Mayorga: In Deutschland studieren – warum?..	35
Ernest Mühlen MdEP: Priorität für Europäische Währungsunion...	42
Wolf Graf Yorck von Wartenburg: Reflexionen.....	44
Prof.Dr. Fred L. Casmir: China Impressions 1984.....	46
Prof.Dr. Kurt Hübner: Philosophische Klärung des Arbeitsbegriffs	51
Dr. Ladislaus Barlay: Radikalismus und Extremismus.....	60
Ernest F. Enzensberger: Sind ganzheitliche Denkmodelle in der Politik antidemokratisch?.....	68
Notizen.....	76
Buchbesprechungen (Streithofen, Kahn, Schwarze, Bieber, Camp- bell, Hepperle, Reiff, Revel, Wood, Wede- kind, Packard, Lotter, Meiners, Treptow, v. Appunn, Röder, Hoyle).....	79
Summaries.....	90
Impressum.....	93

von

Prof. Dr. Wilhelm Hahn MdEP



## ¿PAN?

In Frage gestellt: das tägliche Brot. In vielen Teilen der Welt herrscht Hunger. Dabei wäre es möglich, die gegenwärtige Bevölkerung unserer Erde ausreichend mit Nahrung zu versorgen. Der Hunger läßt sich jedoch nur überwinden, wenn es gelingt, in den Ländern der Dritten Welt selbst mehr für die eigene Versorgung zu produzieren und gleichzeitig die Entwicklung, vor allem der ländlichen Gebiete, in vielen Bereichen voranzubringen. Die Aktion »Brot für die Welt« trägt dazu bei.  
 »Brot für die Welt«  
 Spendenkonto: 500 500-500 beim Postgiroamt Köln oder Landesgirokasse Stuttgart (BLZ 600 50101).

Eine der großen Veränderungen, die die neuen Medien in naher Zukunft bringen, wird die Internationalisierung des Fernsehens durch die Satellitentechnik sein. Der Hörfunk ist längst grenzüberschreitend: viele Bürger haben während des Zweiten Weltkrieges das britische Radio abgehört und die Deutsche Welle ist überall in der Welt empfangbar. Aber das Fernsehen wurde, als es sich in Europa durchsetzte, im terrestrischen System national aufgebaut. Jedem Staatsgebiet entspricht ein entsprechender Rundfunk- und Fernsehraum. Das gilt ebenso für unseren Bundesstaat als ganzen mit ARD und ZDF wie für die Bundesländer mit je einer eigenen Rundfunkanstalt, die zwar wie beim Norddeutschen Rundfunk auch mehreren Bundesländern zugeordnet sein kann, dann aber durch Regionalprogramme die einzelnen Bundesländer bedient.

Bei der Bedeutung, die in der heutigen Demokratie das Fernsehen als Informationsträger und Meinungsbildner hat, kann man sagen, daß ein demokratisch verfaßter Staat – sei es ein souveräner Staat oder ein regionaler Teilstaat – ohne ein eigenes Fernsehen nicht mehr denkbar ist, da ihm andernfalls das wichtigste Mittel zur politischen Information und Urteilsbildung abgeht.

Die zweite Direktwahl des Europäischen Parlaments hat schockierend sichtbar gemacht, daß die europäischen Wähler über die europäische Einigung und insbesondere über die Arbeit des ersten direkt gewählten Parlaments überhaupt nicht oder falsch informiert waren. Ein europäisches Bewußtsein bei den Bürgern ist eher im schwinden als im steigen. Es gibt keine europäische Urteilsbildung, denn es gibt nur nationale und regionale Berichterstattung, die kein Bewußtsein gemeinsamer Verantwortung bei der Lösung europaweiter Probleme aufkommen läßt, obgleich diese etwa im Umweltschutz, bei der Verteidigung oder auch in der Entwicklungspolitik nie so dringend waren wie heute.

Wenn die Europäische Gemeinschaft zu einer politischen Einheit, sei es in einem Bundesstaat oder auch nur in einer immer noch lockeren Union zusammenwachsen soll, so muß diesem politischen Gebilde ein entsprechender Medienraum kongruent sein. Stelle man sich vor, die Bundesrepublik hätte kein gemeinsames Fernsehen, also kein Programm der ARD oder des ZDF sondern nur die Dritten und die Regionalprogramme. Ihr würde eine der wichtigsten Klammern fehlen. In dieser Lage befindet sich die EG: kein Wunder, daß es kein gemeinsames politisches Bewußtsein in der EG gibt, sondern die nationalen Aspekte und Interessen ständig den Einigungsprozeß abstoppen, sodaß eine zukunftsorientierte europäische Einigungspolitik nicht zustande kommt. Die EG kann – soll Europa geeint werden –, nicht allein durch eine Neufassung der Römischen Verträge von

1957, die die Wirtschaftsgemeinschaft begründeten, zur Europäischen Union werden. Der institutionellen Einigung muß die Zusammenfassung der Mitgliedsstaaten und die Erreichung der Bürger durch die modernen Kommunikationsmittel entsprechen. Denn es bleibt bei der Feststellung: was in der modernen Demokratie nicht in den Medien ist, ist politisch nicht existent. Zwar berichten die nationalen Fernsehanstalten über die europäischen Gipfeltreffen der Regierungschefs und vor allen Dingen über deren Scheitern. Aber gerade diese Berichte gehen vom nationalen Standpunkt aus und ermöglichen es dem Bürger nicht, seinen eigenen Standort *europäisch* einzuordnen. Dies wird erst anders werden, wenn es ein europäisches Fernsehen, eine europäische Berichterstattung und in europäischen Perspektiven denkende Journalisten geben wird, welche die gleiche Bewußtseinswandlung durchmachen wie die Abgeordneten des Europäischen Parlaments, die durch die gemeinsame Arbeit mit ihren Kollegen aus anderen Teilen Europas in europäischen Dimensionen zu denken lernen.

Am 12.3.1982 hat das Europäische Parlament auf Grund eines von mir vorgelegten Berichts einen Entschließungsantrag mit überwältigender Mehrheit verabschiedet, der eine europäische Medienpolitik einleiten wollte. Er zielte auf ein europäisches Fernsehprogramm über Satellit und forderte die Kommission auf, als Entscheidungsgrundlage einen umfassenden Medienbericht vorzulegen, der es dem Europäischen Parlament und dem Rat der Regierungschefs ermöglicht, über die Schaffung eines solchen Programms zu entscheiden. Der Medienbericht sollte technische, rechtliche, finanzielle und politische Probleme klären, die sich bei der Schaffung eines solchen europäischen Fernsehprogramms stellen.

Das Europäische Parlament war darüber im klaren, daß ein solches Programm nur durch Fernsehleute geschaffen werden könnte. Es konnte dabei nicht nur auf die Vorschläge des ZDF von 1981 für ein solches europäisches Programm hinweisen, sondern noch mehr auf das große, von der Europäischen Rundfunkunion im Jahr 1982 durchgeführte Experiment eines europäischen Fernsehprogramms über den Nachrichtensatellit OTS, das über das Jahr verteilt, von fünf europäischen Fernsehanstalten, u.a. der ARD ausgestrahlt wurde, allerdings noch nicht allgemein empfangbar war. Dabei war es zu einer engen Kooperation zwischen Fernsehrepräsentanten und Europaabgeordneten gekommen, wie sie zwischen Journalisten und Politikern selten ist. Die Politiker sahen ihre Aufgabe darin, die rechtlichen, finanziellen und politischen Hindernisse zu beseitigen und die Bereitschaft in ihren Heimstaaten zu fördern, ein solches zusätzliches europäisches Fernsehprogramm in einem Bild aber in der jeweiligen Landessprache in ganz Europa durchzusetzen. Dabei zeigte sich sehr bald, daß selbst in Mitgliedsstaaten wie der Bundesrepublik, die als besonders europafreundlich gelten, die Neigung, auf europäische Strukturen im Medienbereich einzugehen, bei den zuständigen Politikern gering war.

Das Europäische Parlament stand während der ersten Legislaturperiode in ständigem Kontakt mit den Fernsehanstalten. So die Hand am Puls der Medienentwicklung stellte es eine Reihe weiterer Forderungen, die zusammen ein umfangreiches Konzept einer in die Zukunft weisenden europäischen Medienpolitik ausmachen, das ebenso auf die Schaffung des europäischen Bewußtseins, die Verwirklichung des gemeinsamen Marktes, wie auf eine auf dem Weltmarkt konkurrenzfähige

Wirtschaft im Mediensektor zielt.

– Hierzu gehört die Genehmigung einer gemeinsamen Ausleuchtzone für das Satellitenfernsehen in der EG, wie es auf der Weltrundfunkverwaltungskonferenz (WARC) 1977 in Genf Skandinavien und den arabischen Staaten zuerkannt wurde, während die europäischen Staaten ihre Satelliten auf ihr nationales Gebiet begrenzen sollten, was selbst für Liechtenstein und Luxemburg festgeschrieben wurde. Ein gemeinsames Fernsehprogramm setzt aber voraus, daß es in allen Mitgliedsländern zugelassen und in die Kabel eingespeist wird.

– In Europa gibt es bislang keine gemeinsamen technischen Normen für Satellitenfernsehen. Östlich des Rheins wird das PAL-System verwandt, westlich SECAM. Das Europäische Parlament fordert die Überwindung dieser Unterschiede und die Einführung einer verbesserten überlegenen technischen Norm, wofür sich das von der Europäischen Rundfunkunion einstimmig empfohlene C-Mac-Packet-System anbietet. Die technische Entwicklung scheint allerdings selbst dieses System zu überholen. Dem Europäischen Parlament geht es darum, daß Europa nicht durch verschiedene technische Systeme getrennt wird, was ebenso dem Empfang von Programmen in ganz Europa wie dem technischen und dem wirtschaftlichen Erfolg auf dem Weltmarkt im Wege steht.

– Die Einführung des Kabels, über das eine beliebig große Zahl von Programmen in Zukunft empfangbar sein wird, führt zu einem um ein vielfaches vermehrten Bedarf an Programminhalten. Da die europäische Filmindustrie quantitativ nur zu sehr begrenzten Leistungen in der Lage ist und auch die Eigenproduktion der



*Prof. Habn MdEP gilt als der Medienexperte im Europäischen Parlament schlechthin. Sein jahrelanger Einsatz für ein Europa-Fernsehen unterstreicht, daß der gebürtige Balte und ehemalige baden-württembergische Kultusminister aus der Rolle eines Europaabgeordneten Kreativität effizient machen konnte.*

Fernsehanstalten nicht ausreicht, droht die Überflutung mit teils minderwertigen Produkten aus Drittländern. Das Europäische Parlament fordert deshalb nach dem Vorbild Kanadas einen europäischen Fernsehprogrammfonds, der die Produktion qualitativ guter eigener europäischer Fernsehinhalte anregt und unterstützt. Dieser Fonds könnte sowohl für die europäische Filmindustrie wie für die auf diesem Gebiet tätigen Künstler eine bedeutsame Hilfe werden.

— Schließlich forderte das Europäische Parlament angesichts der Tatsache, daß schon jetzt in Belgien und den Niederlanden mehr Programme von außerhalb als aus dem eigenen Lande empfangbar sind und dies in wenigen Jahren für alle europäischen Länder gelten wird, eine europäische Rahmenordnung für Rundfunk und Fernsehen über Satellit, die insbesondere die Werbung, den Jugendschutz und die Autorenrechte europaweit harmonisiert.

Die Europäische Kommission hat dem Wunsch des Europäischen Parlaments entsprechend zwei bedeutsame Vorlagen gemacht: der "Zwischenbericht über Realität und Tendenzen des Fernsehens in Europa" — so genannt, weil der gesamte juristische Teil noch ausstand — wurde am 1.7.1983 vorgelegt. Am 25.5.1984 folgte dann als zweiter Teil "Fernsehen ohne Grenzen — Grünbuch über die Errichtung des gemeinsamen Marktes für den Rundfunk insbesondere über Satellit und Kabel". Beides sind umfassende Arbeiten, die das ganze verfügbare Material auswerten und hervorragend orientieren.

Im Zwischenbericht bestätigt die Kommission die Dringlichkeit, daß die EG auf dem Mediengbiet tätig wird, zumal die technische Entwicklung rasant fortschreitet und kommerzielle Kräfte auf den Markt drängen, um ihn zu besetzen. Vor allem weist sie auf das Phänomen der Internationalisierung des Fernsehens durch Direktsatelliten hin und auf die dadurch gegebenen politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen, die die EG für ihre Wirtschaft wie vor allem für die europäische Einigung nutzen sollte. Eine durch Eurobarometer veranstaltete demoskopische Umfrage erweist, daß sich 57% der europäischen Bürger für ein europäisches Fernsehen aussprechen. Der Zwischenbericht wurde vom Europäischen Parlament, aber auch von der Europäischen Rundfunkunion sehr positiv aufgenommen, dagegen nahm der Rat von ihm kaum Kenntnis, vielleicht deshalb, weil die Kommission den Bericht wegen des Ausstehens des zweiten Teils noch nicht offiziell vorlegte. Näher liegt allerdings anzunehmen, daß die Mitgliedsregierungen zögerten, ihre Rundfunkhoheit durch ein europäisches Fernsehprogramm durchbrechen zu lassen.

Das Grünbuch hat im Unterschied dazu sofort eine europaweite Diskussion ausgelöst, an der sich ebenso die Wirtschaft wie die großen Fernsehanstalten, die Europäische Rundfunkunion, die Regierungen u.a. beteiligten. Die Kommission begründet im Grünbuch aus den Römischen Verträgen und aus Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs, daß Fernsehen "Dienstleistungen" und zwar "entgeltliche" sind und damit unter die Kompetenz der EG fallen. Sie leitet daraus das Gebot der Öffnung der Grenzen für das Fernsehen ab. Alle Hindernisse, die bisher dem Fernsehen anderer Mitgliedstaaten den Zugang verweigerten, verstoßen gegen die Freizügigkeit und den Wettbewerb.

Bestimmungen über Werbung, Jugendschutz und Autorenrechte sollen europä-

isch geregelt und harmonisiert werden. Hierzu werden ins einzelne gehende Vorschläge gemacht, wenn auch von allem Perfektionismus abgesehen wird, um Freiraum für nationale Gepflogenheiten zu lassen. Nach ausführlichen Anhörungen aller Betroffenen also der Regierungen, der für die Autorenrechte Zuständigen, der Werbewirtschaft u.a. aber erst nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments will die Kommission dem Rat einen Richtlinienvorschlag zuleiten, der die Mitgliedsländer binden und einen wichtigen Schritt zu einer gemeinsamen Medienpolitik einleiten soll.

Die mit großem Engagement geführte Diskussion über das Grünbuch ist sehr aufschlußreich: die Europäische Rundfunkunion und die meisten Fernsehanstalten wie die ARD ziehen sich darauf zurück, daß Fernsehen und Rundfunk Kultur seien, diese aber angeblich im EWG-Vertrag nicht vorkomme, weshalb die EG keinerlei Kompetenz im Bereich des Rundfunks habe. Ähnlich argumentieren deutsche Bundesländer. Anders die Werbewirtschaft, die in ihrer großen Mehrheit das Grünbuch begrüßt, und die Verbraucherverbände. Auch die Medienwissenschaftler sehen, daß eine Klärung der widersprüchlichen Regelungen und zwar des Autorenrechtes in den Mitgliedstaaten nur durch die EG erfolgen könne. Schließlich wird die Stellung des Europäischen Parlaments positiv ausfallen.

Die Bereitschaft zu europäischen Lösungen bei der Ordnung der neuen Medien dürfte zu einer der Gretchenfragen der europäischen Einigung in dieser Legislaturperiode werden. Es wird sich sehr schnell herausstellen, welche Mitgliedsregierungen bereit sein werden, ihre nationale Rundfunkkompetenz mit einer europäischen Medienordnung abzustimmen. In dem Zeitalter der Satelliten kann es keinen Medienpartikularismus mehr geben, denn er führt sich selbst ad absurdum. Nicht genug kann betont werden, daß es nicht darum geht, die nationale Kompetenz aufzuheben und die Eigenart einzuebenn. Es soll kein europäisches Korsett den Rundfunkanstalten aufgepreßt werden. Gerade das Gegenteil muß erreicht werden: denn wenn die einzelnen Staaten sich nicht in der Medienpolitik abstimmen und dies kann nur europäisch geschehen, werden große wirtschaftliche Unternehmen das Fernsehen in Europa ihren Interessen dienstbar machen und unter rein kommerziellen Gesichtspunkten überall via Satellit empfangbar sein. Eine europäische Rahmenordnung und ein europäisches Fernsehprogramm verbunden mit den weiteren obengenannten Vorschlägen des Europäischen Parlaments zu einer europäischen Medienpolitik können die Entwicklung im Sinne der europäischen Einigung und der Erhaltung europäischer kultureller Eigenart steuern.

## LIBERTAS

**LIBERTAS-Schriftenreihe "Christlich-demokratische, zentristische und konservative Parteien"**

In dieser Schriftenreihe erschienen vor einigen Jahren kleine Monographien über europäische Parteien des christlich-demokratischen und konservativen Spektrums. Ziel dieser Schriftenreihe ist nachwievor, Informationsdefizite abzubauen und zu helfen, politische Mißverständnisse zu vermeiden, die sich in der heutigen und zukünftigen europäischen Parteizusammenarbeit aus unterschiedlichen Koalitions-, Sprach-, Geschichts- und Strukturvoraussetzungen ergeben könnten.

**Heiner Wehn/Knut Görich: Die Fortschrittliche Bürgerpartei in Liechtenstein. Sindelfingen 1978. 32 S. 5.-DM.**

**Heiner Wehn: Die Nationalist Party in Malta. Sindelfingen 1979. 20 S. 5.-DM.**

**Knut Görich/Hans-Jürgen Zahorka: Die Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz. Sindelfingen 1980. 36 S. 5.-DM.**

**Erik T. Jarlsby: Hoyre – Die Konservative Partei in Norwegen. Sindelfingen 1980. 20 S. 5.-DM.**

**Paul Mattar: Die PSC und CVP in Belgien. Sindelfingen 1981. 38 S. 5.-DM.**

*Hinweise für Bestellungen:*

*Bitte bestellen Sie schriftlich unter Angabe des Landes und unter Beifügung eines Schecks bzw. unter Hinweis, daß Sie eine Rechnung wünschen. Bei Mehrfachbestellungen können Sie von günstigen Staffelpreisen profitieren, bestellen Sie dann gegen Rechnung. Richten Sie bitte Bestellungen an: LIBERTAS, Hintere Gasse 35/1, D-7032 Sindelfingen.*

## Die deutschen "Grünen" und ihre politische Arbeit in Europa

von

Prof. Dr. Werner Münch MdEP

Bei den letzten Bundestagswahlen am 6. März 1983 wählten 2,2 Millionen Bundesbürger "Die Grünen". Mit diesen 5,6% der Gesamtstimmen gelang es damit einer neuen Partei in unserem Land in den letzten Jahren zum ersten Mal, die Fünf-Prozent-Klausel auf Bundesebene zu überwinden.

Bei den zweiten Direktwahlen zum Europäischen Parlament am 17. Juni 1984 erzielten "Die Grünen" 8,2% der Stimmen, die ihnen 7 Mandate einbrachten.

Da "Die Grünen" inzwischen auch in der Mehrheit der deutschen Länderparlamente und in vielen Gemeinderäten und Kreistagen vertreten sind, stellen sie einen politischen Machtfaktor dar, der ernst genommen werden muß und nicht leichtfertig als zeitlich begrenzte Zufallserscheinung betrachtet werden darf.

"Die Grünen" haben sich als vierte bzw. fünfte Partei etabliert und stabilisiert. Die Parteienlandschaft in unserem Land hat sich damit zweifellos verändert. Dieser Prozeß ist vor allem deshalb noch längst nicht zu Ende, weil "Die Grünen" selbst noch in der Entwicklung sind und die großen Volksparteien insofern in diesen Sog mit hineinziehen, weil sie sie zu neuen Überlegungen, Politiken und Strategien veranlassen.

In diesem kurzen Beitrag geht es vor allem darum, die Grundzüge der politischen Arbeit der deutschen "Grünen" in der Bundesrepublik und im Europäischen Parlament zu untersuchen. Die Darstellung der politischen Arbeit in Europa kann nach dieser kurzen Zeit (17. Juni bis 31. Dezember 1984) nur ein bescheidener Anfang sein. Die Politik der "Grünen" auf dieser Ebene ist noch weitgehend eine "black box".

**"Die Grünen" – Partei oder Bewegung?**

Schon in der Präzision der Begrifflichkeit beginnt bei diesem Thema ein Problem: Sind die deutschen "Grünen" Bewegung oder Partei, Antipartei oder Antiparteipartei, Bewegungspartei oder Partei wider Willen, Ökopartei oder Friedenspartei? Geschichte und Gegenwart müssen hier unterschieden werden: Die Entwicklung der "Grünen" ist unzweideutig die einer Bewegung, gespeist aus vielen Quellen und Motiven.

Diese Bewegung ist, was ihre heutige Organisation, Gliederung und Führung betrifft, zumindest in diesen Punkten Partei oder parteienähnlich geworden. Andere wesentliche Voraussetzungen, die an eine Partei zu stellen sind, erfüllen die "Grünen" jedoch nicht:

a.) Jede Partei zeichnet sich durch einen hohen Grundkonsens ihrer Mitglieder

aus. Die Heterogenität in bezug auf Personen und Programme ist bei den "Grünen" jedoch so groß, daß dieses Kriterium nicht erfüllt ist. Ökologen und Marxisten, Fundamentalisten und Pragmatiker, Öko-Libertäre und Traditionsozialisten sind inhaltlich nicht auf eine Linie zu bringen.

b.) Eine Bewegung oder Gruppe wird nach unserem Grundrechtsverständnis erst dann Partei im eigentlichen Sinne, wenn sie im Prinzip für alle Bürger wählbar ist. In einem demokratischen Rechtsstaat muß eine Partei auf Bundesebene bestrebt sein, Volkspartei zu werden. Voraussetzung dafür ist die Anerkennung der repräsentativen Demokratie, mit der "Die Grünen" ihre Schwierigkeiten haben. Helmut Rieger sagt hierzu sehr treffend: "Die Grünen sind eben nicht, wie eine Verfassungsfiktion es will, Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden, sondern Vertreter jener Volksteile, die sich zum Guten in einer besonders intimen Beziehung wähen. Solcher Wahn war nicht selten kurz und die Reue um so länger" ("Rundblick", 24.11.1984).

c.) Primäres Ziel einer Partei muß auf der Grundlage von Artikel 21 unseres Grundgesetzes die Teilhabe an der Macht sein, um politische Gestaltung übernehmen zu können. Ob "Die Grünen" "staatstragend werden oder Hoffnungsträger bleiben" sollen (Petra Kelly), ist von den "Grünen" bis heute nicht, auch nicht in der letzten Bundesversammlung der "Grünen" im Dezember 1984 in Hamburg, entschieden. (Zu dieser Frage siehe Werner Münch, "Die Grünen - Aufstieg und Verfall einer Bewegung", in: "Niedersachsen Zeitung", April 1984.)

Da sich "Die Grünen" aber auf allen Ebenen wie eine Partei an Wahlen beteiligen, nennen wir sie "Partei". Wegen der oben angeführten drei Gründe setzen wir diesen Begriff in Anführungsstriche, um unseren Vorbehalt und unsere Bedenken deutlich zu machen.

Den zweiten Vorbehalt machen wir bei dem Begriff "Die Grünen". Von Anfang an handelte es sich um eine Ökologie- und Friedensbewegung mit starken linkssozialistischen Elementen. Insofern muß man auch diesen Begriff, den sich "Die Grünen" selbst gegeben haben, in Anführungsstriche setzen. (Erwähnenswert ist, daß sie sich ja selbst in einigen Landesverbänden andere Namen gegeben haben.) Bei jeder Beschreibung der Politik der "Grünen" muß man unterscheiden zwischen Mandatsträgern bzw. Funktionären und Wählern, zwischen Anhängern religiöser/eschatologischer Vorstellungen, Systemgegnern und Kommunisten unterschiedlichster Couleur auf der einen und den Pragmatikern bzw. Realpolitikern auf der anderen Seite sowie zwischen den Fragen, die "Die Grünen" stellen, und den Antworten, die sie geben. Wegen der personalen Heterogenität gibt es eben auch in den politischen Inhalten große Unterschiede. Dies wiederum macht eine Gesamtbeurteilung kaum möglich. Statt dessen sind lediglich Entwicklungen, Tendenzen und momentane Befunde zu beschreiben. Darüber hinaus muß immer mitbedacht werden, daß es neben der "Partei" "Die Grünen" auch eine "grüne Mentalität" in der Bevölkerung gibt, und daß manche wichtige Fragen von den "Grünen" richtig gestellt worden sind, wobei man über die von ihnen gegebenen Antworten selbstverständlich politisch trefflich streiten kann.

"Die Grünen" wollen politisch zwei Standbeine: eins im Parlament und eins außerhalb des Parlaments in den sozialen Bewegungen: "Ohne außerparlamentarische Bewegung wäre eine so kleine Parlamentsfraktion, wie wir sie sind, völlig

kraftlos" (Aus dem Bericht der Bundestagsfraktion der "Grünen" auf ihrer Bundesversammlung vom 7.-9. Dezember in Hamburg). Auch dies ist wichtig für das Verständnis der "Grünen" als "Partei".

Diese Klärungen der eigenen Position waren wichtig, um jetzt sechs wesentliche Grundzüge aufzuzeigen, die "Die Grünen" als "Partei" auszeichnen:

1. Ein marxistisch-leninistisch geschulter Kern, der die heute zweifellos vielfach bestehenden Bürgerängste geschickt ausnutzt und dadurch viele Mitläufer gewinnt, wird immer stärker. Die Gruppe der Fundamentalisten bei den "Grünen" hat eine eindeutig neo-marxistische Betrachtungsweise von Staat und Gesellschaft.

Rainer Trampert z.B., das in der Hamburger Bundesversammlung gewählte Vorstandsmitglied der "Grünen", liefert hierfür den Beweis mit der folgenden Standortbestimmung seiner "Partei": "Wir stehen in grundsätzlicher Opposition zu einem System, das ökonomisch nur am Leben gehalten werden kann, wenn es unablässig Kapital anhäuft, das mit seinen industriellen Ballungen und Giften die Lebensadern tötet, das durch Besitz, Hierarchien und Technikanordnungen Denk- und Bewegungsabläufe der Menschen steuert, Menschen demütigt und in die Armut aussondert, das mit seinem weltweiten wirtschaftlichen Eroberungsfeldzug die entsprechend offensive Militärstrategien benötigt und die Länder der Dritten Welt als eigene Vorgärten ausplündert bis zur restlosen Unfruchtbarkeit der Böden. Und wenn wir aus diesen Gesetzmäßigkeiten herauswollen, dann sind wir schlichtweg Systemveränderer."

2. Wie es solchen sektiererischen Gruppen eigen ist, treten sie mit missionarischem Anspruch auf und verurteilen alles das, was andere machen, weil ja nur sie selbst richtig denken und handeln. So rügte selbst Wilhelm Knabe, einer der drei Sprecher im Bundesvorstand, auf der Versammlung in Hamburg die "Rechthaberei und übergroße Härte mit Andersdenkenden, Sektierertum und Machterhalt".

3. "Die Grünen" schöpfen aus dem Wählerreservoir der "Friedensbewegung", die ihre wichtigste Gruppe im außerparlamentarischen Raum ist. Deshalb lassen die Vorstellungen der "Grünen" über die Friedens- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland an Klarheit nichts zu wünschen übrig: einseitige Abrüstung der Bundesrepublik und des Westens, Neutralisierung Deutschlands und Europas, strikte Ablehnung der NATO-Nachrüstung und aller ABC-Waffen, Ablehnung der NATO überhaupt, deren Verteidigungscharakter angezweifelt wird, Auflösung der beiden großen Militärblöcke, Schaffung eines atomwaffenfreien Europas und Ablehnung der amerikanischen Außen- und Verteidigungspolitik. (Siehe dazu "Erklärung zur Friedenspolitik der "GRÜNEN", Bundesdelegiertenkonferenz vom 18. 11.1983, in: "grüner basis-dienst", Nr. 12/1983).

4. "Die Grünen" haben ein gestörtes Verhältnis zu den Prinzipien unseres Rechtsstaates. Sie anerkennen nicht, daß politische Freiheit nur dort möglich ist, wo es Rechtssicherheit gibt. Diese Haltung äußert sich vor allem darin, daß sie Gewalt nicht eindeutig ablehnen: "Sachbeschädigungen können vorkommen". Widerstand und das Recht auf Widerstand werden nicht im Geist der Verfassung, sondern nach ihren eigenen Vorstellungen und politischen Zielen definiert. Hierfür zwei Beispiele: Im Zusammenhang mit der Diskussion im Hessischen Landtag über Manöverbehinderungen durch die "Friedensbewegung" Ende September

1984 in Hessen sagte die "Grünen"-Landtagsabgeordnete Schilling Anfang Oktober 1984 im Landtag in Wiesbaden, die "Grünen" stünden den Rechtsverletzungen, "wir tun das ganz bewußt" (Frankfurter Allgemeine Zeitung 11.10.1984).

Im Dezember 1984 besetzt eine Gruppe von Sympathisanten der RAF die Landeszentrale der Niedersächsischen "Grünen" in Hannover. Diese solidarisieren sich im wesentlichen mit deren Forderungen und erklären, "Isolationshaft und Hochsicherheitstrakte" seien "inhumane Foltermethoden, die den Gefangenen brechen sollen" (zitiert nach: Nord-West-Zeitung, 29.12.1984).

Wer das staatliche Gewaltmonopol als Voraussetzung für politische Freiheit und Rechtssicherheit nicht anerkennt, wer verharmlosende, einen Tatbestand falsch beschreibende Begriffe bewußt benutzt, um bestehende Gesetze auszuhöhlen, "wer versucht, die Meinung einer Minderheit gegen die einer Mehrheit durch "zivilen Ungehorsam", "aktiven sozialen Widerstand" oder "Regelverletzungen" durchzusetzen, verstößt nicht nur gegen die bestehende Rechtsordnung, sondern er stellt die Verbindlichkeit des Rechts, ... das Grundrecht der Gleichheit aller Bürger grundsätzlich in Frage..." (Werner Münch, "Die Grünen - Aufstieg und Verfall einer Bewegung", zit. Ausg.)

Genauso gefährlich wie diese Haltung ist die Infragestellung des Mehrheitsprinzips in unserer Demokratie. In den Auseinandersetzungen um den richtigen Weg zur Sicherung des Friedens hat Otto Schily, MdB der "Grünen", unsere Gesellschaft in eine "quantitative Mehrheit" und eine "qualitative Minderheit" aufgeteilt (Der Spiegel, 13.6.1983). Es gibt aber wohl nichts Gefährlicheres, als nach dem Motto von Herbert Marcuse einer Minderheit das bessere, höhere Bewußtsein und damit größere sittliche und moralische Berechtigung zuzuschreiben als die Entscheidung einer Mehrheit zu respektieren, die legal zustande gekommen ist. Mit einer solchen Auffassung werden "Scheinmehrheiten und damit Zufall und Willkür Tür und Tor geöffnet. Heinrich Oberreuter hat recht, wenn er sagt, daß derjenige, der Wahrheiten und richtiges Bewußtsein für Mehrheiten setzt, der 'Herrschaft von Präzeptoren' das Wort redet. Damit bewegt er sich außerhalb eines Staats- und Verfassungsverständnisses, das seit 1949 Gemeingut aller demokratischen Parteien in unserem Staate ist. Ohne Frage gibt es Fehler und Mängel im parlamentarischen System. Es gilt, sie zu erkennen und abzustellen. Ihr Vorhandensein darf aber nicht mit prinzipieller Untauglichkeit unseres Systems selbst verwechselt werden" (Werner Münch, "Die Grünen - Aufstieg und Verfall einer Bewegung", zit. Ausg.) Hier wird Räteherrschaft statt Volksherrschaft, Cliquenherrschaft statt repräsentativer Demokratie ausgeübt. Deshalb sind imperatives Mandat, Rotationsprinzip, totale Öffentlichkeit und die selbst zugelegte Eigenschaft "basisdemokratisch" keine Zufallsprodukte. "Aus der Kritik an der repräsentativen Demokratie, die zur Grundausstattung jeder linken Bewegung gehört, entstand auch bei den Grünen das Stichwort 'Basisdemokratie'. Mit der Kritik wurde das Ziel formuliert, die Parlamentarier der eigenen Partei vor einer Entfremdung von ihren Wählern zu bewahren. Die beiden Instrumente imperatives Mandat, kombiniert mit dem Rotationsprinzip, und Öffentlichkeit in allen Sitzungen aller Gremien, also ständige Kontrolle, wurden als geeignet angesehen, dieses Ziel zu erreichen... Imperatives Mandat und totale Öffentlichkeit verlangen

ihren Preis, was einige Grüne inzwischen erkannt haben: 'Meine Erfahrung ist, daß die Basis sehr grausam umgeht mit dem Vorstand' (Petra Kelly). 'Die Basisdemokratie ist eine grüne Hölle, in der Unerfahrene und Naive zum Fraß freigegeben werden' (Joschka Fischer)" (Werner Münch, "Die Grünen - Aufstieg und Verfall einer Bewegung", zit. Ausg.).

"Die Grünen" lassen auch selbst gar keinen Zweifel daran, daß sie diese Mittel anwenden mit dem eigentlichen Ziel zur Veränderung des politischen Systems der Bundesrepublik: "Das Rotationsprinzip ist ein erster Einstieg, um die politische Kultur dieser Republik zu sprengen" (Milan Horacek, MdB der "Grünen" auf deren Bundesversammlung im Januar 1983 in Stuttgart).

Gerd Bastian, MdB, früher Mitglied der "Grünen", stellt in seinem Brief an die Bundestagsfraktion der "Grünen" diese Kadertaktik auch unverblümt fest und schreibt: "Die beginnende politische Fehlentwicklung innerhalb der Grünen zeigt sich insbesondere im überraschenden Erfolg der dem Kommunistischen Bund entstammenden ehemaligen 'Z-Fraktion' bei der Besetzung von Schlüsselpositionen mit teils altbewährten, teils neugewonnenen Gesinnungsfreunden in den Parteigremien, sowie beim Überstimmen der unkoordinierten Mehrheit der Andersdenkenden in der Fraktion und in den Regionalverbänden mittels einer geschickt und diszipliniert gehandhabten Kadertaktik" ("Die Tageszeitung", 12.1.1984).

6. Da die "Standbein-Spielbein-Theorie" (Machtausübung inner- und außerparlamentarisch) noch nicht bis zum Ende ausdiskutiert ist, wollen alle Gruppen innerhalb der Fundamentalisten eine Politik der weitgehenden Verweigerung politischer Verantwortung. Hierzu schreibt Reitz: "Ich habe die Sorge, daß das wirtschaftsstarke Hessenland eines Tages wirtschaftlich nur noch zweitrangig sein wird, wenn wir der Verweigerungshaltung der Grünen gegenüber der modernen Industriestaat - der uns alle ernähren muß - weiter nachgeben. Wir werden Jahr für Jahr die Schraube enger drehen für das, was die Industrie sich noch leisten kann in diesem Land" - Grünes Zitat von Lollar - diesen leichtfertigen Satz kann nur jemand sagen in der Gewissheit, daß andere die materiellen Voraussetzungen für ein auskömmliches Leben schaffen" (Frankfurter Rundschau, 4.6.1984).

Wir könnten jetzt zusätzlich weitere Felder der Politik nennen, wie "Die Grünen" sie sehen: die Wirtschaftspolitik, bei der der Geist der Gemeinwirtschaft und des Ausstiegs aus der Industriegesellschaft weht, Vorstellungen von Sozialpolitik, die alle Grenzen überströmt, Auffassungen über Rechtspolitik, die nur Minderheiten im Blick hat, usw. ... Entscheidend aber bleibt, daß sich "Die Grünen" immer mehr als "Partei" von der Öko- und "Friedensbewegung" entfernt und immer mehr Mitglieder der Kadergruppen das Heft politisch in die Hand genommen haben, daß ihre Politik zu Instabilität im Innern und nach außen und zu einem anderen Verständnis von parlamentarischer repräsentativer Demokratie führen würde mit dem Verlassen von Grundprinzipien unseres Rechtsstaates. Darin liegt bei dieser "Partei" die besondere "Qualität", die deshalb in wichtigen Fragen eine völlig andere ist, weil sie den jahrelang praktizierten Grundkonsens zwischen den demokratischen Parteien in diesem Lande aufkündigt. Das ist auch der entscheidende Grund dafür, daß wir uns mit ihr inhaltlich intensiv auseinandersetzen müssen.

## Die deutschen "Grünen" und Europa

Vom Karlsruher Kongreß im März 1984, bei dem die deutschen "Grünen" ihr Europa-Programm verabschiedet haben, bis zum Wahltag am 17. Juni hat es zahlreiche öffentliche Erklärungen der "Grünen" zu verschiedenen europapolitischen Fragen gegeben. Einige Bemerkungen vom Karlsruher Kongreß und aus späteren Interviews und Erklärungen in bezug auf die Beurteilung der Europäischen Gemeinschaft und des Europäischen Parlaments möchte ich herausgreifen und dem Leser vorstellen.

### Politische Aussagen

Dem in Karlsruhe verabschiedeten Europa-Programm haben die "Grünen" den Titel gegeben: "Für ein ökologisches, atomwaffenfreies, entmilitarisiertes und blockunabhängiges Europa". Einige wenige der interessanten Delegierten-Stimmen sollen hier zitiert werden:

In diesen Europa-Wahlkampf sind wir "hineingeschliddert, weil uns die Schatzmeister im Nacken saßen".

Das Europäische Parlament ist eine "Quatschbude in Straßburg", wo "abgebrannte Altpolitiker" ihren Lebensabend verbringen.

Straßburg ist eine wichtige "Plattform für die eigene Öffentlichkeitsarbeit". Praktische Politik kann man dort ohnehin nicht machen, sondern bestenfalls seine "Duftmarke" hinterlassen.

Das Ziel der Arbeit der Abgeordneten der "Grünen" ist, zur "Vernetzung der Protestbewegungen in Europa" beizutragen.

Außerdem beschlossen sie die Anwendung des Rotationsprinzips. 437 von 784 Delegierten sprachen sich dafür aus, daß die Europaabgeordneten nach 2 1/2-jähriger Amtszeit von ihren Stellvertretern abgelöst werden (siehe hierzu: "Das Parlament", 17.3.1984).

Die Geschichte der Europäischen Gemeinschaft wird so dargestellt, "daß die EG am Anfang einem deutsch-französischen Kuhhandel entsprang" (Interview mit Dorothee Piermont, registriert im Dokumentationssystem des Bundespressesamtes Nr. 984662). In einem Grundsatzreferat der "Grünen"-Abgeordneten Antje Vollmer heißt es zur Geschichte Europas noch eindeutiger: "Wenn ich einmal zurückschaue, was dieses Länder, die so oder so zu Europa gezählt werden, gemeinsam haben, so ist das vor allem eine Geschichte gemeinsamer Übel und gemeinsamer Plagen. Wirklich vereint war dieses Europa in der Geschichte nur unter der Herrschaft der Römischen Kirche und des Papstes — da wurden alle Länder Europas mit Steuern und Ablässen ausgeblutet, und der römischen Kurie gehörte die Hälfte aller Ländereien, aller europäischen Regionen...Gemeinsam ist allen europäischen Ländern die Unterwerfung unter die amerikanische Coca-Cola- und Stuyvesant-Kultur mit ihren McDonalds-Tempeln" (Grundsatzreferat auf der Bundesversammlung am 3.3.1984 in Karlsruhe, in: "grüner-basis-dienst, Nr. 4/84).

Das heutige Europa erhält folgende Qualifizierung: "Das heutige Europa — für dessen Parlament wir heute grüne Kandidaten wählen — ist alles andere als friedlich. Es ist wirtschaftlich extrem expansiv und aggressiv. Und zum guten Teil versteckt sich hinter diesem europäisch verschwimmenden Bild die besondere Aggressivität der deutschen Industrie. Dieses Europa führt wirtschaftlich schon viele kalte Kriege: den Stahlkrieg, den Futtermittelkrieg, den Fischereikrieg, den Krieg gegen die Dritte Welt, den Krieg gegen die benachteiligten Regionen, den Krieg gegen die ausländischen Arbeiter, den Krieg gegen die Natur" (Grundsatzreferat von Antje Vollmer auf der Bundesversammlung der "Grünen" am 3.3.1984 in Karlsruhe, zit. Ausg.).

Die Beurteilung des Europäischen Parlaments erfolgt in folgender Weise: "Gerade die sprichwörtliche Ohnmacht des europäischen Parlaments, in dem keine der relevanten Entscheidungen der politischen Macht fallen, ist ein Beweis dafür, daß es vor allem der Schleier ist, hinter dem sich die europäischen Supermachtsambitionen verstecken. Diesen Schleier zu lüften und zu zerreißen müssen Vertreter der Friedens- und Ökologiebewegung wenigstens versuchen" (Grundsatzreferat von Antje Vollmer, a.a.O.).

Der Kandidat Frank Schwalba-Hoth erklärt: "Die Grünen werden das Europaparlament in dieser Hinsicht als Tribüne benutzen, um ohne Berührungängste auf Menschenrechtsverletzungen hinzuweisen, um Menschenrechte einzuklagen, um auf den bedrohenden Überwachungsstaat hinzuweisen, der durch den computergerecht genormten Personalausweis allein einen Vorgesmack bietet, um deutlich zu machen, daß Elemente 'direkter Demokratie' (Verlagerung von Kompetenzen nach 'unten', Volksabstimmung) Eingang in den politischen Alltag finden müssen, um dem Bürger wirkliche Einflußmöglichkeiten zu eröffnen. Gerade in diesem Bereich 'Demokratie und Recht' kommt dem außerparlamentarischen Engagement der ökologischen Fraktion im Europäischen Parlament besondere Bedeutung zu. Regionale Bürger- und Basisinitiativen sollen konkrete Hilfe erhalten. EP-Abgeordnete werden sich vor Ort bei Demonstrationen und Aktionen gemeinsam mit den Betroffenen engagieren" (Frank Schwalba-Hoth, "Gegen den Abbau demokratischer Rechte in Europa", zitiert nach dem Dokumentationssystem des Bundespressesamtes, Nr. 984661).

### Kandidaten

Von der Liste der von den "Grünen" in Karlsruhe aufgestellten Kandidaten sollen die ersten sieben kurz vorgestellt werden, weil diese inzwischen Mitglieder des Europäischen Parlaments sind:

MdEP Nr.1: Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Lehrer und Landwirt, Mitglied der Initiative "Bauernblatt".

MdEP Nr.2: Brigitte Heinrich, bekannt als APO- und Ostermarsch-Aktivistin aus Hessen, rechtskräftig verurteilt, im Gefängnis gegessen und während des Vollzugs als Kandidatin nominiert.

MdEP Nr.3: Benedict Härlin, Berlin, ehemals Redakteur der Zeitschrift "Radikal", wegen Landfriedensbruch (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung) zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.



MdEP Nr.4: Undine-Uta von Blotnitz, Landwirtin aus Lüchow-Dannenberg, die deshalb gewählt wurde, weil sie aus einem Kreisverband kommt, der als "Widerstandshochburg" der "Grünen" Tradition und besondere Bedeutung hat.

MdEP Nr.5: Frank Schwalba-Hoth, der als "Blutspritzer" gegen einen amerikanischen General im Hessischen Landtag in Wiesbaden Schlagzeilen gemacht hat und bei seinem Auftritt in Karlsruhe szenarischen Applaus erhielt.

MdEP Nr.6: Dr. Dorothee Piermont.

MdEP Nr.7: Michael Klöckner, wie Härlin ebenfalls zu 2 1/2 Jahren Gefängnis wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung verurteilt.

Härlin, der zusammen mit Klöckner der Unterstützung oder Werbung für eine terroristische Vereinigung für schuldig befunden worden war, weil er presserechtlich für den Abdruck eines Bekennerbriefes in der Zeitschrift "Radikal" verantwortlich gezeichnet hatte, nannte es vor den Delegierten der Bundesversammlung der "Grünen" eine "faszinierende Idee", ihn und Klöckner zu Spitzenkandidaten der "Grünen" für die Europawahl zu wählen. Man könne sich fragen, so sagte Härlin, ob eine solche Kandidatur nicht absurd sei. "Aber ich weiß nicht, was absurd ist – Straßburg oder Tegel?" sagte er in Anspielung auf die Standorte des Europaparlaments und des ihm drohenden Gefängnisses. Das Berliner Kammergericht und der für die eingelegte Revision zuständige Bundesgerichtshof hätten jedenfalls bereits verloren, weil es ihnen nicht gelungen sei, ihn und Klöckner oder "Radikal" auszugrenzen. Härlin forderte "Die Grünen" auf, über seine Kandidatur aber nicht unter "sentimentalen Gesichtspunkten" zu entscheiden, da viele Hunderte aus "ebenso absurden Gründen wie wir im Knast sind" (zitiert nach dem Dokumentationssystem des Bundespresseamtes, Nr. 291833).

#### Die Regenbogenfraktion im Europäischen Parlament

Die Regenbogenfraktion im Europäischen Parlament setzt sich aus 19 Abgeordneten aus 5 Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft zusammen: 7 Deutsche, 4 Belgier, 4 Dänen, 2 Italiener und 2 Niederländer. Keine Mitglieder in dieser Fraktion stellen Frankreich, Großbritannien, Irland, Luxemburg und Griechenland.

Im einzelnen setzt sich die Fraktion wie folgt zusammen:

Bei den Deutschen: 7 Mitglieder der "Grünen".

Bei den Belgiern: 2 Mitglieder der Volksunie – Europese Vrije Alliantie, 1 Mitglied von Anders gaan arbeiden, leven en vrijen und 1 Mitglied der Ecologistes confederés pour l'organisation de luttes originales-Verts.

Bei den 4 dänischen Abgeordneten handelt es sich um Mitglieder der dänischen Volksbewegung gegen die EG-Mitgliedschaft (Folgebevaegelsen mod EF).

Die 2 italienischen Abgeordneten kommen mit je einem Mitglied aus den italienischen Parteien Democrazia proletaria und Unione Valdostana-Partito sardo d'Azione.

Die 2 holländischen Abgeordneten schließlich kommen mit je einem Mitglied aus den Parteien Politieke Partij Radikalen und Pacifistisch Socialistische Partij.

Die Regenbogenfraktion hat 4 gleichberechtigte Vorsitzende gewählt:

- Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Bundesrepublik Deutschland, "Die Grünen", Jahrgang 1942, Lehrer und Landwirt,
- Jaak Vandemeulebroucke, Belgien, Volksunie, Jahrgang 1943, Studienrat,
- Else Hemmerich, Dänemark, Folkebevaegelsen, Jahrgang 1936, Lektorin, und
- Bran van der Lek, Niederlande, Pacifistische Socialistische Partij, Jahrgang 1931, Biologe.

#### Aktionen und Politiken der deutschen "Grünen" im Europäischen Parlament bis zum Ende des Jahres 1984 und deren Ziele

In ihren Aktionen und Politiken auf der europäischen Bühne unterscheiden sich die deutschen "Grünen" in der Regenbogen-Fraktion in den Grundkonzeptionen in keiner Weise von ihren politischen Freunden auf der nationalen Ebene.

Von den bisherigen *Aktionen* im Europäischen Parlament sind folgende erwähnenswert:

Im Juli 1984 werden vor dem Plenarsaal in Straßburg in Erinnerung an den 20. Juli 1944 als Zeichen des Widerstandes weiße Rosen verkauft.

Beim ersten Auftreten des Führers der rechtsextremen "Nationalen Front" Frankreichs im Europäischen Parlament, Jean-Marie Le Pen, kommt es im Parlament zu tumultartigen Szenen. Lautes Rufen und rhythmisches Klopfen sind die Reaktion auf eine Intervention Le Pens, der eine Distanzierung des Hauses von einer schriftlichen Erklärung der deutschen "Grünen" im Parlament gegen ihn mit dem Titel "Weg mit dem Folterknecht" verlangt.

Im September demonstrieren "Die Grünen" vor dem Plenarsaal anlässlich des 11. Todestages von Allende in Chile.

Im Oktober demonstrieren und sammeln "Die Grünen" für die englischen Bergarbeiter. Graefe zu Baringdorf stürzt im Plenarsaal auf den Parlamentspräsidenten zu und beschimpft und bedroht ihn ungezügelt, weil dieser ihm – zu recht – das Wort entzogen hatte.

Im Zusammenhang mit diesen Aktionen ist schon jetzt eindeutig festzustellen:

1. Die deutschen "Grünen" haben in der Regenbogen-Fraktion die Führungsrolle übernommen.

2. Symbole (Transparente, Schilder, Bilder und Buttons), Demonstrationen und Aktionen, typische Zeichen der Radikalität von Bewegungen, die mit messianischem Habitus auftreten, haben auch auf europäischer Ebene für "Die Grünen" die wichtige Funktion, die in einer parlamentarisch-repräsentativen Demokratie üblichen Formen der politischen Kultur zu durchbrechen. Mit solchen Diffamierungen provoziert man nicht nur, sondern erzielt, wie die Studentenrevolte in unserem Land gezeigt hat, häufig "öffentliche Legitimitätskonzessionen" (Hermann Lübke) und zieht die Aufmerksamkeit mancher am Spektakel orientierten Medien auf sich.

Was die *Politiken* der deutschen "Grünen" in Europa betrifft, so tauchen auch hier nach dem bisherigen Erkenntnisstand lediglich altbekannte nationale Themen wieder auf. Fragen der Menschenrechtsverletzungen, "Berufsverbote", Kernenergie und Sicherheitspolitik werden europäisch thematisiert bzw. "national überhöht". Hierfür einige Beispiele:

1. Auf die Anklagebank wegen *Menschenrechtsverletzungen* werden immer die USA, Chile oder El Salvador gesetzt, aber nicht die UdSSR, Polen, Kuba oder Nicaragua. Die deutschen "Grünen" haben z.B. nicht für die mit großer Mehrheit angenommene Resolution des Europäischen Parlaments gestimmt, in der terroristische Gewaltakte wie der Bombenanschlag in Brighton anlässlich des Parteitages der britischen Konservativen, bei dem u.a. vier Menschen starben, verurteilt wurden. Statt dessen fand der Abgeordnete Schwalba-Hoth Worte des Verständnisses für diese Brutalität, zu der er die Auffassung vertrat: "Aktionen in diesen Bereichen sind Ausdruck eines Bedürfnisses, sogar eines mangelnden Selbstbestimmungsrechts" (siehe Protokoll der Sitzung des Europäischen Parlaments).

2. In mehreren Entschließungsanträgen haben die deutschen "Grünen", unterstützt von anderen Abgeordneten linker Fraktionen, das Europäische Parlament aufgefordert, sich mit der Frage der "Berufsverbote" in der Bundesrepublik Deutschland zu beschäftigen. In einem Entschließungsantrag vom 20. September 1984 z.B. heißt es: "Das Europäische Parlament, A. in der Kenntnis, a.) daß die Praxis der Berufsverbote in der Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig eine Eskalation erfährt, b.) daß das Bundespostministerium gegenwärtig diejenigen Postbediensteten entläßt, die für die DKP (Deutsche Kommunistische Partei) bei Wahlen kandidiert haben, c.) daß das Bundesland Niedersachsen gegenwärtig in Prozessen die Entlassung von Lehrern betreibt, die für die DKP kandidiert haben, d.) daß dem für die DKP ins Marburger Stadtparlament gewählten Postbeamten Herbert Bastian amtlicherseits erklärt wurde, ein Zurücktreten von seinem Mandat würde die Möglichkeit vergrößern, daß er kein Berufsverbot bekommen würde, B. in der Erwägung, daß nach der Erfahrung des deutschen Faschismus in der Bundesrepublik eine besondere Wachsamkeit gegenüber Menschenrechtsverletzungen herrschen sollte, 1. stellt fest, daß die in der Bundesrepublik als "Radikalerlaß" bezeichneten Berufsverbote als Menschenrechtsverletzungen zu bezeichnen sind, die das Recht auf Meinungs- und Gedankenfreiheit und auf den freien Zugang zum öffentlichen Dienst einschränken, 2. verurteilt dieses Vorgehen als Menschenrechtsverletzung, 3. fordert die Bundesregierung, das Bundespostministerium und die Niedersächsische Landesregierung auf, bei dem oben genannten Personenkreis die rechtlichen Schritte wegen ihrer Kandidatur für die DKP zurückzuziehen, 4. fordert seine Mitglieder auf, sich persönlich in Solidaritätsschreiben für die Betroffenen einzusetzen, 5. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung den Regierungen der Mitgliedstaaten, dem Präsidenten und den Richtern des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte sowie dem Präsidenten der Kommission zu übermitteln" (Entschließungsantrag vom 20.9.1984, Dokument 2-574/84, PE 92 147).

3. In einer Debatte des Europäischen Parlaments über Verletzungen von Menschenrechten in der Welt erklärte der Abgeordnete Frank Schwalba-Hoth, daß man die Ereignisse in der Bundesrepublik Deutschland nicht vergessen dürfe: "In Lüchow-Dannenberg seien beim ersten Atommülltransport die Menschenrechte außer Kraft gesetzt worden. Es hätten bürgerkriegsähnliche Zustände geherrscht. Die Polizei sei mit Terrormethoden gegen friedliche Demonstranten, unter ihnen auch seine Fraktionskollegin Undine Bloch von Blottnitz, vorgegangen. Derartige Atomstaatmethoden dürften nicht zum Normalfall werden" (zitiert nach dem

Protokoll der Sitzung des Europäischen Parlaments).

4. Die Abgeordneten Schwalba-Hoth und Bloch von Blottnitz haben in einem von ihnen initiierten Entschließungsantrag die Mitglieder des Europäischen Parlaments aufgefordert, "sich persönlich gegen den weiteren Ausbau der Hanauer Unternehmen Nukem und Alkem in Richtung 'Atom- und Plutoniumstaat' einzusetzen" (zitiert nach "VWD", Nr. 250, 28.12.1984).

5. Zur europäischen *Sicherheitspolitik* erklärte die "Grünen"-Abgeordnete Piermont im Zusammenhang mit der Diskussion über den letzten Gipfel des Europäischen Rates im Dezember 1984 in Dublin im Plenum des Europäischen Parlaments: "Neun EG-Länder sind also weiterhin davon überzeugt, daß der Krieg der Vater aller Dinge ist und bauen kaltblütig den militärisch-industriellen Komplex aus." Die West-Europäische Union bezeichnete sie "als das ideale Instrument, durch das sich die beteiligten Länder Europas ihre imperialistische Vormachtstellung militärisch erhalten, um sich die Secwege für ihren gefräßigen Bedarf an pflanzlichen und mineralischen Rohstoffen zu sichern, um in Krisenfällen auch direkt vor Ort eingreifen zu können. Sie könnte schließlich zum Schleichpfad werden, auf dem sich die Bundesrepublik Zugang zu Atomwaffen verschafft. Wir appellieren daher an dieses Parlament, all diesen Bestrebungen entschieden einen Riegel vorzuschieben" ("Ausführliche Sitzungsberichte" des Europäischen Parlaments, Straßburg, 11.12.1984, S.87).

6. Und ein letztes Zitat, das belegt, wie die deutschen "Grünen" im Europäischen Parlament die *Politik* der Gemeinschaft *insgesamt* beurteilen: In der zweiten Lesung des Haushalts 1985 der Europäischen Gemeinschaft erklärte der Abgeordnete Graefe zu Baringdorf in Straßburg: "Wir dagegen sind der Ansicht, daß dieser Haushalt auch aus inhaltlichen Gründen abgelehnt werden muß, denn er weist Mittel auf, die einer zerstörerischen Politik Vorschub leisten. Sie zerstört Arbeitsplätze und schafft keine, zerstört die Umwelt, belastet unsere Beziehungen zur Dritten Welt, schafft Ausbeutung in der Dritten Welt und leistet einer Militarisierung Vorschub" ("Ausführliche Sitzungsberichte" des Europäischen Parlaments, Straßburg, 13.12.1984, S.271).

#### Schlußfolgerungen

Wir haben darzustellen versucht, daß und wie sich "Die Grünen" als "Partei" in der Bundesrepublik Deutschland etabliert haben, und wie ihre ersten Schritte auf der europäischen Bühne aussehen. Danach wäre es falsch, sie lediglich als lästiger Störfaktor anzusehen.

Aufgrund von heute vielfach vorhandenen neuen Wertvorstellungen ist es den "Grünen" gelungen, Themen zu besetzen, die bei vielen Wählern, besonders bei jugendlichen, Anklang finden. "Die Grünen" sind ein politischer Machtfaktor geworden, mit dem eine intensive sachbezogene Auseinandersetzung dringend geboten ist. Allein schon an der heterogenen Begrifflichkeit, die vom "Neofaschisten" über "Gewissen der Nation", "pazifistischer Idealist" und "idealistischer Pazifist" bis zum "liebenswerten Missionar" reicht, werden unsere Defizite deutlich.

Auch das Wählerpotential der Unionsparteien CDU/CSU ist nicht frei von "grünen" Einflüssen, so daß Schadenfreude über Erosionsprozesse innerhalb der SPD nicht ausreicht. Die *gesamte Union muß auf allen Ebenen diese Auseinandersetzung* sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei führen. Hauptgründe hierfür sind die Systemgegnerschaft der "Grünen", ihre Ablehnung von Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie und unseres Rechtsstaates, ihre Unberechenbarkeit und ihre fehlende Bereitschaft, politische Verantwortung zu übernehmen, ihre Auffassung über Sicherheitspolitik, die das Gleichgewicht der Kräfte aushebeln und damit den Frieden unsicherer machen würde, ihre Vorstellungen über Wirtschafts- und Finanzpolitik, die zum Zusammenbruch unserer Volkswirtschaft führen würde, sowie ihre innerparteiliche Entwicklung, die den radikalen Fundamentalisten immer mehr Macht einräumt. Zu dieser Auseinandersetzung gehört auch die Bereitschaft, an die Verantwortung der Medien zu appellieren und sie darauf hinzuweisen, daß nicht alles, was sich jung, "grün" und links gibt, von vornherein gut ist, und daß es für die Entwicklung unserer Gesellschaft auf Dauer nicht von Vorteil sein kann, so viel über so wenige und so wenig über das Tun von vielen zu sprechen.

Wir müssen aber gleichzeitig wissen, daß die Erfolge der "Grünen" als "Partei" der Ausdruck einer neuen Mentalität mit einer eigenen Kultur sind, die ihren Grund in der Entwicklung unserer hochmodernen Industriegesellschaft hat. Wir müssen konkret bereit sein, uns "in die vielen Veränderungen einzufühlen, die viele als solche empfinden und ihnen kein Behagen geben" ("Rundblick", Nr. 204/1984, 20.10.1984). Die Duldsamkeit, mit der man andere Werte zu verstehen versucht, ist nämlich nicht zu verwechseln mit der Akzeptanz von Werten, die man für sich selbst ablehnt.

An die Stelle einer bloßen Warnung, Ablehnung oder Diffamierung muß also eine offene Strategie der differenzierten Auseinandersetzung treten. Denn "überall dort, wo die Grünen mehr Menschlichkeit und Rückkehr zu einer gesunden Umwelt wollten, waren sie eine Herausforderung besonders für die Union als eine auch konservative Partei, denn wo junge Menschen das Menschliche, Natur und Umwelt groß schreiben und bereit sind, dafür Opfer zu bringen, sind sie im Grunde konservativ" (Werner Münch, "Die Grünen - Aufstieg und Verfall einer Bewegung", zit. Ausg.), weil diese Politik eine bewahrende, schützende und verteidigende Politik für die Entwicklung einer neuen Symbiose von Mensch und Natur ist (siehe hierzu auch A. Baring in einer Buchbesprechung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 20.7.1984).

Wir lassen uns gerne sagen, daß wir nicht alles richtig machen (das gehört zu unserem Menschenbild und Verständnis von Politik), und wir haben keine Schwierigkeit zuzugeben, daß außer uns auch andere richtige Fragen stellen. Aber Bracher hat recht, wenn er den "Grünen" vorwirft, daß sie dem Publikum zu suggerieren versuchen, sie verfügten über eine Lösung der Probleme unserer Gesellschaft, "ohne daß eigentlich auch nur die Konturen dieser Lösung konkret vorgeführt werden. Es handelt sich fast um eine Art totalitärer Verführung" (K. D. Bracher, in: "Report" am 23.10.1984, zitiert nach: "Union in Deutschland", Nr. 35, 15.11.1984, S. 15).

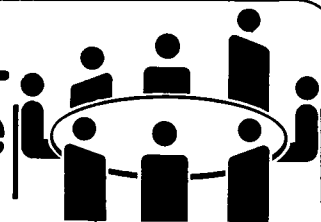
Aber auch wir dürfen nicht bei jeder Frage letzte Lösungskompetenzen vortäu-

schen, denen wir nicht gerecht werden können, und wir müssen die Wahrheit ungeschminkt so sagen, wie sie ist (siehe hierzu: H. Rieger, in: "Rundblick", Nr. 204/1984, 20. 10. 1984).

Auf der europäischen Ebene müssen wir anfangen, systematisch Informationen zu sammeln und auszuwerten sowie über die Auffassungen, Strategien und politischen Ziele der "Grünen" aufzuklären. Es ist über Mittel und Wege nachzudenken, mit denen wir verhindern, daß die Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments mißbraucht und mit allen Tricks versucht wird, dieses Parlament lächerlich zu machen und es als zusätzliches Forum anzusehen, das zur "Vernetzung der Protestbewegungen in Europa" beitragen soll.

*Dieser Beitrag ist die leicht gekürzte Fassung einer Studie, die der Verfasser ursprünglich in der von der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und von der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag gemeinsam herausgegebenen Schriftenreihe "Europa als Auftrag", Jrg. 1985, Heft 1, 25.1.1985 veröffentlicht hat. Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Zustimmung der Redaktion von "Europa als Auftrag".*

## Seminar-Probleme ???



Wir helfen Ihnen, sie zu lösen ! Seminare sollen ein Erfolg werden – pädagogisch, wirtschaftlich, publizistisch, bezüglich des „Drumherum“, hinsichtlich der Referenten.

Für die internationale LIBERTAS-Mannschaft ist kein Seminarproblem zu groß. Wir haben Erfahrung: Referentensuche, Finanzplanung, Örtlichkeiten, Themenkonzeption, Materialsichtung, Medienecho, Dokumentationen. LIBERTAS hilft Ihnen beim Seminarprogrammieren: in ganz Europa. In den Themenbereichen Europa, internationale Politik, Dritte Welt.

Wenn Sie also ein Seminar planen: Sprechen Sie zuerst mit uns !

**LIBERTAS, Schwenninger Str. 32, D-7032 Sindelfingen 6,  
Tel. 07031/81855, Telex 7 265 320.**

# Kein Verständnis für Amerika?

Natürlich ist auch in den USA nicht alles in schönster Ordnung, natürlich gibt es Interessenkonflikte zwischen uns und Amerika.

Aber wir sollten eins nicht vergessen: **Die Vereinigten Staaten sind unser Partner, nicht unser Feind!** Das sollte eigentlich so klar sein, daß man es gar nicht mehr extra sagen muß.

Doch leider ist es nicht so: Es wird immer mehr Stimmung gegen die USA gemacht. Es wird sogar unterstellt, die USA wären genauso eine Bedrohung für uns wie die UdSSR! Besonders im Rahmen der Friedendiskussion kommen derartige Äußerungen immer öfter auf – und beeinflussen vor allem die junge Generation.

Da sollte man doch die Realitäten wieder etwas zurechtrücken. Wir, die AECYA, haben uns das vorgenommen. AECYA heißt: American-European Community Youth Association. Denn wir meinen: **Unser wichtigstes Ziel muß es sein, bei der Jugend für mehr gegenseitiges Verständnis zu sorgen – hier wie in Amerika!**

Sie können dabei mithelfen. Als Mitglied: Der Jahresbeitrag beträgt nur 20,- DM (für Firmen, Verbände etc. 100,- DM). Oder mit Ihrer Spende: Die AECYA ist als gemeinnützige Organisation anerkannt, Ihre Spende ist also voll steuerlich abzugsfähig.

Machen Sie mit – für eine gemeinsame Zukunft und für eine verständnisvolle Partnerschaft!



American-European Community Youth Association · Hintere Gasse 35/1 · 7032 Sindelfingen · Kto. 9800004 bei der Deutschen Bank (BLZ 60070070)

Name: .....

Straße/Nr.: .....

PLZ/Ort: .....

Ich trete bei. Den Mitgliedsbeitrag habe ich überwiesen/füge ich als Scheck bei.

Ich spende der AECYA DM ..... (Scheck anbei). Bitte stellen Sie mir eine Spendenbescheinigung aus.

Senden Sie mir bitte außerdem weiteres Informationsmaterial über die Arbeit der AECYA.

## Deutschland, eine gesplante Nation in Europa

von

Florus A. Wijsenbeek MdEP

Die Frage, mit der sich die niederländische Politik jahrelang auseinandergesetzt hat, ob nämlich die Niederlande die DDR anerkennen sollten oder nicht, gehört bereits der Vergangenheit an, ebenso wie die von der Bundesregierung praktizierte Hallstein-Doktrin, die besagte, daß keine diplomatischen Beziehungen mit Ländern unterhalten werden, die die DDR anerkannt haben. Seither ging man – vielleicht aus Bequemlichkeit – davon aus, daß, zumindest in der täglichen Praxis, die Frage der Wiedervereinigung keine Bedeutung mehr hat und wie so viele Dinge in allen Verfassungen nur noch der Form halber im Grundgesetz der Bundesrepublik existiert, weil man es nicht für nötig hielt, die entsprechende Passage zu streichen und dadurch die Diskussion erneut in Gang zu setzen. Diese Meinung wurde nur dadurch gestärkt, daß als die Bundesrepublik und die DDR nach dem Erfolg der Ostpolitik der Regierung Brandt-Scheel Beziehungen aufnahmen, die sich allem Anschein nach nur dem Namen nach unterschieden von normalen diplomatischen Beziehungen zwischen zwei souveränen Staaten, in denen zufällig dieselbe Sprache gesprochen wird.

Auf diese Weise konnten viele sich mit dem Gedanken befreunden, daß es zwei deutsche Staaten gibt und daß das Problem der Wiedervereinigung dieser zwei deutschen Staaten aus der Welt geschafft war. Als nun der italienische Außenminister Giulio Andreotti kürzlich eine dahingehende Ansicht öffentlich äußerte, konnte man sich allgemein der Verwunderung über die überaus schroffe Reaktion von deutscher Seite nicht erwehren. Ebenso erstaunt waren wir über die große Aufregung, die in der Bundesrepublik durch die Frage ausgelöst wurde, ob der offizielle Besuch des Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker, in Bonn stattfinden würde oder nicht. Nun ja, es handelte sich allerdings um den ersten Besuch des wichtigsten Vertreters der DDR im Bundeshauptort Bonn, und dieser Mann stammt auch aus jenem merkwürdigen deutsch-französischen Grenzgebiet, dem Saarland, dem kleinsten Land der Bundesrepublik, aus dem übrigens auch der als Brandts Nachfolger geltende radikale Sozialist Oskar Lafontaine kommt; demnach erschien es uns nicht notwendig, davon soviel Aufhebens zu machen. Schließlich geben sich in Bonn die Regierungschefs osteuropäischer Länder – auf der Suche nach Geld – die Klinke in die Hand!

Noch größer wurde unser Erstaunen, als diese netten, fügsamen und freigiebigen Deutschen im EG-Ministerrat sich auf einmal weigerten, die Rechnung für die anderen Mitgliedstaaten zu begleichen und allerlei Einsparungsforderungen stellten. Dies stieß um so weniger auf Verständnis, als sie dabei durchaus bereit waren,

auf nationaler Ebene ihre eigenen Landwirte in einer Weise zu unterstützen, daß dadurch die einzige wirkliche europäische Politik, nämlich die Agrarpolitik, wieder völlig renationalisiert wurde.

Wir wußten einfach nicht, wie uns geschah, und reagierten beinahe wieder so wie in den Jahren unmittelbar nach dem Krieg, etwa nach dem Motto: "Denkt nur ja daran: ihr könnt froh sein, daß ihr mitmachen dürft, also bloß kein Getue!"

Helmut Schmidt mit dem Beinamen "Schnauze" durfte in der Gemeinschaft wohl schon etwas mehr mitreden, aber das lag schließlich an seiner Art und seiner Kompetenz; so etwas aber hatten wir von der derzeitigen soft-spokenen Regierung Kohl-Genscher sicher nicht erwartet. Dieser bisher unbemerkte Mangel an Bereitschaft der Bundesregierung, die ungedeckten Rechnungen der Gemeinschaft unbeschert zu begleichen, fiel um so stärker auf, als für die DDR sowohl für den Freikauf von Häftlingen direkt und indirekt durch Gewährung staatlich garantierter Kredite große Beiträge bereitgestellt werden, die um ein Vielfaches höher sind als die Summen, die zur Deckung der Haushaltsdefizite und für die neue Politik der Gemeinschaft erforderlich sind.

Ist dies nun ein Zeichen dafür, daß die Bundesrepublik sich von der westlichen Welt abwendet, oder heißt das nur, daß wir uns darüber klar sein müssen, daß das Problem der Teilung Deutschlands nicht dadurch gelöst ist, daß wir es totschweigen oder daß es mit der Zeit einfach verschwindet.

Wir machen uns nicht genügend klar, daß die Bindungen zwischen beiden deutschen Staaten noch sehr konkret und sichtbar sind. So wie Honnecker aus dem Westen stammt, kommen allein in der FDP die drei führenden Politiker Genscher, Bangemann und Mischnick aus der heutigen DDR. Wenn die DDR sich bemüht, bestimmte Persönlichkeiten der Geschichte, die nicht in die Ideologie des Marxismus-Leninismus einbezogen werden konnten und von den Geschichtsbüchern der DDR jahrelang verschwiegen wurden, wieder ins Interesse der Öffentlichkeit zu rücken, dann gedenkt man eben dieser Persönlichkeiten gleichzeitig auch in der Bundesrepublik, so wurde, z.B. letztes Jahr in West- und in Ostdeutschland ein Luther-Jahr veranstaltet. Goethes Wohnort Weimar ist ebenso wie das Schloß Friedrichs des Großen in Potsdam eine kulturhistorische Touristenattraktion von internationaler Bedeutung.

Man kann nicht über das Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten sprechen, ohne die Schwächen in beiden politischen Systemen zu erwähnen. Natürlich, die Bundesrepublik ist eine Demokratie, was die DDR keineswegs ist; doch sind die Stimmgewinne der Grünen in der Bundesrepublik, die übermächtige Rolle der Partei in der DDR und die Parteien in der Bundesrepublik Phänomene, die in keinem der anderen Mitgliedsländer der Gemeinschaft so stark ausgeprägt oder bekannt sind. Diese "Partikratie" ist u.a. auf die Finanzierung der Parteien aus öffentlichen Mitteln zurückzuführen. In Bonn gibt es neben den Ministerien regelrechte Burgen, in denen ganze Schattenbürokratien für die CDU, SPD und FDP die gesamte Beschlußfassung vorbereiten oder sogar noch einmal "zurecht-zupfen".

Mittlerweile wurde diesen Praktiken mit Blick auf die besonders schlechten Wahlergebnisse ein Riegel vorgeschoben, doch noch vor zwei Jahren saßen in der Parteizentrale der FDP in der Baunscheidtstraße 120 Mitarbeiter für eine Partei

mit weniger als 70 000 Mitgliedern. Außer den 3.50 DM für jede bei den Wahlen abgegebene Stimme werden auch die wissenschaftlichen Stiftungen wie die Adenauer-, Ebert- und Naumann-Stiftung noch einmal aus öffentlichen Mitteln bezahlt; diese Stiftungen haben, jede für sich u.a. ein regelrechtes Netz von "Entwicklungshelfern" und Büros in anderen europäischen Ländern aufgebaut. Auch die Parteien in den Ländern werden noch einmal gesondert aus den Landeshaushalten finanziert. Die Tatsache, daß außerdem noch ein Bedarf an zusätzlichen Mitteln aus der Wirtschaft besteht, zeigt, daß man bei einer öffentlichen Parteienfinanzierung eine Beeinflussung von außen nicht ausschließt, daß allerdings für die Bemühungen, sich gegenseitig mit großangelegten, kostspieligen und luxuriösen Wahlkämpfen zu überbieten, die derzeit zur Verfügung gestellten umfangreichen Mittel nicht ausreichen. Zur Flick-Affäre möchte ich an dieser Stelle lediglich bemerken, daß ich nicht mit denjenigen übereinstimme, die daraus folgern, daß die Demokratie in der Bundesrepublik schwächer ist als in anderen Ländern und daß die Gefahren der Weimarer Republik erneut heraufbeschworen werden. Meiner Ansicht nach ist eher das Gegenteil der Fall. Versuche der Wirtschaft, sich die Politik zunutze zu machen, gibt es überall auf der Welt, aber nirgends wird darum so viel Aufhebens gemacht, nirgends werden diese Vorkommnisse so konsequent verfolgt und untersucht wie gerade in der Bundesrepublik. In diesem Zusammenhang fällt mir eine Begebenheit ein, von der mir Lady Nancy Secar, Mitglied des Britischen Oberhauses, berichtete. Nancy Secar war nach



*Florus A. Wijsenbeek ist ein niederländischer liberaler MdEP. Er ist eine bekannte Persönlichkeit des europäischen Liberalismus, war Generalsekretär der ELD und Rechtsberater der ELD-Fraktion. Der polyglotte Niederländer hat eine umfangreiche Liste publizistischer Beiträge für Europa aufzuweisen.*

dem Krieg für die staatsbürgerliche Bildung in der britischen Besatzungszone tätig. Während einer ihrer Debatten sagte der Präsident, der selbst sehr aktiv das Nazi-Regime bekämpft hatte, folgendes: "Miss Secar, wie können wir die Deutschen zur Demokratie zwingen?" Man möchte es alles so ganz besonders gut machen, und dabei verliert man dann manchmal den Maßstab.

Wenn wir uns klarmachen, daß die Wiedervereinigung Deutschlands mehr als nur eine inhaltslose Formulierung ist und von der Regierung der Bundesrepublik ganz gleich, wie sie auch zusammengesetzt sein mag, noch immer als realistisches, allerdings weit entferntes Ziel betrachtet wird, — müssen wir daraus dann Konsequenzen für unser Streben nach einer weiteren und tiefgreifenderen Integration in der Europäischen Gemeinschaft ziehen? Könnte dies sogar bedeuten, daß die Bundesrepublik bewußt zögert, eine weitere Integration in der Gemeinschaft anzustreben, weil sie sich auf diese Weise weiter von der DDR und daher von einer möglichen Wiedervereinigung entfernen könnte?

Nicht nur von der Bundesregierung, sondern auch im Bundestag sowie von Diplomaten und Auslandskorrespondenten in Bonn wird diese Frage immer wieder verneint. Offiziell wie auch in der Praxis werden sowohl die westeuropäische Integration als auch die Wiedervereinigung Deutschlands als untergeordnete Ziele betrachtet. Gerade deshalb müssen wir dafür sorgen, daß die Gemeinschaft ein funktionsfähiges Ganzes bleibt, in dessen Rahmen ständiger Fortschritt in Integration und Harmonisierung eine realistische Möglichkeit sind. Sollte dies eines Tages nicht mehr der Fall sein, sollten die offiziellen Stellen wie auch die Bürger der Bundesrepublik Europa als Alternative zur nationalistischen Politik abschreiben, und sollten wir darüber hinaus feststellen, daß SPD und Grüne, falls sie die Mehrheit erreichen, sich auch in der NATO als weniger zuverlässige Bundesgenossen erweisen, dann bleibt als langfristiges Ziel der Politik der Bundesrepublik nur die Wiedervereinigung übrig.

Für die Sowjetunion, die sich immer noch — ob zu Recht oder nicht — vor einem deutschen Revanchismus fürchtet, wie auch für die westeuropäischen Partner, die dann eine Pufferzone gegenüber dem Kommunismus verlieren, ist dies keine lockende Perspektive. Auch unter wirtschaftlichem Aspekt ist es für alle anderen Mitgliedstaaten von grundlegender Bedeutung, daß die Bundesrepublik fest in der Europäischen Gemeinschaft verankert bleibt, da für alle Mitgliedsländer, ausgenommen Irland, die Bundesrepublik der größte Handelspartner für Ein- und Ausfuhr ist.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, daß eine bessere Kenntnis der Ostpolitik der Bundesregierung und mehr Interesse dafür erforderlich sind; noch wichtiger aber ist es, dafür zu sorgen, daß die Beziehungen der Bundesrepublik zur Europäischen Gemeinschaft sich nicht verschlechtern. Gerade die Niederlande als am stärksten von der Bundesrepublik abhängiges Nachbarland sollten auch aus diesem Grund unverdrossen eine Weiterentwicklung der Gemeinschaft anstreben und die passive Haltung der letzten Jahre in eine aktive, der Integration dienende Haltung umwandeln.

## Andreotti's Einfall: Die Deutsche Frage als *commedia dell'arte*

von

Knut Görlich

Zweifellos war es ein gut gewählter Moment. Zu kaum einem anderen Zeitpunkt hätte sich der italienische Außenminister Giulio Andreotti solcher Aufmerksamkeit sicher sein dürfen: gerade noch war man damit beschäftigt, die Schuld für Honeckers Absage (eines Bonn-Besuches im Herbst 1984), wenn schon nicht gerecht, dann doch wenigstens billig entweder dem CDU-Bundestagsfraktionsvorsitzenden Dregger oder dem Moskauer "njet" zuzuschreiben, — für Zwischentöne und präzise Analysen war weder Zeit noch Neigung vorhanden — da platzte schon der italienische "Pangermanismus"-Vorwurf herein. Das schon vorher inszenierte Große Geschwätz (eine *opera buffa* für Zwischenrufer aller Parteien) fand damit zu einem zunächst gar nicht vorgesehenen letzten Akt, und alle Knallchargen durften wieder einmal die Bretter beherrschen, die die Welt beherrschen: Germania, die alte Heroine des europäischen Theaters, wurde aus dem Requisitenfundus gezerrt und ins Rampenlicht geschleppt, vom plötzlichen Lärm geweckte Statisten stachen mit dem Zeigefinger Löcher in die heiße Luft, mit-tendrin stand der Deutsche Michel und wußte nicht, wußte wieder mal gar nicht, wie es ihm geschah. Das war eine echte *commedia dell'arte*. Dennoch: nach Beifall war es uns kaum zumute; die Vorstellung geriet allzu dürftig. Es war an der Zeit, daß das Sommertheater von dem Markte wich. Es verlangte uns nicht mehr nach ihm.

Möglicherweise, und vielleicht wäre das gar nicht so schlecht — möglicherweise wird man in einiger Zeit mit dieser Distanz des Spottenden über Ereignisse sprechen können, die heute noch greifbar nahe liegen. Und die allzu ernst sind, als daß man sie unter den üblichen Volksbelustigungen des Marktplatzes, oder auch nur unter den üblichen Aufführungen der politischen Kleinkunstabtische rubrizieren dürfte. Es war Ernst, als der italienische Außenminister das Fest der kommunistischen Zeitung "L'Unita" benutzte, um folgende Formulierung in Umlauf zu setzen: "Wir alle sind damit einverstanden, daß es zwischen den beiden Teilen Deutschlands gute Beziehungen geben muß. Aber man muß nicht übertreiben in dieser Richtung. Der Pangermanismus muß überwunden werden. Es gibt zwei deutsche Staaten und zwei sollen es bleiben."

### Bonn verstimmt

Wie ernst Andreotti seine Äußerung gemeint hat, zeigte seine eher auf Druck des Bundesaußenministers Genscher als aus eigenem Klarstellungsbedürfnis abgegebene, ausgesprochen mühsame Rechtfertigung: "Ich habe nicht die Absicht gehabt,

den Begriff Pangermanismus in Zusammenhang mit der Politik der Bundesrepublik Deutschland zu bringen." Die Selbstinterpretation des Außenministers, er habe sich "nicht gegen die langfristigen Ziele des deutschen Volkes ausgesprochen", bleibt schwer nachvollziehbar. Einige Tage zuvor hatte Genscher vor dem italienischen Botschafter Ferraris in Bonn betont, daß die Äußerungen Andreottis "gerade wegen der engen deutsch-italienischen Freundschaft" mit besonderer Enttäuschung aufgenommen worden sind. Bundeskanzler Kohl zeigte sich "außerordentlich befremdet" und als CDU-Vorsitzendem durfte ihm die Stellungnahme eines führenden italienischen Christdemokraten zurecht als "absolut unverständlich" erscheinen – zumal Andreotti mit Zustimmung der CDU die Präsidentschaft der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD) übernommen hatte. EUCD-Generalsekretär Jansen, zugleich Vorsitzender des CDU-Bundesfachausschusses "Außen- und Deutschlandpolitik", distanzierte sich umgehend von seinem Präsidenten.

#### Rom beschwichtigt

In Italien indessen versuchten fast alle Politiker und Zeitungen, den Eindruck eines Dissenses mit Bonn erst gar nicht aufkommen zu lassen. Der Führer der Democrazia Christiana (DC), De Mita, bemühte sich, die Wogen in Bonn durch die etwas unscharfe Formulierung zu glätten, man habe Andreotti falsch interpretiert. In einem Interview bezog auch der Generalsekretär der kommunistischen Partei (PCI), Natta, eine andere Position als sein ehemaliger Gastredner. Nach den zwei Deutschlands befragt, wies Natta einer präzisen Äußerung zwar aus und begnügte sich mit der Zustimmung zu der "konstanten Verbesserung" der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. In Kommentaren indessen hob man hervor, daß sich Natta damit im Gegensatz zu Andreotti nicht zu einem Sprachrohr des Kremi gemacht habe. Der sozialistische Ministerpräsident Bettino Craxi (PSI) versicherte in einer Botschaft an den Bundeskanzler die "größte Achtung" der italienischen Regierung vor den "Grundsätzen und Idealen" der deutschen Politik. Die italienische Regierung wünsche im Interesse des deutschen Volkes und des europäischen Friedens eine Überwindung der Hindernisse, die "der Entwicklung eines direkten Dialogs zwischen beiden deutschen Staaten in den Weg gelegt werden." War hier nur von einer Verbesserung der innerdeutschen Beziehungen die Rede, so sprach sich Craxi in Cremona ausdrücklich für die Einheit des deutschen Volkes aus.

#### Solidarität und Bedenken bei den Verbündeten

Andreottis Äußerung beschwor offensichtlich das Gespenst des geeinten Deutschlands aus der Gruft der Geschichte wieder in das Licht aktueller Politik. Die offiziellen Stellungnahmen der westlichen Verbündeten zu diesem Thema dürften Bonn beruhigen; der dänische Außenminister Jensen verwies die Entscheidung über die Wiedervereinigung an das deutsche Volk, sein britischer Amts-

kollege Howe betonte die Schwierigkeit, in Europa eine dauerhafte Stabilität zu erreichen. "solange die deutsche Nation gegen ihren Willen geteilt ist." Die öffentliche Meinung Westeuropas – auch die Italiens – schlug sich auf die Seite der Bundesrepublik. Deren Bekenntnis zu der Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa und zu dem politischen Fernziel, im Rahmen einer europäischen Friedensordnung die Einheit des deutschen Volkes wiedererlangen zu wollen, ist unter den Nachbarn konsensfähig, daran besteht kein Zweifel. Natürlich: mit dem Hinweis auf wohlklingende Verlautbarungen läßt sich die Frage nach der tatsächlichen Haltung der Verbündeten nur unzureichend beantworten. In dieser Hinsicht dachte und formulierte der frühere österreichische Bundeskanzler Kreisky wieder gewohnt hemdsärmelig: "Dem Herrn Andreotti ist es halt passiert, daß er etwas deutlicher formulierte, was alle denken." In dem überwiegenden Teil der öffentlichen Meinung Westeuropas findet diese Vermutung wenig Bestätigung, wenn auch Kreiskys Ausspruch manches von der nicht-veröffentlichten Meinung in einflußreichen Kreisen Westeuropas richtig wiedergeben dürfte. Etwas anders steht es damit in Nordamerika: bei allem offiziellen Konsens zwischen der US-Administration und den Regierungen der europäischen NATO-Verbündeten bezüglich der prinzipiellen Beurteilung der Deutschen Frage, häufen sich Bedenken und Argwohn in der nordamerikanischen Öffentlichkeit gegen die Ost- und Deutschlandspolitik Bonns in beträchtlichem Maße, wie eine Dokumentation des Bundespresseamtes das belegt.

#### Andreotti – ein Rätsel?

Für die Italiener sind die Nachrichten von den absurd komplizierten Verhältnissen zwischen den beiden deutschen Staaten oft wie Nachrichten von einem anderen Planeten. Dennoch findet sich von gleichgültiger Ignoranz oder Ablehnung der Wiedervereinigung als politisches Fernziel kaum eine Spur. Dazu mag die Erinnerung an die schweren Anstrengungen der eigenen nationalen Einigung – und die Präsenz ihrer immer noch nicht bewältigten Probleme wie beispielsweise das des wirtschaftlich unterentwickelten Südens – ebenso beitragen wie die seit De Gasperi dem Gedanken der Europäischen Integration verpflichtete Außenpolitik. Wie rätselhaft und überraschend Andreottis Äußerung auch für die Italiener kam, zeigt stellvertretend für viele ein Kommentar in der linksliberalen "La Repubblica": mit der unstrittenen Äußerung sei dem "mistero Andreotti", dem Rätsel Andreotti ein weiteres Kapitel hinzugefügt worden. Man wisse nicht, ob und wann dieses Rätsel gelöst werde, zweifellos aber werde es für die DC und für die italienische Demokratie ein Fortschritt sein, wenn es dazu käme. Gerade Andreotti hatte sich nach dem Tod Aldo Moros als Ministerpräsident den europäischen Zielen verpflichtet. In seine Amtsperiode fiel die erste Direktwahl zum Europäischen Parlament. Wie nahe die Hoffnung auf ein geeintes Europa und auf eine Lösung der Deutschen Frage (als einer Freiheits-, nicht einer Territorialfrage) für Bonn beieinanderliegen, haben Vertreter von CDU/CSU und FDP immer wieder deutlich gemacht. Unkenntnis dieser fundamentalen und essentiellen Verknüpfung beider politischer Zielsetzung kann deshalb nicht als Entschuldigung für Andreottis faux-pas in Rechnung gestellt werden.

Tatsächlich liegt die Erklärung auch näher, ist trivial und findet wohl in schlichtem Eigennutz ihre tiefste Begründung. Es ist kein Geheimnis, daß Andreotti seine politische Karriere gerne im Quirinal-Palast beenden würde. Die Wahl des Nachfolgers für Staatspräsident Pertini ist für 1985 vorgesehen. Dann wird für einen Kandidaten auch die Zustimmung der PCI erforderlich sein. Möglicherweise spekulierte Andreotti schon auf dem Fest der "Unita" auf ein späteres Wohlverhalten der Kommunisten. Das rechte Augenmaß hätte er dabei allerdings vermissen lassen, und zwar in mancher Hinsicht.

Insgesamt zeigte sich die italienische Politik von Andreottis unerwartetem Ausfall überrascht und verstört. Einen rechten Grund wußte niemand zu nennen, Ratlosigkeit war die bezeichnendste Haltung.

Man betrachtet es nicht als Aufgabe und Gegenstand italienischer Politik, die Deutschen über Aussichten und Möglichkeiten ihrer Wiedervereinigung zu belehren. In Bonn aber sollte man auch über den Eindruck der Deutschlandpolitik im befreundeten Ausland nachdenken: nicht überall wird die Versicherung, Grenzen als unverletzbar zu betrachten und das Reden von der Wiedervereinigung als Zeichen einer kohärenten Politik verstanden. Nicht als ob dabei der deutschen Nation das Recht abgesprochen werden würde, aufgrund freier Selbstbestimmung in einem einheitlichen, souveränen Staat zu leben. Aber ein Blick auf den Zustand der Sowjetunion sowie auf ihre zumindest bis heute unverminderten Ansprüche im Ostblock lassen eine zwiespältig empfundene deutsche Politik als allzu riskant erscheinen.

#### Wiederbelebung der Deutschen Frage?

Andreottis Bemerkung steht aber noch in einem größeren Zusammenhang, sozusagen am Ende der sommerlichen "nervosismo tedesco", der deutschen Aufregung. Die italienische Öffentlichkeit nahm den publizistischen Lärm aufmerksam und etwas überrascht zur Kenntnis. Die Deutsche Frage geriet dadurch auch in Italien wieder mehr ins Blickfeld, die Zeitungen machen sich in einer Vielzahl von Artikeln Gedanken über die "Seelenlage" der Deutschen.

Den möglichen Besuch Honeckers in Bonn sah man in seiner Ambivalenz sehr wohl: er hätte die Deutsche Frage insoweit beantwortet, als er die de facto Existenz zweier deutscher Staaten offensichtlich gemacht hätte; gleichzeitig wäre die Deutsche Frage aber wieder neu gestellt worden, insoweit nämlich, als sich die innerdeutschen Beziehungen einen gewissen, von dem unterkühlten Verhältnis der beiden Supermächte unabhängigen Spielraum zu sichern verstanden hätten — "qualcosa di molto vicino alla rinascita di una nazione", wie der "Espresso" vermutet.

#### Die deutsche Nervosität

Im Oktober lotete das Nachrichtenmagazin in einem langen Artikel ads politi-

sche und kulturelle Befinden Deutschlands aus. Als kennzeichnend für die Bundesrepublik gilt eine weitverbreitete Hypernervosität, die alle politischen Problemstellungen mit konstanter Neigung zur Katastrophe kommentiert — handelt es sich nun um den Streik, die Situation der FDP, den Siegeszug der Grünen oder die Lage der Universitäten. In den Zeitungen und unter den Intellektuellen Deutschlands erblickt man eine "inquietudine nova", eine neue Unruhe, die sich ihre Anlässe notfalls selber erfindet, wenn die politische Realität keinen Anlaß dazu bietet. Angesichts von politischen Verhältnissen, deren Stabilität südlich der Alpen noch immer utopisch ist, erscheint den Italienern die westdeutsche Aufregtheit als unbegründet, als Zeichen einer Neigung zur Hysterie. In der deutschen Unruhe, in den Gedanken über den Nationalneutralismus, im Aufstieg der Grünen mit ihrer merkwürdigen Mischung aus archaischen Grundwerten und antistaatlichen Forderungen, in der leicht der Versuchung des Absoluten erliegenden Friedensbewegung, in der auf dem Kultursektor wild wuchernden Hypochondrie — in all dem sieht "L'Espresso" so etwas wie eine vage und ungefähre Sehnsucht, "una melancolia dell'anima." Der Gedanke an die deutsche Einheit sei ein tiefsitzender Stachel, den die Deutschen nicht zu entfernen wüßten. Heute, nach vierzigjähriger Abstinenz von seiner geographischen, geschichtlichen und kulturellen Realität, konstatiert man das Bedürfnis Deutschlands, sich wieder selbst übergeben sein zu wollen. Als deutliches Indiz hierfür sehen viele Italiener das dicke Geflecht von kulturellen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Politisch geteilt, erscheint ihnen Deutschland kulturell immer noch vereint. Der von den Westdeutschen eher als Zeichen der Teilung begriffene Exodus ostdeutscher Literaten wird eher als Zeichen einer fruchtbaren Wechselwirkung bewertet. Dieser Austausch binde beide Staaten noch fester aneinander.

#### Nationalkultur und souveräner Staat in Deutschland

Dieser Blickwinkel mag zunächst ungewöhnlich erscheinen, vor allem deshalb, weil er das Kriterium des unterschiedlichen politischen Systems und der ungleichen Freiheitsrechte ausklammert, die politisch motivierte Knebelung der Literaten als Ursache für ihre Übersiedlung in den Westen nicht berücksichtigt.

Für die Italiener ist jedoch das Band der Kultur, das Umfang wie Art und Weise der staatlichen Ordnung einer Nation mit konstituiert, bei der Beurteilung des geschichtlichen Werdeganges einer Nation nach wie vor wichtig, ja ausschlaggebend. Man könnte sagen, für sie kann es auf die Dauer nur eine kulturell verwurzelte staatliche Souveränität geben. Sie sprechen den Deutschen nicht ab, daß sie fähig wären, in einem freiheitlichen Rechtsstaat, wie er bereits heute von der Bundesrepublik verkörpert wird, den ihrem kulturellen Wertehorizont entsprechenden, ungeteilten, souveränen und europäisch wie nordatlantisch integrierbaren Staat im Zeichen freier Selbstbestimmung zu konstituieren. Aber sie sehen gegenwärtig keine krisenfreie Chance für eine gesamtdeutsche Staatsbildung im Sinne der kulturell bedingten politischen Selbstdeutung der Nation, die ausschließlich auf eine freiheitliche und rechtsstaatliche Verfassung hinauslaufen kann. Sie bevorzugen, mangels realistischer Alternativen den status quo, weil sie



weder eine internationale Krise in Europa, noch eine territorialstaatliche oder gar nationalstaatliche Tyrannei in Deutschland, d.h. im Herzen Europas wollen. Die geschichtliche Hybris des Nationalsozialismus, auf die die gegenwärtige Situation zurückgeht, ist ihnen, mitten in einem betont auf Antifaschismus gebauten Staat, sehr wohl bekannt. Dementsprechend stellt sich für viele Italiener auch die Deutsche Frage dar. Nach der traumatischen Erfahrung des Nationalsozialismus fehlte den Deutschen die Erfahrung der Befreiung aus eigener Kraft, die Möglichkeit, vor den Trümmern der eigenen Geschichte ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen, meinen sie. Darin finde, so sagt man in Italien, "la nevrosi tedesca", die deutsche Neurose ihre tiefe Ursache. Nebenbei: welche Rolle Andreotti, die Deutschen und die weiteren Beteiligten in der deutschlandpolitischen commedia dell'arte des Jahres 1984 tatsächlich gespielt haben, wer also Arlecchino, Pantalone oder Dottore war – darüber wird erst die Geschichte eine verbindliche Auskunft geben.

## Die "deklassierte" Nation:

### Deutschland, deutsche Geschichte und der 8. Mai 1945

von

Werner Theis

I

Es ist verständlich, daß die Generation der vierzig- bis sechzigjährigen in unserem Land Schwierigkeiten mit dem Begriff der deutschen Nation hat. Sie warnt aus ihrer Sicht zurecht vor einem gedankenlosen Griff in die Geschichte, um damit Politik zu rechtfertigen.

Der Zusammenbruch des Dritten Reiches am 8. Mai 1945 hat tiefe Wunden hinterlassen. Was nicht vergeben werden kann und nicht vergessen werden wird, ist, daß Hitler die Welt in einen unsinnigen Krieg gestürzt hat und auf sein Geheiß von Deutschen etwa sechs Millionen Juden und andere Elemente, wie die Nazis dies zu nennen pflegten, auf bestialische Weise vertrieben und ermordet wurden. Wir Deutsche werden daran immer wieder erinnert werden und uns erinnern. 1945 zerbrach mehr als das Dritte Reich. Es zerbrach auch natürliches nationales Selbstverständnis, deutsches Selbstbewußtsein.

Diese Bewußtlosigkeit wurde in den sechziger und siebziger Jahren zum politischen Prinzip. Von Schuld randvoll wurde großzügig übersehen, daß der 8. Mai 1945 nur für Deutschland und die Deutschen die Stunde Null war. Alle anderen Völker haben Kampf und Widerstand gegen Hitler, das gemeinsame Zusammenstehen gegen die braune Tyrannei als Bestätigung des Selbstgefühls, als Erhöhung des Selbstwertes erlebt, mag dies durch den tatsächlichen Verlauf der Geschichte gerechtfertigt gewesen sein oder auch nicht.

Der Nationalstaat ist eben nicht überlebt. Und es ist unhistorisch und falsch gewesen – und der vielleicht folgenschwerste Fehler deutscher Politik nach dem Zweiten Weltkrieg –, davor die Augen zu verschließen.

II

Die Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß hat auf einmal, für viele vollkommen überraschend, die Frage nach dem Woher und dem Wohin Deutschlands aufgeworfen. Unsere Selbstbewußtlosigkeit wurde uns allen drastisch vorgeführt. Natürlich hat für uns Deutsche der Begriff Nation durch die Ereignisse zwischen 1933 und 1945 seine Unschuld verloren. Alldeutsche Deutschtümelei und ihr latenter Antisemitismus, wie sie am Vorabend des Ersten Weltkrieges gang und gä-

be waren, sind keine Antwort auf die Frage nach der deutschen Identität, nach Heimat und Vaterland.

Die durch den Aufbau überdeckte Leere ist bereits in den siebziger Jahren aufgebrochen und hat zu einem wahren Boom an Ausstellungen deutscher Geschichte geführt, die sich ständig durch neue Besucherrekorde überboten. Inzwischen gilt es auch nicht mehr als ehrenrührig, sondern ist regelrecht "in", Mitglied des örtlichen Geschichtsvereins zu sein.

Das Bedürfnis war da und ist als solches inzwischen erkannt. Das Verdienst vor allem Gordon Craigs und der nachfolgenden deutschen Geschichtsdarstellungen des 19. und des 20. Jahrhunderts (Schiefer, Gall, Hillgruber, Nipperdey, Mommsen, Bracher, Nolte, Haffner, Fest usw.) ist es, wenigstens für das Woher des heutigen Deutschland den Versuch einer Antwort bereitzustellen.

Es ist schon bezeichnend für das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Geschichte und ihrer Nation, daß mit Craigs Büchern auch hierzu der eigentliche Anstoß von außen kam.

### III

Genauso gefährlich wie der unkritische Griff in die Geschichte und das daraus erwachsende Prinzip "Am deutschen Wesen soll die Welt genesen!" ist der weit verbreitete Irrglaube, man könne die Deutsche Frage einfach vergessen und eine bundesrepublikanische Geschichte nach 1949 neu schreiben und schaffen. Der Versuch, dem Begründungszwang dadurch auszuweichen, daß man das Ganze am besten gleich in Europa aufgehen läßt, mußte scheitern, politisch und geschichtlich.

Es ist eben nicht richtig, daß aus der Geschichte keine Lehre gezogen werden kann. Anders wäre schlechterdings geschichtlicher Wandel oder der bescheidene Kern dessen, was man Fortschritt nennt, nicht möglich.

Es ist eben nicht richtig, daß nur die Gegebenheiten der Gegenwart die Zukunft bestimmen, und zwar ohne Auswirkungen der Vergangenheit. Um die Gegebenheiten und Begebenheiten konkret zu verstehen, muß man auch ihr Entstehen entdecken und erkennen. Die Gegenwart ist immer nur eine stillstehende Momentaufnahme, die Geschichte dagegen Prozeß, der allerdings auch durch die Entscheidungen der jeweiligen Gegenwart bestimmt wird. Nichts ist trügerischer, als nur von einem Augenblick auf die Zukunft schließen zu wollen.

### IV

Seit 1945 ist das deutsche Volk eine deklassierte Nation. Was 1918 noch Fiktion der Siegermächte und "späte Rache Frankreichs" war, ist diesmal eindeutig beantwortet: Die Kriegsschuld und die Schuld an millionenfachem Völkermord. Auch die Westintegration der Bundesrepublik und die Verträge mit dem Osten, die Wiederaufnahme in die Gemeinschaft der Völker durch die Pariser Verträge und der Deutschlandsvertrag haben nichts daran geändert, daß die geschichtliche Verstrickung als Waffe gegen deutsches Interesse immer noch scharf und tauglich

ist. Die Revanchismuskampagnen des Ostblocks sprechen da eine deutliche Sprache.

Die deutsche Teilung und die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts sind sichtbarster Ausdruck dieser Deklassierung. Man mag heute sagen, beides sei in erster Linie durch die UdSSR verursacht. Wahr ist eher, daß die UdSSR zwar den Schlüssel in der Hand hält, die geschaffene Lage aber die stille Sympathie aller Europäer in West und Ost genießt.

Viel schlimmer ist die innere Deklassierung, die durch die nationale Selbstbewußtlosigkeit vieler Deutscher aus der Generation der vierzig- bis sechzigjährigen entstanden ist. In dieser Gruppe findet man, zumeist gebildet, die eigentlichen Bundesrepublikaner. Der von ihnen gewünschte, gewagte und in der grünen Bewegung seinen stärksten Ausdruck zeigende Versuch des Ausstiegs aus der Geschichtlichkeit unterscheidet sich im Sendungsbewußtsein und in der als Selbstverständlichkeit hingenommenen Vorstellung darüber, wie hier in Mitteleuropa durch einen bundesrepublikanischen Alleingang Weltpolitik gemacht werden soll, durch Nichts von manchen gefährlichen Deutschtümeleien der Kreise um Filbin-

ger. Weder Deutschtümelei noch rheinbündischer Neutralnationalismus dürfen unsere Antwort auf die Frage nach dem Wohn Deutschlands sein. Das sind wir Deutsche im freien Westen unserer Verantwortung für Europa, den Berlinern und den Deutschen im Osten, die schon immer den größeren Teil zu tragen hatten, einfach schuldig.

### V

Einer der wesentlichsten Gründe für das Scheitern der Weimarer Republik ist, daß das Pathos der Nation nicht mit dem Ethos der Republik in Übereinstimmung gebracht werden konnte. Im Gegenteil: Nationale Idee und Republik blieben sich fremd, bildeten gar unversöhnliche politische Gegensätze. 1933 siegte die nicht durch republikanische Verfassungs- und Verantwortungsethik gereinigte und gezügelte Nation. Das Ergebnis kennen wir.

Wir sind dennoch dabei, den gleichen Fehler nochmals zu begehen. Denn wieder ist nicht gelungen, Republik und Nation endlich miteinander zu versöhnen.

Nach dem Ersten Weltkrieg war die Republik politisch diskreditiert; ihr wurde der Versailler Vertrag angelastet. Anders 1949: Durch das Dritte Reich hatte sich jetzt die Nation diskreditiert. Entstanden ist in den Nachkriegsjahren ein fast zu perfekter sozialer und republikanisch verfaßter Bundesstaat im freien Teil Deutschlands, dem es am im Nationalgefühl enthaltenen Selbstbewußtsein und Selbstwertgefühl gänzlich mangelt: Provinziell, kleinbürgerlich und mittelmäßig, darin sind sich beide Staaten in Deutschland ähnlich, weil beiden diese vollkommene Amputation der Identität eigen ist.

## VI

Wir haben gesehen, daß Skepsis gegenüber all denen angebracht ist, die vermeinen, die Gegenwart allein bedinge die Zukunft. Erst die Kenntnis der Entwicklungslinien aus der Vergangenheit, die immer auch aus teilweise überzeitlichen Gegebenheiten (wie aus dem geographischen Ort beispielsweise) mit gespeist werden, erlaubt das Verstehen der Gegenwart und bildet unter Berücksichtigung augenblicklicher Entscheidungen eine Mindestvoraussetzung für jede Spekulation über die Zukunft.

Weniger Nietzsche als vielmehr der gesunde Menschenverstand läßt anraten, uns sowohl bei Analogieschlüssen als auch bei Interpretationen der Geschichte auf das Wahrscheinliche zu beschränken und das Spekulative immer mit Fragezeichen zu versehen. Aus der Geschichte aber ist der Schluß zu ziehen, daß für ein gleichgewichtiges Gestalten unserer deutschen Zukunft das Wiedergewinnen von Identität, Selbstwertgefühl und Selbstbewußtsein unabdingbare Voraussetzung ist.

Die Beantwortung dieser Sinnfragen, wie sie sich im Woher und Wohin einer Nation wie der unsrigen stellen, durch die gegenseitige Durchdringung von Nationalgefühl und freiheitlich verfaßter Republik sind Aufgabe und Ziel dieser Auseinandersetzung.

## VII

Aufgabe deutscher Politik ist die Errichtung eines europäischen politischen Ordnungsrahmens, der den Deutschen Selbstbestimmungsrecht gewährt. Voraussetzung dafür ist das Wiederfinden eines inneren Festpunktes, einer Identität der deutschen Nation.

Erreichbar ist dieses Ziel nur, wenn wir uns dazu durchringen, alle Gebote des Grundgesetzes, so auch jenes bezüglich der deutschen Wiedervereinigung zur Richtschnur deutscher auswärtiger Politik zu machen.

Wir stehen nicht nur in der Verantwortung vor uns selbst. Die Völker Osteuropas, die teilweise unverschuldet in den Strudel der Katastrophe nach dem Zweiten Weltkrieg gerissen wurden und nun in Unfreiheit leben müssen, erwarten von uns Hilfe und Vertretung ihres Interesses. Wir dürfen weder sie noch die Deutschen in der DDR und in West-Berlin enttäuschen.

*Das Studium von Ausländern in der Bundesrepublik bildet ein Thema, welches für die Zukunft der Bundesrepublik ebenso wichtig sein dürfte wie für den betroffenen ausländischen Akademikernachwuchs selbst. Wir veröffentlichen deshalb einen Beitrag aus der Feder von Professor Dr. Roberto Mayorga, dem Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät an der Universidad de la Frontera in Temuco/Chile, der in Deutschland studiert hat und zu den ausgewiesenen Kennern des exponierten Themas gehört. Professor Mayorga war nach Abschluß seiner juristischen Studien an der Universidad de Chile in Santiago als Rechtsanwalt sowie als Universitätsdozent tätig. Von 1971 bis 1972 studierte er zusätzlich Sozialwissenschaften an der Katholischen Universität in Santiago und er arbeitete bis Ende 1976 im Forschungsbereich der Rechts- und Sozialwissenschaften der gleichen Universität. Anschließend studierte er Jura an der Universität Heidelberg, wo er im Februar 1982 mit einer Dissertation über "Anerkennung und Gewährleistung wirtschaftlicher und sozialer Aspekte der Menschenrechte in Lateinamerika" zum Doktor beider Rechte promovierte. Neben der Bearbeitung seiner klassischen juristischen Interessengebiete, widmet er sich gegenwärtig verstärkt hochschulpolitischen Themen sowie den völkerrechtlichen und internationalen Aspekten der politischen Integration Europas. Seinem Aufsatz liegt ein Referat zugrunde, das er in Dezember 1984 anlässlich der wissenschaftlichen Jahrestagung des Instituts für Begabtenförderung der Konrad Adenauer Stiftung gehalten hat.*

## In Deutschland studieren – warum?

von

Prof. Dr. Roberto Mayorga

## Persönlicher Motivationsbereich

Wer in Europa lebt, studiert und einen akademischen Titel erworben hat, kann seine gesellschaftliche Stellung im Heimatland entschieden verbessern – aus der Sicht des Verfassers trifft dies in jedem Fall in Lateinamerika so zu. Aufgrund der Lebens- und Studierenerfahrung in Europa wird sein Ansehen in der sozialen Umwelt erhöht.

Zum zweiten bietet das Studium in Deutschland für den ausländischen Studierenden in wissenschaftlicher Hinsicht einen großen Anreiz; dabei ist zu bedenken, daß – jedenfalls in lateinamerikanischen Ländern – selbst der Hochschullehrer kaum die Möglichkeit hat, sich intensiv wissenschaftlich zu betätigen, weil er durch viele notwendige Nebenbeschäftigungen in Anspruch genommen wird. Zudem eröffnet ein in Europa erworbener Magister- und Doktor-Titel neue Perspektiven für eine akademische Laufbahn. In Chile wenigstens ermöglicht ein sol-

cher Titel, erteilt von einer angesehenen Universität, einen bedeutenden akademischen Aufstieg.

Besonders wurde ich auch durch einen kulturellen Aspekt für das Studium in Europa motiviert: Es interessierte mich, entwickelte Industrieländer nicht nur zeitweilig zu besuchen, sondern in ihnen zu leben, um ihre Realität zu verstehen zu lernen, die Art und Weise, wie man vom Norden (von Europa aus) unseren lateinamerikanischen Kontinent sieht. Der Aufenthalt in Europa macht uns erst die wirkliche Stellung unserer Länder bewußt, wobei jedes Land dazu neigt, sich als einen Teil des "Zentrums der Welt" zu betrachten. Von Europa ist es möglich, die Welt in ihrer Ganzheitlichkeit zu erfassen und sich des Einflusses der verschiedenen Kontinente in den internationalen Beziehungen bewußt zu werden, aber auch der Tatsache, daß die überregionalen und internationalen Entscheidungen, auch die wirtschaftlicher und politischer Art, oft ohne Miteinbeziehung der Länder der sogenannten Dritten Welt getroffen werden.

Auch die Sprachsituation in Lateinamerika ist ein Beweggrund für ein Studium in Deutschland. Lateinamerika ist nämlich der einzige Kontinent, in dem die Kenntnis einer einzigen Sprache, der spanischen, ausreicht, um sich überall zu verständigen. Sogar in Brasilien wird die spanische Sprache von einem hohen Prozentsatz der Bevölkerung verstanden. Dieses Phänomen hat zur Folge, daß die meisten Lateinamerikaner sich wenig um das Erlernen einer Zweitsprache bemühen; eine Ausnahme sind diejenigen, die zweisprachige Schulen besuchen, jedoch einen sehr niedrigen Prozentsatz ausmachen.

Wenn ein Lateinamerikaner allerdings die Gelegenheit hat, Europa oder Nordamerika zu besuchen, so wird er sich der Beschränkung bewußt, die ihm durch die Beherrschung nur einer einzigen Sprache auferlegt ist. Diese Tatsache war für mich bei der Entscheidung wichtig, Studien im Ausland zu absolvieren insofern, da dies natürlich die Erlernung einer zweiten Sprache voraussetzt. Für die Stipendiaten der Bundesrepublik ist die Beherrschung der deutschen Sprache vor Studienbeginn nun nicht ausschlaggebend, d.h. dem Stipendiaten wird die Möglichkeit geboten, Deutsch zu lernen ohne Vorkenntnisse. (In den USA dagegen müssen die Stipendiaten vor Beginn des Studiums bereits die englische Sprache voll beherrschen.) Auf diese Weise, obwohl die deutsche Sprache äußerst kompliziert ist, öffnen sich weite Perspektiven, und ein großes Spektrum von Interessenten bewirbt sich um ein Stipendium in Deutschland.

Die meisten Stipendiaten sind verheiratet und haben Kinder. Oft wird ihnen empfohlen, mit ihren Familien zu reisen, um eine bessere Anpassung an die neue Umwelt zu erreichen. Aus diesem Grund hat die Motivation für ein Stipendium in Deutschland nicht nur Bedeutung für die Person des Bewerbers, sondern auch für seine Familie, konkret ausgedrückt, für Frau und Kinder.

Viele Ehepartner lateinamerikanischer Studierender könnten mit ihrer Vorbildung im Heimatland ebenfalls in Deutschland ein Studium absolvieren; so gelten für sie die gleichen Beweggründe wie für den Stipendiaten selbst. Trotzdem hat die Erfahrung gezeigt, daß der Ehepartner nur selten einen Studienabschluß erreicht, vor allem deshalb, weil er durch die Kinderbetreuung in Anspruch genommen wird und weil in der Bundesrepublik Deutschland keine Hilfen für den Haushalt angeboten werden, wie es in Lateinamerika üblich ist. Einige Frauen

wurden von dieser Tatsache negativ betroffen, denn sie bedeutet einen wichtigen Wechsel in ihrer Stellung, verbunden mit wirtschaftlichen Einschränkungen, die für einige Familien in ihrem Heimatland vielleicht nicht existieren.

Wenn die Kinder im Schulalter sind, so besteht kein Zweifel darüber, daß der Einfluß eines langen Aufenthaltes im Ausland über das fast perfekte Erlernen der deutschen Sprache hinausgeht. Der kulturelle Schock ist sehr stark und beeinflußt die Mentalität und Persönlichkeit des Kindes. Es wird an ein Lebenssystem gewöhnt, das es ihm erlaubt, sich einen Begriff zu machen von den Unterschieden zwischen der entwickelten Welt und der Realität der sich entwickelnden Länder. Die Erfahrung zeigt, daß das Kind nach seiner Heimkehr eine starke und positive affektive Bindung zur Bundesrepublik beibehält, für die es große Bewunderung empfindet.

#### Institutionelle Gründe

Vielfach wird die Entscheidung für ein Weiterstudium im Ausland durch eine Institution, durch eine Universität oder durch eine soziale, wirtschaftliche, politische oder religiöse Organisation unterstützt, welcher der Stipendiat angehört oder zugeordnet ist. Die Institutionen haben ein spezielles Interesse daran, daß einige ihrer Mitglieder sich wissenschaftlich weiterbilden und durch Erfahrungen im Ausland auch geistig gefestigt werden. Zum einen erhalten die Organisationen durch ihre im Ausland studierenden Mitglieder persönliche Kontakte zu verschiedenen internationalen Organisationen; sie können sich sogar bei internationalen Tagungen durch diese vertreten lassen. Auf diese Weise stellen die Stipendiaten eine Art von diplomatischen Vertretern ihrer Institutionen dar.

Zum anderen dient es auch dem Prestige einer Institution, wenn einige ihrer Mitglieder ein Auslandsstudium absolviert haben. Je mehr Mitglieder einer Organisation im Ausland studiert haben, um so größer wird ihr Ansehen in der Gesellschaft; eine Tatsache, die nicht nur für Lateinamerika, sondern für die meisten Länder der Dritten Welt zutrifft.

Natürlich sind die Institutionen auch darauf bedacht, daß der Stipendiat nach der Rückkehr in sein Heimatland seine wissenschaftlichen und kulturellen Erfahrungen an die anderen Mitglieder weitergibt und damit zu ihrer Weiterbildung beiträgt.

#### Schwierigkeiten bei der Vorbereitung des Auslandsstudiums

Die ersten Schwierigkeiten beginnen bereits vor der Abreise in die Bundesrepublik Deutschland damit, daß keine ausreichenden Informationen über die Studienpläne und Studienbedingungen an den deutschen Universitäten vorhanden sind. Das wird besonders dadurch erschwert, daß die verschiedenen Universitäten in Deutschland oft verschiedene Anforderungen stellen; ferner dadurch, daß verschiedene Universitäten in Deutschland auf bestimmte Fachbereiche spezialisiert sind. Der Idealfall, daß ein ausländischer Studierender bereits vor seiner Anreise

in die Bundesrepublik Deutschland einen bestimmten Doktorvater oder betreuenden Professor hat, ist nur selten zu realisieren.

Oft hat der Bewerber im Heimatland noch keine bestimmte Vorstellung von den Studien, die er aufnehmen möchte; das wiederum erschwert die Suche nach einem geeigneten Doktorvater und verhindert eine forschungsmäßige oder bibliographische Vorbereitung des Studiums im Heimatland. Auch eine Vorbereitung auf das Studium durch das Erlernen der deutschen Sprache im Heimatland stößt auf Schwierigkeiten. Zunächst ist für viele Stipendiaten die Tatsache, daß das Stipendium eine Zeitspanne von sechs bis zwölf Monaten Sprachaufenthalt in der Bundesrepublik einschließt, ausreichend, und sie halten eine Vorbereitung für überflüssig, was ein großer Fehler ist, da es in einem Jahr unmöglich ist, Sprachkenntnisse zu erlangen, die ein Fortbildungsstudium ermöglichen.

Obwohl sich einige Stipendiaten der Notwendigkeit einer Vorbereitung vor ihrer Reise in die Bundesrepublik bewußt sind, machen oft Zeitmangel und Kostenfrage einen Sprachkurs unmöglich. In dieser Beziehung könnte es positiv sein, dem Stipendiaten die Möglichkeit zu geben, als Teil des Stipendiums, in seinem eigenen Land, vom Moment an, in dem das Stipendium erteilt wurde, einen Sprachkurs etwa im Goethe-Institut zu besuchen, mit der Aufforderung, mindestens ein Semester Deutsch zu absolvieren.

#### Schwierigkeiten beim Studium in der Bundesrepublik

Ohne Zweifel ist das Erlernen der deutschen Sprache für die meisten ausländischen Studierenden in Deutschland das größte Hindernis, das überwunden werden muß, um ein Studium an einer deutschen Universität mit Erfolg absolvieren zu können; denn das Studium erfordert die aktive Teilnahme an Vorlesungen und Seminaren zusammen mit deutschen Studenten. Dabei ist es schon sehr schwierig, dem Rhythmus der deutschen Sprache im Hören zu folgen, erst recht aber, sich mündlich oder schriftlich selbst auszudrücken und seine Meinung richtig vorzutragen.

Durch die sprachlichen Schwierigkeiten wird das Studium oft zeitlich verzögert und überschreitet die Dauer des Stipendiums, wodurch wiederum Unruhe und Frustration verursacht werden. Ein großer Teil der Stipendiaten beschließt, auch nach Ablauf der Stipendienzeit in der Bundesrepublik zu bleiben, um das Studium abzuschließen — und das trotz der großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die eine solche Situation gerade kurz vor der Rückkehr ins Heimatland mit sich bringt.

Die Sprachschwierigkeiten führen z.B. bei den lateinamerikanischen Studenten zudem noch oft zu einer Art Leben im Ghetto, in dem nur eine Verständigung in ihrer eigenen Sprache, dem Castellano, stattfindet. Nur diejenigen überwinden diese Situation, denen es gelingt, sich in die deutsche Umwelt einzugliedern.

Die Schwierigkeiten bezüglich richtiger Auswahl der Studiengänge und hinsichtlich der Wahl eines geeigneten Doktorvaters sind auch am Beginn des Studiums in Deutschland noch weitgehend vorhanden. Es muß oft dem Zufall überlassen sein, den geeigneten Doktorvater zu finden.

Ist die richtige Universität und der entsprechende Doktorvater oder betreuende Professor gefunden, so beginnen neue Schwierigkeiten mit dem Studium durch die Unerfahrenheit der meisten ausländischen Studierenden im selbständigen wissenschaftlichen Arbeiten.

Eine große Anzahl von Stipendiaten hat im Heimatland nie individuell an einem Forschungsprojekt gearbeitet. Diese Tatsache erschwert ihnen enorm den Anfang im Fortbildungsstudium, denn sie kennen die Methodologie einer Forschungsarbeit nicht, d.h. die Bestimmung des Studienthemas, die Formulierung von Hypothesen, die Arbeitsfolge etc. Auf der anderen Seite bedeutet das Fortbildungsstudium in Deutschland für den Stipendiaten eine große Verantwortung, da es sich um eine Einzelarbeit handelt, die nur zeitweise kontrolliert wird, ohne Zeitverpflichtungen, was in einigen Fällen zu einer Freiheit führt, die sich in Unbekümmertheit und Nichterfüllen der Pflicht verwandelt und schließlich in einem Mißerfolg enden kann.

Es ist daher vorzuschlagen, daß während der Zeit der Sprachkurse am Wochenende Seminare veranstaltet werden, in denen den Stipendiaten in ihrer Muttersprache der Inhalt, die Formen und die Methodologie der Forschungsarbeit an der deutschen Universität erklärt werden.

#### Schwierigkeiten bei der geistig-kulturellen Kommunikation

Es ist zwar klar, daß der Kulturschock für einen Studenten aus Lateinamerika in Deutschland durch die Tatsache verringert wird, daß Lateinamerika ein Kontinent mit starkem, kulturellem Einfluß aus Europa ist, da es als Teil des sogenannten christlichen Abendlandes gilt, in dem wir gemeinsame Werte, Traditionen und Bräuche vorfinden. Trotzdem ist es offensichtlich, daß der Stipendiat und seine Familie einer für sie ungewohnten und fremden Umwelt gegenüberstehen, in der die folgenden Aspekte heraustreten: So wie die Sprache das Studium erschwert, ist sie auch ein stetes Hindernis im Kommunikationsprozeß mit der Umwelt. Die Schwierigkeiten des Ausländers, sich mit deutschen Nachbarn und Studenten zu unterhalten, verstärkt sich durch die Dialekte, deren Verständnis für ihn unmöglich ist. Erst nach ein paar Jahren, wenn die Sprachsicherheit größer ist, gelingt es dem Stipendiaten, in der deutschen Umwelt stabilere soziale Verbindungen herzustellen. Bis zu diesem Moment sind die Verbindungen nur oberflächlich. Dieses Phänomen bedeutet für den Stipendiaten einen unermüdlischen Einsatz zur Perfektionierung seiner neuen Sprache, da er sich bewußt ist, daß ihm das mehr Möglichkeiten bietet, nicht nur in akademischer, sondern auch in sozialer und kultureller Hinsicht.

#### Ausländerfeindliche Umwelt?

In Wahrheit ist es leider so, daß man in Deutschland, von einigen Ausnahmen abgesehen, keine ausländerfeindliche Umwelt vorfindet. Das merkt man auf der Straße, im Bus und in den Geschäften. Glücklicherweise ist in den Universitäten

die Situation eine andere, da im allgemeinen der deutsche Student dem ausländischen Studenten aufgeschlossen gegenübersteht, vor allem, wenn dieser einen Magister oder einen Dokortitel anstrebt. Dennoch kommen auch dem ausländischen Studierenden ausländerfeindliche Haltungen unter den Studenten und bei einigen Professoren vor, da er sich mit ihnen dauernd in Verbindung setzen muß. Oft werden so die Stipendiaten in eine Isolation innerhalb der Familie und ins Ghetto der Landesgenossen gedrängt.

#### Eine andersartige Mentalität

Trotz der Zugehörigkeit zur selben abendländischen Kultur ist die Mentalität der einzelnen Länder von großer Verschiedenheit. Konzepte, wie das von Familie, von Freundschaft, von Liebe, von Sexualität, von Eltern-Kind-Beziehungen rufen wegen ihrer Verschiedenheit starke Anpassungsschwierigkeiten hervor. Für den ledigen Stipendiaten, der in seiner Familie keinen Halt findet, kann dieser Schock tiefe Einsamkeit hervorrufen, wenn er sich nicht schnell anpaßt und sich die Werte der Deutschen zu eigen macht. Ein anderes Problem, das schwer zu überwinden ist, ist die Verschiedenheit der Lebensauffassung von Deutschen und Lateinamerikanern. Der Lateinamerikaner hat Sinn für Humor, zeigt manchmal eine etwas frivole Haltung mit doppeltem Sinn und viel Wärme in den menschlichen Beziehungen. Im Kontrast dazu steht die reservierte, distanzierte und im allgemeinen sehr formale Haltung der Deutschen.

#### Der Abstieg im Status

Ein häufiger Faktor der Enttäuschung stellt für den Stipendiaten der Abstieg im Status dar, im Vergleich zu dem, den er in seiner Heimat besaß. Viele Stipendiaten arbeiten in ihrer Heimat an einer Universität als Professor und kommen nach Deutschland, um zu promovieren. Der Dokortitel stellt in Deutschland nur eine Stufe dar auf dem Weg zum Universitätsdozenten. So steigt der Stipendiat von einem Tag zum anderen auf der akademischen Leiter ab, von der Stufe des Professors auf die eines Anwärters für ein Doktorat, und als solcher wird er auch von der deutschen Studentenschaft behandelt. Mehr noch, außerhalb der Universität ist der Ausländer ein Niemand, der normalerweise verwechselt wird mit einem "Gastarbeiter", da vielfach die Leute nicht in der Lage sind, die akademischen Qualitäten des Stipendiaten, eines zukünftigen Magisters oder Doktors, zu werten.

Es gibt auch andere Elemente, die den Status betreffen. Eines davon kann die wirtschaftliche Situation sein, vor allem, wenn der Stipendiat in seiner Heimat bislang ein erfolgreicher und wirtschaftlich gutgestellter Berufstätiger war. Das Stipendium erlaubt ihm nicht, den gleichen Lebensstandard wie in der Heimat zu führen. Manche ausländische Studierende hatten in ihrem Heimatland bereits Führungspositionen inne, können in Deutschland aber ihre Führungsqualitäten nicht zur Geltung bringen. Die Tatsache hat bei einigen Stipendiaten große Frustration hervorgerufen.

#### Der Faktor Nostalgie/Heimat

Zuletzt ein Faktor, der immer gegenwärtig ist: Vor allem dem Ehepartner steht die Erinnerung an sein Heimatland und an seine Familie stets vor Augen. Aus der Ferne werden die Personen oft idealisiert, ebenso Landschaften und die Bräuche des Landes. Die Nostalgie verstärkt sich bei Krankheitsfällen in der Familie oder bei Schwierigkeiten in der Ehe.

Diese Nostalgie ist wahrscheinlich der entscheidende Faktor, der bewirkt, daß der Stipendiat trotz der bestehenden Möglichkeit, in Deutschland zu bleiben, eines Tages in die Heimat zurückkehrt. Es ist auch wichtig zu erwähnen, daß dabei Verantwortungsgefühl, das der Stipendiat für die Situation in seinem Heimatland hat, eine wichtige Rolle spielt. Je stärker dieses Verantwortungsbewußtsein ist, desto enger die Verbindung zum Land und der Impuls, wieder zurückzukehren.

#### Die Wiederanpassung im Heimatland

Nach der Rückkehr in sein Heimatland leidet der ausländische Studienabsolvent erneut unter einem Anpassungsprozeß, denn er hat neue Wertvorstellungen und neue Bräuche während seines Studienaufenthaltes im Ausland erworben, die er nun in seinem eigenen Land anwenden möchte. Doch bald muß er einsehen, daß dieses Bemühen, in Deutschland Erworbenes in seiner alten Umwelt anzuwenden, oft unvernünftig, ja sogar illusorisch ist. Der Stipendiat, der zurückkehrt, muß sich bewußt sein, daß sich, ohne daß es von ihm bemerkt wurde, große Veränderungen in seiner Persönlichkeit ergeben haben und daß er in eine Welt zurückkehrt, in der sich derartige Veränderungen nicht vollzogen haben.

Indem er sich dessen bewußt wird, leidet er unter der Wiederanpassung in seinem eigenen Land weit mehr als bei der Anpassung in Deutschland zu Beginn seines Auslandsstudiums.

Das Gesagte verdeutlicht die tiefe Erfahrung, die ein ausländischer Studierender während seines Studienaufenthaltes gemacht hat. Als Folge der erlittenen Schwierigkeiten, des Unverständnisses, aber auch der Hilfen, die ihm in Deutschland geboten wurden, wurden bleibende Bindungen mit dem Studienland geschaffen. Das gilt natürlich vor allem, wenn die persönlichen Zielvorstellungen hinsichtlich eines Auslandsstudiums realisiert wurden und wenn das Studium – wie in den meisten Fällen – mit Erfolg abgeschlossen werden konnte.

## Priorität für die Europäische Währungsunion

von

Ernest Mühlen MdEP\*

Zwei währungspolitische Ziele haben derzeit in Europa der Zehn eine vorrangige und dringliche politische Priorität: Die Weiterentwicklung der Europäischen Währungsunion und die Beseitigung der Hindernisse bei einer größeren privaten Nutzung des ECU. Wenn es heute im Bereich des ECU neue Initiativen gibt, dann deshalb, weil Europa von der währungspolitischen Beruhigung, die vom Europäischen Währungssystem ausgeht, profitiert, um dadurch seine währungsmäßige Identität zu konsolidieren. Dies gilt sowohl gegenüber anderen Mitgliedsländern innerhalb der Gemeinschaft als auch gegenüber Drittländern, insbesondere gegenüber den Vereinigten Staaten. Denn man darf nicht aus der Sicht verlieren, daß jede Befestigungsbewegung des Dollarkurses, in dem Maße, in dem sie auch wieder eine Verstärkung der DM-Position darstellt und insoweit eine erneute Verschlechterung der Positionen der sogenannten Schwachwährungen impliziert, von vornherein die Chancen neuer europäischer währungspolitischer Initiativen kompromittieren würde.

Obwohl sie von einer nicht unerheblichen Zurückhaltung gekennzeichnet waren, sind die Vorschläge des neuen Präsidenten der EG-Kommission Jacques Delors vor dem Europäischen Parlament zu begrüßen; Delors hatte für eine kontrollierte Ausweitung der privaten Nutzung des ECU plädiert und sich gleichzeitig dafür ausgesprochen, den ECU gegenüber dem Dollar eine größere Rolle als Reservewährung zuzugestehen.

### Das Europäische Parlament soll die neuen Initiativen tragen

Es ist nicht vorstellbar, daß das Europäische Parlament die neuen währungspolitischen Initiativen nicht tragen sollte. Insbesondere sollte das EP einen Ergänzungsbericht zu dem Bericht von Fernand Herman von 1984 verfassen. Das Ziel dieses Berichts ist vornehmlich, Wege und Mittel zu prüfen, um eine größere Verwendung des ECU im privaten Zahlungsverkehr zu erlangen. Dabei dürften auch die Fragen nicht ausgeschlossen werden, die sich daraus ergeben, daß der ECU im Verkehr zwischen den Zentralbanken in wachsender Weise Verhandlungsbasis ist und Akzeptanz erntet. Nachdem die Behörden, die für europäische Währungsfragen in Frage kommen, keine konkreten Vorschläge unterbreitet haben, obliegt es dem Europäischen Parlament im Rahmen der Vorbereitung eines derartigen Be-

\* Ernest Mühlen MdEP, ehemaliges Regierungsmitglied des Großherzogtums Luxemburg, ist einer der Währungsexperten der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament. Mühlen gilt als einer der Protagonisten für die ECU als EG-Währung. Der obige Kurzkommentar fußt auf einem Vortrag des Autors vor dem Rotary Club Straßburg-Süd.

richtes, Anhörungen zu organisieren und dabei insbesondere die Verantwortungs-träger der Zentralbanken zu hören. Ab sofort müssen die Bedingungen exploriert werden, unter denen die verschiedenen Partner Fortschritte auf dem Weg zur Europäischen Währungsunion zu machen bereit sind. Man muß dabei gleichzeitig auf fünf Ebenen vorgehen, deren Ziele jeweils sind:

1. Der Beitritt Großbritanniens in das Europäische Währungssystem;
2. Die Liberalisierung des Zugangs zum ECU;
3. Die Aufhebung von Beschränkungen im Kapitaltransfer;
4. Die Suche nach einer größeren Konvergenz der Wirtschaftspolitiken;
5. Die Institutionalisierung des Europäischen Währungssystems.

In diesem Zusammenhang ist durchaus zufriedenstellend, was das ad-hoc-Komitee über die Europäische Union im Hinblick auf die Verwirklichung der Europäischen Währungsunion erstellt hat. Jedes Interesse ist zu begrüßen, welches sich darauf richtet, daß die Europäische Währungsunion in einem zukünftigen Vertrag über die Europäische Union als integrierter Bestandteil enthalten sein wird.

*Heiner Wehns politische Satire, die unter dem Titel "Beamtenrepublik Deutschland" in LIBERTAS 2/84 erschienen war, löste eine Reihe ebenso anregender wie bemerkenswerter Kommentare bei unseren Lesern aus. Wir veröffentlichen im Folgenden einen Auszug aus dem einschlägigen Kommentar von Graf Yorck von Wartenburg, der nicht nur als exzellenter, interner Kenner des Beamtenwesens der EG gelten kann, sondern auch als ein vielfach ausgewiesener Autor, der von den vernünftigsten und zukunftsreichsten geistigen und sittlichen Traditionen der deutschen Verfassungsgeschichte geprägt wurde und die Motive seines politischen Tuns aus dieser Tradition herleitet.*

## Reflexionen über Rechtsstaat, Beamtentum und Europäische Integration

von

Wolf Graf Yorck von Wartenburg\*

...Ich bedauere es, daß so wenig über die "eigentliche" Organisation des Europäischen Parlaments an die Öffentlichkeit gelangt. Gerade hier hielte ich es für angeraten, angesichts der bevorstehenden Erweiterung durch Portugal und Spanien, in der Öffentlichkeit eine Diskussion über eine Verbesserung des Führungsstils und eine größere politische Effizienz zu entfachen, um einer primitiven antieuropäischen Kritik den Wind aus den Segeln zu nehmen. Ich beziehe mich unmittelbar auf die auf der Seite 58 von LIBERTAS (2/84) geäußerten Gedanken, wo es heißt: "Der Einsatzwille der Arbeiter und Angestellten wurde zur entscheidenden Größe...usw." Diese Motivierung der Bediensteten und der Beamten im Europäischen Parlament für die europäische Sache war einer der Eckpfeiler der Gemeinschaftspolitik der sechziger und siebziger Jahre. Die Politisierung der Beamtenschaft durch eine systematische Unterwanderung sozialistischer bzw. kommunistischer Elemente in den achtziger Jahren hat diesen Einsatzwillen schrumpfen lassen und das "Treuegefühl und den Stolz der Arbeitnehmer" in tiefen Verdruß umgekehrt. Übrigens wie Heiner Wehn in seiner "Beamtenrepublik Deutschland" sehr zu Recht festgestellt hat, ist die gutbürgerlich aufgebaute Beamtenschaft in der Bundesrepublik vom gleichen Übel befallen. Zu bemerken wäre nur, daß Beamte unter dem preußischen König Friedrich II. nicht ohne weiteres mit den Beamten der Bundesrepublik gleichgesetzt werden dürfen. Ohne das preußische Beamtentum hätte es keinen preußischen Staat gegeben. Diesem strukturellen Wandel des modernen Beamtentums, der eng an die heutige politische Entwicklung unserer pluralistischen Demokratie gebunden ist, müßte man einmal nachspüren, um die wahren Ursachen der zunehmenden "Verkommenheit" der Beamtenschaft unserer Zeit darzulegen. Marktwirtschaftliche Prinzipien

\* Der Autor äußert hier seine persönliche Meinung

en können da wohl kaum Abhilfe schaffen, denn kein moderner Staat wird auf administrative Strukturen verzichten können, um vorrangig den rechtlichen Erfordernissen vor den wirtschaftlichen Interessen zu genügen. Eigentlich gibt es nur ein Rezept, der "Beamtenhydra" Einhalt zu gebieten, nämlich auf die Entflechtung zwischen Beamtenschaft und Parteipolitik zu drängen und somit der klassischen Gewaltenteilung wieder mehr Geltung zu verschaffen. Der Parteienstaat bedarf in der Bundesrepublik einer Neustrukturierung auf Verfassungsesebene, um damit dem kleinkarierten Wirken Grenzen zu setzen.

Für die EG hoffen wir, daß die Diskussion über eine neue Konstitution in diesem Jahr '85 in Gang kommen wird, um notfalls eine Gemeinschaft mit zwei Geschwindigkeiten möglich zu machen, falls die Mitgliedstaaten Griechenland oder Dänemark weiterhin den Beitritt Spaniens und Portugals blockieren sollten. Ich hielte die Wahl eines europäischen Präsidenten als unabhängige Institution für überaus förderlich für die weitere Integration der Europäischen Gemeinschaft. Weder dem Parlament noch der Kommission ist es bisher gelungen, die Völker Europas auf den Weg zur Integration zu führen. Die Kommission wurde inzwischen zum Generalsekretariat des Ministerrates umfunktioniert. Hoffentlich gelingt es dem Europäischen Parlament, aus seinem Elfenbeinturm herauszutreten, obwohl manche es als machtlos ansehen. Aber Macht und Einfluß sind zweierlei...



## China Impressions 1984

by

Professor Fred L. Casmir, Ph.D.\*

It has been true in the past, and it still is true, that the first impression of China is one of: "Masses of People!" And a second impression remains constant as well: never ending activity! It is an impression resulting from hundreds of millions of productive, hard-working people actively pursuing their concept of the future.

But once we moved beyond the immediate, overwhelming impact of large cities like Shanghai, and their ever sounding truck and automobile horns, bicycle bells, and their certainly not "inscrutable" but highly expressive drivers, riders, and their pedestrian counterparts, many details become distinguishable in this sea of humanity. There are the blue jeans, many of which have been produced in local cottage-shops; the splashes of color in women's clothes; or the replacement of the standardized "Mao-jackets" by western-style sweaters, sportcoats, suits and jackets; and one certainly cannot miss the vast variety of children's clothes, both on children and in the stores, or the extensive use of contemporary and classical Western music on local AM and FM-stereo stations.

It is easy to overlook the vital phenomenon of pervasive free enterprise on the level of small towns, small cities, and even large commercial centers like Shanghai. That is partially the result of the fact that much of the Western press has been fascinated by dramatic changes in the highly publicized Industrial Zones along the southeast coast of China — constantly focusing on the swimming pools, the USD 150 a-day hotels, the high-rise office buildings, and the technical innovations. Surely, Mao would be both overwhelmed and disturbed if he could observe this version of a "great-leap-forward" which he did not have the talent, insight or political desire to promote.

While walking through the streets of Shanghai and other cities with the working people of China, even more complex and far-reaching changes are discernible, which provide clearer answers to the question of whether or not China is "really" changing. For example, there are now large numbers of peasants who can afford to "come to the big city" to shop, or to travel throughout the country. They do not merely visit the political "shrines", as in the past, but their tours

\* Fred L. Casmir Ph.D. is professor of communication at the Seaver College of the Pepperdine University in Malibu, California. He returned from China on December 12, 1984 after a five-and-a-half week stay during which he delivered a summary series of lectures on communication studies in the United States, and consulted extensively with educational and media personnel at the Shanghai Foreign Language University.

now include in ever increasing numbers the cultural centers, and remnants of traditions which only a few years ago were considered to be decadent and non-desirable. One also notices that in some ways free enterprise is more widespread in China than it is in countries like the United States. Store owners can move goods rapidly, because people are buying and not only window shopping, in spite of individual incomes of about 60-80 Yuan a month. Of course, in most families more than one person works, and one only has to walk or drive through city streets late at night to see people working "overtime" to make additional money. But when people want to buy they need goods to purchase. It is obvious that hundreds, if not thousands, of small cottage shops and factories are grinding out products, often very attractive by Western standards, in small quantities, which they supply directly to a given store. That may mean that the well-made fleece-lined lamb's-leather gloves one bought today for USD 4.- will not be available tomorrow. It certainly means going to many shops over an extended period of time in order to find exactly what one wants or needs, but it does mean that one can hope to eventually find what one is looking for. I am reminded of that old story about the man who walked into a Moscow store and asked to see a man's watch. He was shown one. Then he asked to see another watch, and the somewhat puzzled shopkeeper brought him "another". Same shape, same color, same model — because only one kind of man's watch was available. After just four or five years of Deng Xiaoping's influence, Chinese customers can look at a dozen or more *different* watches, pens, shirts, or scarfs at a time. There are, of course, many items which are still scarce, or even rationed, sometimes leading to the old "backdoor syndrome" which makes it important to "know the right people who can get or do the right things for you."

Travel is still a major bottleneck. Tickets need to be reserved, sometimes days in advance. Trains, planes, and certainly buses are overcrowded, though larger and larger numbers of all three are being produced and put into service. One needs to shift, that is, almost immediately from the fast, "efficient" and sudden decision-making processes of the West to not a leisurely, but basically still inefficient, way of doing things in China. That certainly includes checking out of hotels — even those that primarily serve Westerners and overseas Chinese. Filing systems, or the system for keeping track of guests in some hotels, may horrify Westerners, but it is just one more indication of the fact that this country which is producing so many things rapidly has not yet found a way of coordinating and managing them.

Yet I found that people are eager to learn, they want to do better, and they are determined to move China ahead. Everywhere, in small towns, larger towns, in the country-side, in huge cities, there are posters or ads in newspapers, indicating that joint ventures with foreigners are being welcomed. On every train, in every plane, on every bus in the countryside, can also be found the businessmen from large Chinese commercial centers or from Europe, the United States, from Hong-kong and from Japan, who are seeking new markets and new production ventures.

One could go on with these significant "signs of the times" in today's China, illustrating the changing expectations of the people *on every level*. One only has

to listen to thoughtful discussions of differences in quality of every day consumer goods by housewives; one only has to watch the bargaining over items produced by farmers for their own profit and brought into cities by them; one only has to note the large number of small tractors or the many areas of the countryside which are covered by new, modern homes for farmers; one only needs to see the manifold examples of factories and industrial undertakings started, and carried through by peasant-communes; or see how crowded restaurants are in cities; how difficult it is at times to get a movie-theatre ticket for the time most desired, in order to reach the conclusion that these changes are all pervasive, that they involve all of daily life, and that they are, especially in the countryside, a lasting phenomenon.

Having said all that, things are moving so rapidly and so drastically that they produce new kinds of dislocations or challenges, which require solutions no one has yet begun to think of. China is moving on "all fronts" at once, something that few, if any, societies were ever required to do.

There can be no doubt that the Chinese people have the will to work and they certainly have the intelligence. What they often lack is managerial ability. After all, a scant six or seven years ago people were still summarily punished for showing "personal initiative." Now Deng and others not only encourage but demand such managerial entrepreneurship. Often the "potential" of managers is the only thing available, when actual experience is vital. Even the few Westerners who have come to China to "help out" after retirement, are thus in a position to bring about some major changes in a relatively short time. In spite of the role China's youth *must* play in her future, many young people are reluctant to leave the "unbreakable iron rice bowl" of assured government pay and pensions, and strike out on their own, just as many would rather stay in their hometowns, after finishing university, than go to some remote area with great future potential but which requires some immediate sacrifices. I was several times made aware of the fact that Chinese young people, especially those "special" sons or daughters who made it to the university, are spoiled by their parents and are not truly prepared for independent efforts or thoughts.

It is, of course, extremely difficult to move from total control in China to even a modicum of free decision-making or some democratization. Yet that is what is happening.

There are some who fear loss or even the little power they still hold from the "good old days" of the Gang-of-Four, but that is not Deng's concern. Does that mean that China is about to become a full-fledged democracy in the Western sense? Will the press be suddenly "free" overnight? Such questions are patently absurd, because they assume that that is what happened in the past somewhere else. As every student of history knows, such processes take time, and they are ongoing with ever new challenges. The United States is only one of many examples of that fact. But, and that is important, what is being put in place now in China inevitably leads in the *direction* of processes and institutions labelled by us as "democratic." Take just an example. No communist country has ever been able to successfully challenge the central role of Marxist doctrine. The Chinese

leadership, at least at the time of this writing, is doing just that. One tends to forget that there lies behind the smokescreens of political and ideological fire-works a cultural heritage, a human experience which cannot be denied. It has often been said that the Chinese are pragmatists, and that is my impression of them. The Russians are not, they tend to be ideologues and fatalists, or at least determinists. Thus, past confrontations between Chinese and Russians are based much more on the *fundamental* differences between two cultures which have very little in common, than two similar ideological systems which are striving to overcome minor problems in the interpretation of Marxism. China illustrates the fact that it is time we paid attention to cultural/traditional/historical differences which have played, and continue to play, a major role in the development, conflicts, and futures of countries around the world.

Perhaps even more challenging is the question if China can come to grips with its *recent* past! Certainly there are indications that the current struggle with the implications of the cultural revolution and its impact upon China is sincere, but it is just beginning. China lost much in those ten years, especially, and most importantly, the trust of the people in an ideological system which, for the first time, unified the country — and then tore it apart. China still has Confucianism, but "materialism" is much more important now, in spite of old and important family and other values. What will fill the need which any nation has for a value and belief system? One can only hope that it will be more than free-enterprise, new factories, and an abundance of television sets.

There are other large areas of potential and already existing challenges. The population problem can not be ignored. Plans are to stabilize the population by 1990, but already some farmers and others are given the special privilege of having more than one child. There are other "compromises" which appear to be made in the hope that they will eventually "work out". Certainly improvements in the coastal areas will outdistance those of the rest of the country; some entrepreneurs already are seen by their fellow countrymen as a new group of "exploiters;" and the intellectuals are still not doing as well financially, everywhere, from more expensive "soft-seat" compartments in trains, to signs indicating that only foreigners and overseas Chinese are served in certain hotels and restaurants.

A vast array of factors are thus changing in China almost daily. Some, like the excavation of important historical sites, must be put off for the present because of lacking resources. Every day requires of China's leaders decisions as to what must be done now, and what later. Will they have the wisdom and the time to continue to do so in a meaningful, coordinated, but no dictatorial, way? Today China probably represents the greatest political gamble and the most dramatic change in a short period of time in the history of the world. Frankly, there are no adequate models, no past experiences, no common "wisdom" which can be used to adequately evaluate the vast number of related but often uncoordinated events taking place in China. Even contemporary reports and critiques in the Western press and journals indicate that fact very well. As in all cases, journalists and scholars use their own standards, their own experiences to evaluate what is happening elsewhere — or at least they attempt to make some sense out of something which all of them believe to be important. Frankly, most of the work now

being done is inadequate. Just as frankly, I know of no one well enough equipped or experienced enough who can fully understand something for which all our past experiences in China and in other parts of the world provide only inadequate explanations. Indeed, we may already have moved into a world where the past is neither prelude nor prologue, nor any other assured segment of future, recognizable patterns which could be dealt with on the basis of our past experiences.



*Die nach-maoistische, junge Generation ist eine der grossen Unbekannten. Eigentlich ist sie aufgeschlossen gegenüber allem Fremden. Wenn nun aber das Fremde gegen das System ist – wie tolerant ist dann die Führung der Volksrepublik China? Wie kalkulierbar ist eine Führung, die von einem über 80jährigen Deng Xiao-Ping determiniert wird? Fragen über Fragen, deren Lösung auch kaum durch unablässiges Beobachten gefunden werden kann. Bleibt die Behändigkeit des chinesischen kommunistischen Systems als Kernfrage. Welchen Kurs schlägt die Führung ein, wenn diese Kinder groß sein werden?*

Foto: LIBERTAS-Archiv

## Zur philosophischen Klärung des heutigen Arbeitsbegriffs

von

Prof. Dr. Kurt Hüner

Das Wesen der Arbeit ist im Laufe der Kulturgeschichte in verschiedenster Weise aufgefaßt worden. So gibt es zum Beispiel ein *mythisches*, ein *christliches*, ein *moralisches*, ein *anthropologisches* und ein *technologisch-ökonomisches* Verhältnis zur Arbeit. Diese Beispiele sind jedoch nicht willkürlich herausgegriffen. Sie kennzeichnen im Gegenteil Vorstellungen, die von epochaler Bedeutung gewesen sind. Dennoch sind sie noch fast alle wirksam und führen damit zu Widersprüchen, in denen ein beträchtlicher Teil unserer heutigen politischen wie sozialen Spannungen seine Wurzeln hat.

I

Kennzeichnend für die mythische Deutung der Arbeit ist, daß sie in einer begrenzten Zahl archetypischer Tätigkeiten besteht, die den Menschen ursprünglich von einer Gottheit "gezeigt" wurden. So hat ihm zum Beispiel Athene einmal zuerst gezeigt, wie man Ölbäume pflanzt oder ihn gelehrt, Wolle zu spinnen, Pferde zu zähmen und vor einen Wagen zu spannen. In Eleusis, auf dem rarischen Acker in Athen am Fuße der Akropolis lag das heilige Feld und da stand auch die heilige Dreschente, wo Demeter das erste Getreide wachsen ließ und das erste Rind geschlachtet hat. Auf ähnliche Weise wurden von verschiedenen Gottheiten die Fischerei, das Handwerk, die Jagd, die Kriegskunst eingeführt, kurz, alle jene Tätigkeiten gestiftet, welche die Menschheit seit Urzeiten ausgeübt hat. Gerade weil diese Tätigkeiten aber einem heiligen Urgeschehen entspringen, müssen sie auch auf eine rituelle, das heißt immer gleiche Weise ausgeführt werden. Das göttliche Urerignis wird mit ihnen beständig wiederholt. Ja, es *ist* immer das gleiche Urerignis, das sich darin wieder und wieder abspielt. Die Arbeit als Ritual erfahren heißt, sich der Gegenwärtigkeit der Gottheit in ihr bewußt sein. Die Arbeit kann deswegen auch nicht gelingen, wenn man vom Willen der Gottheit abweicht oder wenn die Gottheit nicht in diesem rituellen Ereignis in irgendeiner Weise als substantiell anwesend und mitwirkend verstanden wird. Deswegen wird die Gottheit auch vor Beginn der Arbeit angerufen und im Opfer beschworen. Mythisch gesehen ist also die Arbeit die beständig erneuerte und beständig wieder verwirklichte göttliche Weltordnung. Die Last und Mühsal, die Arbeit mit sich bringt, mag noch so schwer sein, in ihr triumphiert doch von Geschlecht zu Geschlecht der Kreislauf des ewigen Lebens, in dem sich der einzelne aufgehoben und geborgen fühlt.

## II

Vom Mythos unterscheidet sich nun das Christentum nicht nur dadurch, daß es monotheistisch ist, sondern auch dadurch, daß es auf ein Ereignis in historischer Zeit zurückgeht, nämlich auf das Erscheinen des Erlösers, und daß mit ihm das Göttliche ins Jenseits verlegt wird: Die hiesige Welt, im Mythos von Göttern durchwaltet, sinkt so zu einer Art Übergang in die wahre, selige Welt herab, die außerhalb ihrer liegt.

Damit wandelt sich zwangsläufig auch das Verhältnis des Menschen zur Arbeit. Sie ist nun nicht mehr Wiederholung eines göttlichen Urereignisses, im Gegenteil, die mit ihr verbundene Last und Mühe wird jetzt als Kennzeichen der Gottesferne und der Ausgestoßenheit aus dem Paradiese verstanden. Gott sprach zu Adam: "Verflucht sei der Acker um deinetwillen, mit Kummer sollst Du Dich darauf ernähren dein Lebenlang. Dornen und Disteln soll er dir tragen, und sollst das Kraut auf dem Felde essen. Im Schweiß deines Angesichts sollst du dein Brot essen, bis daß du wieder zu Erde verdest." (1. Mos. 3. 17-19). Auf der anderen Seite wird aber Arbeit christlich auch als Sühne verstanden, die, ergehen übernommen, zur Wiederversöhnung mit Gott führen kann.

Trotz aller Unterschiede liegt jedoch eine Übereinstimmung zwischen Mythos und Christentum darin, daß für beide die Arbeit etwas Sakrales ist. Denn selbst wenn man sie als Sühnewerk versteht, so bleibt sie doch eben deswegen vom göttlichen Segen begleitet und muß mit dem Gebet verbunden werden (ora et labora). Auch wird sie hier wie dort als Auftrag erfahren, als Einordnung in den göttlichen Willen.

## III

Nun zur moralischen Auffassung von der Arbeit. Mit ihr ist natürlich nicht gemeint, daß die mythische oder christliche nicht moralisch sei, sondern nur, daß in ihr das Moralische ohne unmittelbaren Zusammenhang mit einem Göttlichen gedacht ist. Die der moralischen Auffassung von der Arbeit zugrunde liegende Lehre, eine Frucht der Aufklärung, und von Kant zum ersten Mal in Reinheit entwickelt, läßt sich in Kürze so zusammenfassen: Die moralische Forderung nicht zu erfüllen, ist Schuld. Allein schuldig kann man nur werden, wenn man frei ist. Die Freiheit ist also für die Moral notwendig. Du kannst, denn du sollst. Deswegen deutete Kant die moralische Forderung als ein Gebot, das sich der freie Mensch selbst gibt und das ihm nicht von einer übermächtigen göttlichen Majestät aufgezwungen wird. Käme sie von Gott, wäre dann unsere Entscheidung noch frei? Gott, wenn er existierte, müßte zwar als mit dem moralischen Gebot in einem absoluten Einklang stehend betrachtet werden; aber gegründet werden kann es nach Kant nicht auf ihn, sondern nur auf den autonomen Menschen. Zwar hat Kant versucht, eine Theologie auf seine Morallehre aufzubauen, da ihm das Umgekehrte nicht möglich schien; überzeugend gelang ihm dies jedoch nicht.

Die säkularisierte Moral ohne Gott hat sich seither weitgehend durchgesetzt.

Im Lichte dieser Philosophie verliert die Arbeit gänzlich ihre sakrale Bedeutung. Sie ist entweder Ausdruck des natürlichen Strebens der Menschen nach Glück oder sie ist Pflicht. Pflicht zur Selbsterhaltung und zur Erhaltung Angehöriger; Pflicht in der getreuen Einhaltung mit ihr eingegangener Vertragsverhältnisse; Pflicht zur Übereinstimmung eben dieses Verhältnisses mit sittlich Gebotenen. Hierzu gehören Vereinbarungen über Lohn und Verdienst, Güterverteilung und Herstellung, Arbeitszeit usw.

## IV

Betrachten wir nun den anthropologischen Begriff der Arbeit. Wenn er auch eine lange Geschichte aufweist, die bis in die Antike zurückreicht und sehr verschiedene Ausprägungen gefunden hat, so wird mit ihm doch stets der gleiche Grundgedanke verbunden, nämlich daß Arbeit der Selbstverwirklichung des Menschen dienen sollte. Das setzt allerdings eine Vorstellung vom *Wesen* des Menschen voraus, das sich verwirklichen kann.

Für den vorliegenden Zusammenhang von unmittelbarer Bedeutung ist jedoch nur die Form, in der uns der anthropologische Arbeitsbegriff *heute* verbreitet entgegentritt. Der heutige anthropologische Arbeitsbegriff, der seine Wurzeln bereits in der Renaissance, besonders aber in der Aufklärung hat, wird aus der Idee des Menschen als einer freien Individualität abgeleitet. Der Mensch wird dabei aber nicht nur als frei in seiner sittlichen Entscheidung betrachtet, sondern auch als frei in seiner Fähigkeit zu erkennen und durch Vernunft zur Einsicht zu kommen. Da in dieser umfassenden Freiheit zugleich seine Würde gesehen wird, muß es ihm überlassen bleiben, im Einklang mit seiner moralischen Verfassung und seiner vernünftigen Einsicht seinem natürlichen Streben nach Glück zu folgen. Die Arbeit des druch Freiheit bestimmten Menschen wird so als verantwortliche Selbstverwirklichung seiner Individualität, seiner je einzigartigen Person verstanden.

## V

Wenn wir von der heutigen Ausprägung des anthropologischen Arbeitsbegriffes absehen, so bezogen sich die bisher geschilderten, geschichtlich überkommenen Auffassungen von der Arbeit trotz ihrer tiefgreifenden Unterschiede doch stets auf dieselben Grundformen der Arbeit, an denen sich seit der Antike bis zur Schwelle des industriellen Zeitalters nur wenig geändert hat: Es sind jene Formen, die vor allem durch das Handwerk, durch immer gleiche archetypische, in der Überlieferung wurzelnde Tätigkeiten bestimmt sind. Das industrielle Zeitalter brachte hier eine radikale Änderung und führte zur technologisch-ökonomischen Auffassung von der Arbeit. Von ihr ist heute unser Leben weitgehend ge-

prägt. Diese Auffassung ist wesentlich technologisch, sofern sie sich auf die industrielle Produktion bezieht, und sie ist wesentlich ökonomisch, sofern zu dieser Produktion wie zum Erwerb ihrer Produkte in einer bisher nie dagewesenen Weise und in einem bisher nie dagewesenen Aufwand Geldmittel benötigt und Güter ausgetauscht werden.

Aber wir müssen diese neuartige, in der Geschichte noch nie dagewesene Form industrieller Arbeit zunächst etwas näher betrachten, um die technologisch-ökonomische Auffassung von der Arbeit deutlicher werden zu lassen.

Man kann den technischen Arbeitsprozeß folgendermaßen bestimmen: Er hat, als solcher, wissenschaftliche Grundlagen; eben deswegen verläuft er weitgehend *exakt*, zu.n Teil sogar *maschinell*. Soweit ihn die wissenschaftliche Denkweise bestimmt, steht er unter dem ständigen Zwang der Verbesserung des Bestehenden und der Erforschung neuer Möglichkeiten. Er ist insofern wesentlich auf *beständigen Fortschritt* ausgerichtet und erfüllt damit nicht nur bestehende Zwecke, sondern erfindet und setzt vor allem dauernd neue. Weil die Wissenschaft in ihrer formalen Exaktheit eine so überragende Rolle in ihm spielt, weil er teilweise so maschinell ist und weil er weniger bei irgendwelchen Inhalten verharret als vor allem von der Aussicht auf den Fortschritt zum immer wieder Nächsten und Neuen verlockt wird, ist er überwiegend von *formaler Rationalität*. Seine Zwecke sind ferner, bei aller Verschiedenheit, Mannigfaltigkeit und allem Wechsel, insgesamt überwiegend *quantitativ-materiell*. Letztlich lassen sie sich nämlich hauptsächlich auf drei Kategorien zurückführen: Die Erhaltung von Zuständen (Heizungs-, Kühlungs-, Lüftungssysteme, Bunker, Deiche, Konserven usw.), die Nutzung von Energie (Auto, Flugzeug, Rakete usw.) und die Beschleunigung von Information (Telefon, Radio, Druckverfahren, Computer usw.).

Allen diesen Punkten des Technologischen entsprechen solche der ökonomischen Tätigkeit: Für hochqualifizierte wissenschaftliche Kräfte, für Maschinen und Massen von Arbeitnehmern müssen hohe Geldsummen bereitgestellt werden; die Produktion beständig neuer Waren ist mit hohem Risiko verbunden und zieht daher das ganze Feld der Werbung mit sich; die in dieser Produktion liegende formale Rationalität erfordert entsprechend ein hohes Maß von Rationalisierung der Unternehmen; und schließlich müssen die erzielten Gewinne dazu verwendet werden, eben jene quantitativ-materiell definierten Güter zu konsumieren, die zu erzeugen der Sinn der industriellen Arbeitswelt ist.

Dieser letzte Punkt läßt uns auch genauer das Verhältnis erkennen, in dem die ökonomische Seite zur technologischen steht: Die Ökonomie verhält sich zur Technik als Mittel zum Zweck. Weil wir die Technik und ihre Produkte in diesem Zusammenhang als letzten Zweck wollen, leisten wir einen solchen ökonomischen Arbeitsaufwand; weil wir von dem quantitativ-materiellen Angebot an Gütern, von dem beständigen Fortschritt dieses Angebotes und der bestechenden Rationalität dieser Güter fasziniert sind, wollen wir das nötige Geld und die nötigen Mittel, um solches zu produzieren und zu gewinnen. So ist die tiefste Wurzel unserer modernen Zivilisation die Leidenschaft zur technologisch-wissenschaftlichen und industriellen Daseinsbewältigung sowie zum dadurch bestimmten quantitativ-materiellen Daseinsgenuß.

Aus dieser Leidenschaft ergibt sich nun die Definition des technologisch-ökonomischen Arbeitsbegriffs: Arbeit ist wesentlich eine Form der Daseinsbewältigung, die auf diese Art des Daseinsgenusses zielt. Die Arbeit wird so in keinen unmittelbaren Zusammenhang mehr zum Göttlichen, zum Moralischen oder zur Selbstverwirklichung der Individualität gebracht.

## VI

Es sind nun vor allem der christliche, der moralische und der anthropologische Arbeitsbegriff, die heute oft gegen den technologisch-ökonomischen ins Treffen geführt werden.

Christlich wird geklagt, die betonte Rationalität moderner Arbeitsprozesse samt ihrer wissenschaftlichen Grundlage habe jene heute so verbreitete Einstellung verstärkt, wenn nicht gar hervorgebracht, den Glauben im Vergleich zu einer solchen Rationalität als etwas hoffnungslos Irrationales anzusehen. Damit ließe die quantitativ-materielle Bestimmtheit dieser Prozesse weiterhin vergessen, daß Gott Geist ist; über die Jagd nach dem Fortschritt werde die Besinnung auf das Ewige außer acht gelassen; und die so entfesselte Selbstherrlichkeit des Menschen in der technologischen Daseinsbewältigung verdränge schließlich den Gedanken von der Gnade Gottes, dem die Vorstellung von der Last der Arbeit als Sühne vor Gott entspricht.

Moralisch betrachtet, werden viele technologische wie ökonomische Interessen und Tätigkeiten verworfen. Ich erinnere an bestimmte technologische Möglichkeiten der Medizin (Genforschung, künstliche Befruchtung usw.), an die Gefahren der Atomenergie, die Umweltverschmutzung und dergl. Im ökonomischen Bereich dagegen ist es vor allem der Profit, der moralisch als Folge schnöder Gewinnsucht und des schieren Eigennutzes verdächtigt wird. Diese heute besonders weit verbreitete Einstellung führte zu der Auffassung, daß Reichtum schände und eigentlich unmoralisch sei. Entsprechend werden Vereinbarungen über Lohn und Verdienst, Güterverteilung und -herstellung rein moralisch gesehen, weswegen Konflikte mit deren technologisch-ökonomischen Zusammenhängen unvermeidlich werden.

Aus der Sicht des heute nicht seltener vertretenen anthropologischen Arbeitsbegriffes führt der maschinell-technische Arbeitsprozeß mit seinem Massencharakter zur Auflösung der Individualität und Persönlichkeit, die sich doch gerade verwirklichen soll; seine überbetonte Rationalität lasse deren Gemütskräfte verkümmern, sein ständiger Wandel raube dem Menschen die Orientierung, seine Spezialisierung zerstöre die Vielseitigkeit seines Wesens und seine materielle Verfassung lähme die geistigen Interessen.

An diesen weithin bekannten kritischen Stimmen kann man ablesen, wie stark in der Tat überlieferte Arbeitsbegriffe immer noch fortleben und welche bedeutende Rolle sie in den politischen oder sozialen Spannungen spielen, die uns heute beunruhigen. Eine Ausnahme bildet nur die mythische Vorstellung von der Arbeit, die überhaupt keine Grundlage mehr in einer Welt findet, wo sich alles be-

ständig wandelt und daher rituelle Wiederholungen ausgeschlossen zu sein scheinen.

Es ist jedoch die Frage, ob die Spannungen, von denen soeben die Rede war, wirklich unaufhebbar sind oder nicht vielmehr auf begrifflichen Unklarheiten und Mißverständnissen beruhen.

## VII

Beginnen wir wieder mit der christlichen Vorstellungswelt. Es ist falsch, im Glauben etwas schlechthin Irrationales zu sehen, das notwendig vor der faszinierenden Rationalität des technologisch-ökonomischen, unser Leben so überwältigend prägenden Bereiches wie etwas geradezu Vernunftwidriges verblassen muß. Ein solches Urteil kommt nur daher, daß man einen verschwommenen und alles andere als rationalen Begriff von Rationalität besitzt.

Rational kann immer nur eine Wenn-Dann-Beziehung sein. Aber die Prämissen innerhalb dieser Beziehung, wenn man sie ihrerseits wieder ableitete und nicht einfach voraussetzte, werden schließlich immer in letzten Grundsätzen enden, die nicht mehr ableitbar sind. Alles Rationale ist so rein *formal*; das Inhaltliche der Grundsätze dagegen ist hinsichtlich seiner Begründung weder rational noch irrational, sondern es wird einfach behauptet oder geglaubt. So fußt auch das technologisch-ökonomische Denken trotz seiner so zur Schau gestellten formalen Rationalität auf letzten Grundsätzen und Kategorien, welche die inhaltliche Grundlage darstellen, auf der die technologische wie ökonomische Vernunft und Erfahrung beruhen. Aber weil eben diese Grundlage, weil diese Axiome und Kategorien *Inhalte* sind, sind auch sie weder rational noch irrational, sondern gehören zu der Gruppe der hypothetischen Bedingungen der technologisch-ökonomischen Denkweise überhaupt. Der Glaube und übrigens auch der Mythos haben nun in *dieser* Hinsicht keine andere Verfassung, weil sie ebenfalls auf letzten Grundsätzen und Kategorien beruhen, welche die Grundlagen der ihnen eigentümlichen Vernunft und Erfahrung darstellen; insofern sind sie gleichfalls weder rational noch irrational; auch können innerhalb ihrer rationale Wenn-Dann-Beziehungen hergestellt, kann rational gedacht werden. Haben aber der technologisch-ökonomische wie der christliche und mythische Bereich ganz andere Vernunfts- und Erfahrungsinhalte, so beziehen sie sich auf verschiedene Wirkungsbereiche und können deshalb gar nicht in Widerspruch zueinander treten.

Die christliche Vorstellungswelt ist also in Wahrheit durch die Rationalität und Diesseitigkeit der technologisch-ökonomischen Denkweise überhaupt nicht anastbar. Die Gefahr, die christlich von dieser gefürchtet wird, beruht nur auf Mißverständnissen, die aufgeklärt werden können. Die quantitativ-materielle Bestimmtheit industrieller Prozesse schließt damit die Bedeutung Gottes als Geist nicht aus, der Fortschritt zwingt uns nicht dazu, das Ewige vergessen zu lassen, die Selbstherrlichkeit des modernen Menschen kann durchaus in Gottes Gnade ihre Grenze finden usf.

## VIII

Die moralische Kritik an technologischen Tätigkeiten, sofern sie die vorhin aufgezählten Erscheinungen auf dem Gebiete der Medizin, der Atomenergie usf. betrifft, ist nicht substantieller Art, so aktuell sie heute auch sein mag, weil sie nicht die technologische Arbeitswelt als *Ganzes* und *überhaupt* betrifft, sondern nur Teilbereiche davon. Ich beschränke mich daher der Kürze wegen auf die moralische Kritik im ökonomischen Bereich, die ja gegen das marktwirtschaftliche System insgesamt gerichtet ist. Denn Gewinn und Profit sind dessen Lebensnerv. Die Ökonomen sagen, das ökonomische Endziel sei die insgesamt optimale Wohlfahrt des Volkes, womit man, etwas weniger fachmännisch ausgedrückt, so etwas wie das "insgesamt optimale Glück des Volkes" meint. Allein es liegt auf der Hand, daß schwer zu entscheiden ist, worin es besteht. Die Ökonomen drücken dies aus, indem sie sagen: Die "gesellschaftliche Wohlfahrtsfunktion" ist nicht bestimmbar.

Wenn man aber offenbar sehr verschiedener Meinung darüber sein kann, worin die insgesamt optimale Wohlfahrt eines Volkes eigentlich besteht, dann kann auch niemand *allgemein verbindlich* fordern, daß alle jene ökonomischen Maßnahmen zu ergreifen sind, die zur Verwirklichung *seiner* mehr oder weniger privaten Auffassung von dieser Wohlfahrt führen. Genau deswegen kann eine solche Forderung auch nicht moralisch sein, denn das Moralische ist ja gerade dadurch gekennzeichnet, daß es den Anspruch allgemeiner Verbindlichkeit und Gültigkeit erheben muß. Wer dennoch im vorliegenden Zusammenhang von Moral redet, der meint zumindest nicht jenes eindeutig Verpflichtende, das wir moralischem Verhalten sonst zusprechen und das uns im täglichen Umgang mit Menschen vertraut, ja, geradezu selbstverständlich ist.

Aus diesem Grunde ist es im Gegensatz zu einer weitverbreiteten Meinung weder moralisch noch unmoralisch, ohne Arbeit Geld zu verdienen, starke Unterschiede von arm und reich hinzunehmen, die Inflationsbekämpfung der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorzuziehen usf., gesetzt, es ist nur dadurch jenes Wohlfahrtsziel zu erreichen, das in einem hohen *allgemeinen Wohlstand* besteht (Kapitalismus). Es ist aber ebenso weder moralisch noch unmoralisch, nur nach Verdienst entlohnen zu wollen, die Unterschiede abzuschaffen, jedem das Recht auf Arbeit zu garantieren, gesetzt, daß nur dadurch jenes andere Wohlfahrtsziel zu erreichen ist, das zwar nicht in einem hohen allgemeinen Wohlstand, wohl aber zum Beispiel in der vermuteten Befriedigung eines allgemeinen *Verlangens nach Gleichheit* besteht (Sozialismus). Und zwar ist das alles deswegen weder moralisch noch unmoralisch, weil es aus den angegebenen Gründen gar keine moralische Entscheidung zwischen diesen beiden Wohlfahrtszielen geben kann, denen es dient. Man kann dem auch nicht entgegen, die Zwecke könnten nicht die Mittel heiligen. Denn die Mittel haben in diesem Falle gar keine selbständige Bedeutung, sondern sie sind überhaupt nur durch das Ziel gesetzt, das sie verwirklichen sollen, sie sind nichts anderes als ein ganz und gar durch dieses Ziel bestimmtes Regelsystem. Also könnten sie auch nur von diesem Ziel her und nicht für sich moralisch verworfen oder angenommen werden.

Entgegen einer weitverbreiteten Ansicht verrete ich also die These, daß die ökonomische Arbeitswelt in ihrer *Substanz* und als System betrachtet, mit Moralität überhaupt nichts zu tun hat, sondern eine Frage des Lebensstils ist.

## IX

Betrachten wir abschließend die aufgezeigten Schwierigkeiten, die Forderung nach verantwortlicher Selbstverwirklichung des Menschen mit der industriellen Arbeitswelt in Einklang zu bringen. Diese Schwierigkeiten kommen nur daher, daß man die Selbstverwirklichung im Sinne jenes Bildungsideals deutet, das in der Individualität eine organische und schöpferische Einheit sieht, eine Ganzheit aus Geist und Gefühl, ein Inneres, das zur allseitigen Ausbildung, zur harmonischen Ausgeglichenheit und zur Entfaltung aller darin liegenden Fähigkeiten geführt werden müsse. Denn nur eine solche Deutung kann doch zu dem Vorwurf an die industrielle Welt führen, sie sei in ihrer Rationalität, ihrer Spezialisierung, ihrem maschinellen Wesen usf. der Entwicklung der Individualität abträglich. Die große Bedeutung, welche die Anhänger der heute weit verbreiteten sogenannten emanzipatorischen Bildungsidee dem akademischen Studium beimessen, deutet darauf hin, daß auch sie von diesem übrigens keineswegs neuen Bildungsideal beeinflusst sind. Dabei wird aber meist übersehen, daß die so verstandene Selbstverwirklichung nicht nur den meisten unmöglich ist, weil die Art ihrer Tätigkeit im industriellen Prozeß, wie man richtig bemerkt hat, sie daran hindert, sondern auch, weil nur sehr wenige jene reiche Vielseitigkeit der Begabung besitzen, die sie voraussetzt. Daß viele das nicht sehen wollen, ist nur die Folge des heute so verbreiteten Verlangens nach Gleichheit. Faßt man aber nun die Forderung nach Selbstverwirklichung in jenem schlichten Sinne auf, der den Vätern des Grundgesetzes vorzuschweben schien, als sie die freie Entfaltung der Persönlichkeit schützten, versteht man darunter also nichts anderes als das äußere Recht eines jeden, diejenige Tätigkeit in Übereinstimmung mit dem Gesetz ausüben zu können, die er sich eigenständig gewählt hat, dann gibt es zwischen der anthropologischen Auffassung der Arbeit als Selbstverwirklichung und der technologisch-ökonomischen keinen Widerspruch mehr. Im Gegenteil, die industrielle Arbeitswelt hat mit ihrer Rationalität, ihrer fortschrittlichen Beweglichkeit und ihrer reichen ökonomischen Entfaltung weit mehr für die äußere Freiheit und Unabhängigkeit des Einzelnen bewirkt als irgendeine andere, und wenn gerade heute so viel von allerlei Zwängen geredet wird – ich erinnere nur an das Modewort "Konsumzwang" – dann sind wieder nur Zwänge auf jene *innere* Verfassung der Individualität gemeint, die vorhin beschrieben wurde. Damit stoßen aber heute auch diejenigen, die sich jenes alte Bildungsideal auf Grund ihrer besonderen Tätigkeiten und Fähigkeiten wirklich leisten können, auf weit geringere Widerstände, als das früher der Fall war, wo oft genug gar ihre Existenz bedroht wurde. Dies verdanken wir zwar nicht nur der industriellen Gesellschaft, sondern auch unserer politischen Verfassung; allein diese hat doch nur jene Möglichkeiten ergriffen, die eine solche Gesellschaft in sich trägt. Daß dies nicht so sein muß, zei-

gen die Länder des Ostblocks.

So läßt sich der technologisch-ökonomische Arbeitsbegriff gegen manchen gängigen Vorwurf verteidigen, er gefährde den christlichen Glauben, sei moralisch fragwürdig oder erschwere die Selbstverwirklichung der individuellen Persönlichkeit. Es ist auch nicht einzusehen, daß der Glaube darunter leiden soll, wenn er ohne Beziehungen zur industriellen Welt bleibt und sich allein auf die Sphäre des Heiligen und Transzendenten richtet. Im Gegenteil, jene moderne Theologie, die sich in eine reine Soziallehre umzuwandeln beginnt, zerstört ihn am Ende ebenso, wie sie die Kämpfe innerhalb der Arbeitswelt durch eine Art religiösen Fanatismus auf unerträgliche Weise aufheizt. Ferner wäre es der Versachlichung der politischen Auseinandersetzungen dienlich, wenn man aufhörte, überall nur moralischen Unrat zu wittern und dem politischen Gegner böse Absichten zu unterstellen, wo er doch oft nur andere Vorstellungen davon hat, worin das Glück des Menschen besteht. Was aber schließlich die mißverstandene Vorstellung von der Selbstverwirklichung des Menschen betrifft, so hat sie bei vielen nur dazu geführt, einen Persönlichkeitsanspruch an sich zu stellen, dem sie gar nicht gewachsen sind und der eine ständige Unzufriedenheit mit sich selbst und der Umwelt zur Folge hat.

## Radikalismus und Extremismus

von

Dr. Ladislaus Barlay

Radikal kommt von "radix", was im Lateinischen bekanntlich Wurzel bedeutet. Die zum sprachlichen Symbol verdichtete Erfahrung einer weitgehend agrarisch geprägten Weltsicht blieb bei diesem Wort auch dann noch erhalten, als es, nunmehr zur Kennzeichnung politischer Handlungsweisen herangezogen, nur noch den abstrakten Sinn seines erfahrungsmäßigen Urbildes anzuzeigen hatte. Wie für den mediterranen Bauer die Dinge an der Wurzel zu packen das Äußerste, ja das Vollständigste bei der Meisterung einer Sache, bei der Lösung eines Problems zu sein schien, so erhielt ein hierauf gerichtetes, auf erschöpfende, endliche Ziele zusteuendes, bei aller Abstraktheit der Ziele und der Mittelauswahl stabile Ergebnisse verheißendes politisches Handeln bereits im alten Rom den Namen radikal.

Extrem ist dagegen der Superlativ von lateinischem "exter" oder "exterus" und entspricht dem Äußersten, d.h. dem Maximum oder Minimum einer Sache bzw. eines Vorgangs noch diesseits der zufällig geratene Annäherungen erlaubenden "limes" oder Grenze, der man sich mit selbstaufgelegter "restrictio" d.h. Einschränkung oder eben ohne sie nähern kann. Auffallend ist nur, daß das politische Vokabular Roms den Begriff Extremismus bzw. extremistisch nicht kannte: in der Tat war diese Erfindung der Neuzeit in der Antike undenkbar.

Als später aus noch früheren, namentlich indischen, griechischen und arabischen Quellen stammendes Wissen in die Sprachuniform des Lateinischen gehüllt wurde, um alsbald auch in modernere Sprachen transformiert zu werden, zeigten die hergeleiteten Anwendungen von "radix" noch exakter, welches Strukturelement von Denkvorgängen im radikal gesteuerten Handeln die Oberhand gewinnt. In den mathematischen und physikalischen Begriffsbildungen wie Radius, Radizieren, Radiation usw. traten zahlenmäßige oder meßbare Ordnungsfiguren auf, deren Kenntnis die Konstruktion abstrakter Gegenstände oder Modelle ermöglichte. Sie sind konstant bezüglich solcher Gegenstände, nicht aber in Bezug auf deren Theorie. Wer den Radius eines Kreises kennt, kann den gleichen Kreis beliebig oft konstruieren und dessen Punkte werden vom Mittelpunkt immer gleich weit, d.h. dem Radius entsprechend entfernt sein. Wer die bestimmte, Quadrat-, Kubik- usw. Wurzel einer Zahl kennt, kann diese Zahl beliebig oft durch entsprechendes Potenzieren der Wurzel erzeugen. Zu jeder Klasse gleichartiger, abstrakter Gegenstände gehört eine Menge solcher Ordnungsfiguren, die die Struktur solcher Gegenstände begründen. Vor allem aber: beides, Radius wie Radizieren, hat mit der jeweiligen präzisen Auswahl einer bestimmten Größe für die generell gültige Ordnungsfigur aus der unendlich mächtigen Menge gleichartiger Größen zu tun und beides eröffnet durch eine einzige Größe die Möglichkeit der Konstruktion einer unendlichen Mannigfaltigkeit von Größen, Strukturen und Mo-

dellen. Kurzum: man findet analytisch den Angelpunkt und hat nun freie Hand bei der Konstruktion. Dies allerdings nur einem einzigen abstrakten Ziel oder einigen wenigen solchen Zielen entsprechend und ohne Rücksicht auf etwas anderes, wohl auch Mitbetroffenes. In der Tat spielt der Euklidische Radius in nicht-euklidischen Geometrien eine ganz andere Rolle und das Radizieren im Bereiche nicht restlos in Potenzen aufspaltbarer Rationalzahlen führt innerhalb der Menge der reellen Zahlen zu nicht-periodischen unendlichen Dezimalbrüchen und damit zu unendlichen Mengen. Obwohl die Ordnungsfiguren der erwähnten Art einen Knotenpunkt im Aussagensystem ihrer Theorien darstellen, transzendieren sie nicht über diese Theorien hinweg und sie sind nach Maßgabe der Vollständigkeit, Konsistenz und Widerspruchsfreiheit der Theorien voll kompatibel mit diesen Theorien. Auch die Konstruktion von Extremstellen von Funktionen oder gar die von Grenzwerten von Differenzenquotienten, wie sie in den Formalwissenschaften üblich ist, verlangt nach zumindest partiellen Verwendungen des gleichen Strukturelementes unseres Denkens, auf welches wir bei den Herleitungen von "radix" stoßen. Extremstellen einer Funktion sind dabei zwar entscheidend wichtig für ihren Werteverlauf, sie sind ohne diesen jedoch sinnlos. Grenzwerte lassen eine unendliche Menge von konvergierenden Größen für deren exakte Erfassung zu und solche Grenzwerte haben gerade darin ihren Sinn. Wer schon den Kurvenverlauf etwa einer trigonometrischen Funktion auf Extremstellen, auf Stetigkeit und auf Differenzierbarkeit hin diskutiert oder einen Differentialquotienten ermittelt hat, weiß das genau. Im Zeichen dieser formalen Rationalität wäre das Festhalten an Extremstellen ohne die dazu gehörende Funktion oder ein Festhalten an Grenzwerten ohne die zu ihnen konvergierenden Größen ungefähr so sinnvoll wie ein Berggipfel ohne Berg oder ein Flußufer ohne Fluß. Würde man auch sonstwo mit formalwissenschaftlichem Exaktheitsanspruch denken, so wären manche Problemlösungen schwieriger, dafür aber öfters optimal und vor allem: man wäre niemals ein Extremist, jedoch manchmal ein Radikaler. In den Formalwissenschaften kommt es allerdings häufig auf radikales Präferieren und Entscheiden an. So kann man, nach dem begrenzt gültigen wie tragfähigen Ermitteln optimaler Kombinationen von Eckpunkten und Kanten auf der Oberfläche eines Vieleckkörpers plötzlich die Sicht wechseln und von dem Innenraum dieses Körpers aus mit Zuhilfenahme seiner vollständigen und erst jetzt reichhaltigen Struktur zu tragfähigeren, allgemeingültigeren optimalen Kombinationen gelangen, die eine noch größere Zahl singulärer Lösungen ermöglichen. Freilich, politisches Denken ist im Idealfall noch komplexer als formalwissenschaftliches. Es muß sich aber die Herausforderung meistern, vor welche es von dem lediglich formal Erfäßbaren gestellt wird, ja es muß den Einsatz formaler Denkmittel ebenso wie seine eigene formale Richtigkeit mit Augenmaß leisten. Für das politische Denken gilt deshalb das von Platon und Aristoteles bis Hegel klassisch ausgearbeitete Kriterium der optimalen Mitte in der Konstruktion von Entscheidungsfolgen, nach welchem man, wenn einmal die Wertkonstellation feststeht oder fest zu stehen beginnt, allenfalls nur singulär und nicht durchgehend extreme Werte oder Grenzpositionen wählen kann und nur von Operation zu Operation, nach jeweils einmaligen Algorithmen radikal verfahren sollte.



Diese Einschränkungen implizieren aber auch, daß die optimale Mitte von Fall zu Fall gerade einen extremen Wert annimmt und daß bestimmte Algorithmen der Handlungssteuerung von Fall zu Fall radikal sein sollten. Genau diese Einsicht der praktischen Philosophie ist demjenigen eigen, der in Kenntnis seiner sachpolitischen Problemlösungszwänge sowie seiner machtpolitischen Profilierungschancen sich in voller Konsequenz der Durchsetzung einer als Problemlösung gedeuteten Entscheidung und der aus dieser folgenden Maßnahmen annimmt und damit zur Übereinstimmung von Legalität und Legitimität in der freiheitlich verfaßten, rechtsstaatlichen Ordnung seines politischen Wirkungsbereiches beiträgt. Gewiß hat ein solches radikales Handeln bestimmte, unübertretbare Grenzen, die aus der Gültigkeit der legalen Ordnung folgen; diese Grenzen schützen dasjenige Minimum an Legalität, dessen jedwede Legitimität bedarf und das von verfassungsmäßig gewährten Grund- oder Menschenrechten normativ vorgegeben ist. Radikalität politischen Handelns oder gar der Radikalismus des Agierens einer Gruppe setzen diese Grenzen geradezu voraus: erstens, weil Radikale auf den dadurch gewährtesten legalen Schutz beim eigenen, erfolgreichen und gänzlich ausgeführten Handlungsvollzug angewiesen sind, und zweitens, weil die Ziele von Radikalen eben diese Grenzen in ihrer vollen Wirksamkeit voraussetzen, oft sogar ausdrücklich auf die Erhaltung oder Reformierung dieser Grenzen abgestellt sind. Radikales Handeln strebt demnach unter der Norm freiheitlicher Rechtsstaatlichkeit nach der restlosen, völligen Verwirklichung eines abstrakten, wenngleich als dringend empfundenen Ziels innerhalb eines endlichen Zeitintervalls, möglichst sofort, und auf jeden Fall ohne Rücksicht auf weitere Umstände, von denen allerdings einige, ein unerläßliches Minimum an Legalität verkörpernde von vornherein bejaht werden. Erweist sich das radikal verfolgte Ziel als informationell falsch oder als politisch verfehlt oder gar als falsch und verfehlt, so findet der derart Radikale schnell wieder Artikulationsmöglichkeiten im breiten politischen Spektrum einer Massendemokratie, das er zuvor nicht verließ, allenfalls durcheinanderwirbelte. Aber auch nach der Verwirklichung eben dadurch bestätigter, radikaler Zielsetzungen, kann derjenige Radikale, der das erfolgreich durchgesetzt hat, je nach mehrheitsfähiger Zustimmungsbereitschaft entweder neue, zur Radikalität reizende Ziele verfolgen oder eben eine der nicht-radikalen politischen Verhaltensweisen bevorzugen, die bestimmt nicht weniger mehrheitsfähig sind als die radikalen.

Radikalismus kann jeweils unter ideologischem Einfluß stehen, das ist jedoch nicht das Merkmal, das ihn essentiell auszeichnet. Weil er in erster Linie von seinem eigenen, abstrakten Ziel geleitet wird und den Stabilitätsbereich einer freiheitlich verfaßten, rechtsstaatlichen Ordnung nicht nur nicht verläßt, sondern, insofern seine Ziele weder falsch noch verfehlt sind, eher vertieft und erweitert, noch mehr: die Fähigkeit der Ordnung, stabil zu sein prinzipiell erhöht und institutionalisierte Spuren hinterläßt, erweitert er die politischen und sonstigen Freiheiten und erweist sich selbst als eine vernünftige Nutzung politischer Freiheiten. Radikale politische Handlungen können wesentliche, reformerische oder revolu-

tionäre Impulse vermitteln, die oft zur Erneuerung noch so freiheitlicher und noch so rechtsstaatlicher Ordnungen führen – mit dem Ergebnis erweiterter Freiheiten und neu erworbener Rechte.

Deshalb ist es überhaupt nicht daran zu zweifeln, daß an bestimmten Knotenpunkten des geschichtlichen Handlungsgefüges gerade radikale Problemlösungen, die mit entsprechenden singulären Extrem-Werten verbunden sein können, die jeweils optimale Entscheidung kennzeichnen und zugleich die geistesabhängige wie entscheidungsbedingte Natur des Geschichtsprozesses maximal zur Geltung bringen, vorausgesetzt, sie sind vernünftig und nicht nur sittlich zulässig, sondern auch ethisch geboten. Radikale Denkanstöße, radikales Zupacken oder die Radikalität geschichtlicher Umbrüche sowie deren radikale oder nicht-radikale Herbeiführung für illegitim zu halten, käme daher einer unakzeptablen, spießbürgerlichen Verniedlichung dessen gleich, was Legitimität sein (und werden) kann.

Selbst ein politischer Radikalismus, der zwar als gruppenmäßiger Interessensstandpunkt nur noch auf radikale Motive sowie auf Radikalitätserwartungen bestimmter Minderheiten fixiert sein mag, jedoch de facto entweder im Rahmen rechtsstaatlicher Legalität bleibt oder aber eine Kluft zwischen Legalität und Legitimität konsequent, ohne Mißachtung der Menschenrechte zu überwinden versucht, hat seinen festen, wenn auch aus guten Gründen häufig leerstehenden Platz im repräsentativen System einer liberal verfaßten, rechtsstaatlichen Ordnung, in welchem im Normalfall demokratisch regiert wird. Kleine, radikale Parteien sind wohl dazu in der Lage, Ermüdungs- und Verkrustungserscheinungen eines Parlamentes entgegenzuwirken und sie können unter Umständen auch eine wichtige machtpolitische Rolle in Parlamenten spielen, in denen in der Regel keine stabilen Mehrheitsverhältnisse herrschen. Das Problem dabei ist allerdings, daß ein Radikalismus mehr Radikalität voraussetzt, als unter den Bedingungen des Parlamentarismus möglich ist, weshalb seine Anhänger häufig außerstande sind, ihre nicht-radikalen Einzelhandlungen und Stellungnahmen an Vernunft, Sittlichkeit sowie Ethik auszurichten und zugleich mit ihrem sonstigen Radikalismus glaubwürdig zu vereinbaren. Der parlamentarische Radikalismus kann punktuell noch so viel bewirken, er ist, ähnlich wie seine Zielsetzungen, für kürzere, aber zumindest für begrenzte Lebensdauer konzipiert und er kann nach einiger Zeit nicht mehr durchgehalten werden. Er ist durchaus kompromißfähig.

Die Geschichte der großen, freiheitlichen Demokratien kennt nicht nur Revolutionäre, sondern auch äußerst einfluß- wie erfolgreiche, diese Demokratien wesentlich prägende Gestalten, denen es jedem schwerfallen dürfte, radikale Positionen und Handlungen, oder zumindest radikale Lebensphasen abzusprechen. Man denke nur an Burke, an Shaftesbury, an Jefferson, an Gladstone, an Disraeli, an Palmerston, an Lloyd George, an Lincoln, an Roosewelt, an J.F. Kennedy, an Churchill, an Clemenceau, an Poincaré, an Hardenberg, an Wartenburg, an Metternich oder an Bismarck. Hatte die deutsche Sozialdemokratie nicht eine ganze Reihe von Radikalen hervorgebracht, – Persönlichkeiten wie Lasalle, Bernstein, Ebert, Heller, Noske, Scheidemann, Braun, Schumacher, Reuter, Schmid und Erler? Waren die Politiker Rathenau, Stresemann und Brüning auf ihre Weise

nicht radikal? Wer könnte Elemente der Radikalität im Denken und Handeln so unterschiedlicher Persönlichkeiten leugnen, wie Adenauer, Heuss, De Gaulle, Kissinger, Brzezinski, Carter, Strauss, Margaret Thatcher oder Mitterrand? Hat nicht gerade Präsident Reagan eine radikale Wende der amerikanischen Politik vollzogen, indem er den epochalen Übergang vom sozialen Liberalismus zum liberalen Konservatismus eröffnete und sind Mitglieder seiner Administration wie Weinberger, Feldstein, Haig, Schultz, Perle, Adelman oder Jane Kirkpatrick in irgendeiner Weise nicht radikal?

Radikale Handlungschancen nicht wahrzunehmen, kann in einer freiheitlich verfaßten, rechtsstaatlichen Demokratie verhängnisvolle Folgen haben und der erste Schritt zu solchen Versäumnissen kann darin bestehen, daß die Öffentlichkeit, vor allem die sie formenden Elite-Gruppen den Begriff des Radikalismus mit dem des Extremismus gleichsetzen. Mit dem so verschenkten, insbesondere für jüngere Mitbürger nachwievor nicht ganz unattraktiven Radikalismus wuchern dann Extremisten, für die das der erste Schritt zur unverdächtigen Destruktion der Demokratie sein kann. Wie Lenins Ideologie und die Praxis seiner Nachfolger zeigt und zugleich manche Schicksale unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft erklärt, fürchten Extremisten nichts mehr als Radikale in ihren eigenen Reihen. Dies ist verständlich, zumal nur Radikale, allerdings nur außerhalb von extremistischen Parteien tätige Radikale dazu in der Lage sind, jeglicher Art des Extremismus erfolgreich Einhalt zu gebieten.

Man mag zwischen den widerlichen Nutznießern und den betrogenen Mitläufern des Extremismus gerne unterscheiden, eines steht fest: die auf welche Weise auch immer dahingemordeten Menschenopfer des Extremismus durften in unserem Jahrhundert eine Zahl erreicht haben, die etwa bei 100.000.000 liegt, um von sonstigen Opfern wie Gefolterten, Unterdrückten, Flüchtlingen und Vertriebenen erst gar nicht zu reden. Der politische Extremismus ist untrennbar von dem machtpolitischen Stellenwert der Intellektuellen in unserem Jahrhundert, wie diese etwa von Gehlen und Schelsky charakterisiert wurden und er führt sogar in der Nähe der maßgeblichen, zuweilen auch radikalen politischen Unternehmungen einer durchgehend kommunikationsbereiten, bürokratisch verwalteten, in höchstem Maße technologiebedürftigen und vorwiegend marktwirtschaftlich versorgten Massendemokratie ein parasitäres Schattendasein. So wenig jedoch "intellektuell" von vornherein für Intelligenz bürgt, so wenig sollten die einmaligen Extrem-Werte der optimalen Entscheidungen, die von punktuell radikal Handelnden nach Maßgabe von Vernunft, Sittlichkeit und Ethik innerhalb eines demokratischen Spektrums hervorgebracht werden, mit den falschen Utopien und billigen Mythen des politischen Extremismus verwechselt werden. Es besteht dabei gar kein Grund zu der Annahme, daß irgendwelche Extremisten oder ihre Anhänger das geistige Potential oder die geistige Initiative erzeugen könnten, die eine Massendemokratie benötigt, damit die Bürger ihre unterschiedlichen Probleme nach Vernunftkriterien lösen. Im Gegenteil, die geschichtliche Erfahrung

zeigt, daß extremistische Entwürfe die ideellen Schwächeanfalle solcher Demokratien allenfalls zu katastrophalen, sehr realen und opferreichen Absagen an die Vernunft steigern können.

Dies überrascht nicht, zumal theoretischer Informationsgehalt, Wahrheitswertevorrat sowie Wahrheitsgehalt extremistischer Aussagen ebenso wie Gültigkeitsbereich, paradoxiefreie Formulierbarkeit, Erklärungs- und Falsifikationspotential, Problemlösungskapazität sowie Prognosefähigkeit extremistischer Aussagenkollektionen jeweils durch eine leere Menge repräsentiert werden, d.h. gleich Null sind. Der Extremismus verschafft seinen Anhängern jedoch um den Preis ein gutes Gewissen, daß er Wissen durch kurzgeschlossene Ideologeme, Sittlichkeit wie Ethik durch seichte Moralität, durch Heuchelei und durch kleinbürgerliche Penetranz, religiösen Glauben durch verlogene Mythen, durch alberne Riten, durch gruppeninterne Fetische, durch suggerierte Angstpsychosen und durch hysterische Stimmungen eines "Endsiegens", eines "Endkampfes", einer "Weltrevolution" oder einer "apocalypse now" ersetzt. Der Schein des Gegenteils kann den Mitläufern extremistischer Strömungen wegen der niemals ganz tilgbaren Verlockungen der Vernunft allerdings nur in entpersönlichenden und abschottenden Gruppenverinnerlichungs- und Gruppeneinbindungspraktiken sowie Verfügbarkeitsstrainings mit Hilfe begründungsunfähiger, jedoch aggressiv zur Schau getragener Autorität und bevormundender Intoleranz schmackhaft gemacht werden.

Die Entscheidung, solche Dressur zu versuchen oder nur der versuchten Dressur zu folgen, steht in einem freiheitlichen Rechtsstaat jedem frei, ja sie genießt den Schutz, den die einschlägigen Grundrechtsgarantien der Verfassung bieten. Unter dem gleichen Schutz steht allerdings auch die wissenschaftliche, publizistische, politische und private Kritik des Extremismus und seiner Konsequenzen. Das ändert sich in dem folgenschweren Fall, in welchem die Anhänger des Extremismus, die über ihre Positionen am linken und rechten Rand des demokratischen Spektrums hinweg gerne einander die Hand reichen, um eine "Fundamentalopposition" gegen das "System" zu bilden, genügend Mitläufer finden, die bei anhaltender Ohnmacht der demokratischen Mehrheit und ihrer Eliten den Rechtsstaat, auf welchem Wege auch immer durch eine Tyrannei ersetzen. Deren Gewaltherrschaft und Expansionslust sind nur indirekte Beweise für die Irrtümer des Extremismus, denen ohne Gewaltherrschaft auf die Dauer kaum jemand freiwillig folgen würde und die unter den Wettbewerbsbedingungen einer Demokratie oder einer in Krise geratenen Tyrannei von nicht-extremistischen Eliten mühelos davongefegt werden würden. Hierin liegt die Chance für die Massendemokratien, extremistischen Herausforderungen rechtzeitig und mit äußerster Kräftekonzentration Herr zu werden und hierin ist auch die Wahrheit der Prognose begründet, wonach ein nationaler oder selbst ein weltweiter Triumph des Extremismus im Zeichen der Dominanz einer seiner Varianten nicht das letzte Wort der Geschichte, sondern nur ein Umweg wäre.

Alle Extremismen täuschen für rational nicht nachprüfbar erklärte Garantien dafür vor, daß ihre praktische Befolgung eine aufs Ganze gehende und sofortige Behebung des Übels herbeiführen muß, dessen ihre Anhänger überdrüssig sind. Das Problem ist dabei nur, daß die Zielpunkte, die Mittel, die Zeitpunkte, die Orte

und die Subjekte extremistisch angestifteten Tuns niemals mit den einmaligen Extrem-Werten derjenigen optimalen Entscheidung zusammenfallen, die zusammen mit anderen Werten von der vernünftigen Deutung der Alternativen der Entscheidungssituation vorgegeben werden und bei einer noch so radikalen Auswahl von Zielen, Mitteln, Zeitpunkten, Orten sowie Subjekten erst dieser vernünftigen Deutung gemäß zum Zuge kommen können. Während also der Extremismus selbst für Situationen, in denen vernünftigerweise nicht einmal ein einziger Extrem-Wert gewählt werden kann, den totalen und sofortigen Bruch fordert, fühlt er sich an den wirklich vernünftigen, einige Extrem-Werte als Optima ausweisenden Knotenpunkten oder Bruchstellen trotz einer diese Optima tragenden, demokratischen Mehrheit schlichtweg übergangen, noch nicht genügend berücksichtigt, noch nicht genügend realisierbar, ja sogar überflüssig bis tödlich bedroht, weshalb er statt zu handeln opportunistisch abzuwarten, auszuweichen, zu laviere, ja konspirativ zu bremsen empfiehlt. Dabei bleibt die Wahrnehmung eigener Interessen ebenso abstrakt, wie die Festlegung auf prolongierte Extrem-Werte. Es ist nur die ironische Kehrseite des Sachverhaltes, daß Vernunftentscheidungen einer demokratischen Mitte den einmal vorliegenden Extremismus dazu zwingen, sich selbst zu festigen und seine Feindschaft gegen den Rest (etwa auf die ganze "Lebenswelt") auszudehnen und (etwa bis hin zum politischen Terror) zu verschärfen.

Ein wie auch immer errungener Sieg des Extremismus wirkt wie die hybris der antiken Tragödie aus. Demokratien neigen ohnehin dazu, aus Toleranzgründen ihre Selbststeuerungs- und Selbststabilisierungsfähigkeit nicht zu pflegen und den Auseinandersetzungen mit auf Krisen lauenden Extremisten auszuweichen. Befindet man sich einmal unter extremistischer Tyrannei, so kann der leidvolle Umweg, der zur Freiheit zurückführt, sehr kostspielig, zeitraubend und opferreich werden. Auch so besteht keine Garantie dafür, daß eine Nation aus eigener Kraft die sie eventuell allzu wirkungsvoll unterdrückende Tyrannei auf die Müllhalde der Geschichte kippen kann. Fehlen die eigenen Kräfte dazu oder erfolgt die Zerstörung der Tyrannei dank äußerer Intervention und Befreiung, jedoch ohne eine breit angelegte Aneignung und Rekonstruktion des Wertehorizontes freiheitlich verfaßter Rechtsstaatlichkeit, so kann ein kontinuierlicher Schachtelbau, eine verhängnisvolle Verschachtelung einander ablösender Extremismen entstehen, wie Mitteleuropa, insbesondere Deutschland im 20. Jahrhundert dies paradigmatisch vorgeführt hat. Das ist der Grund dafür, daß die kritische Beschäftigung mit dem Extremismus in Europa nichts von ihrer Aktualität eingebüßt hat. Das Fortdauern der Konsensfähigkeit in der nordatlantischen Allianz und in der Europäischen Gemeinschaft hängt unter anderem auch davon ab, wie extremismusanfällig sich die deutsche Öffentlichkeit künftig erweisen wird und welche internationalen Folgen das dabei entwickelte deutsche Verhalten auslöst. Nach den extremistischen Versuchungen des Kommunismus, des Nationalsozialismus und des neomarxistischen Sozialismus, die Deutschland bis Mitte der 70-er Jahre heimgesucht haben, hat sich ein neues deutsches Amalgam aus den Ideologemen versunkener Extremismen herausgebildet, ein rot-braun-grünes und keine vernünftige Alternative aufweisendes Gebräu, dessen Faszinationskraft offenbar keiner Steigerung mehr fähig ist, während die demokratische

Mitte dieses Kapitel ad acta zu legen beginnt. Bei allem deshalb als berechtigt geltenden Optimismus wäre es falsch, auf die unerläßliche weitere Auseinandersetzung mit dem Extremismus in all seinen Varianten zu verzichten.



*Margaret Thatcher, britische Premierministerin. Ist sie eine Radikale?*

## Sind ganzheitliche Denkmodelle in der Politik zwangsläufig antidemokratisch?

von

Ernest F.ENZELSBERGER

Bestsellerautoren von intellektuellem Rang wie Frederic Vester oder Fritjof Capra treten für ein ganzheitliches, systemorientiertes, kybernetisches, ja vernetztes Denken ein. Vor allem Vester versteht es, in seinen Büchern "Das kybernetische Zeitalter" und "Neuland des Denkens" sein Publikum zu faszinieren. Trotzdem – so der Journalist Franz Kohmaier (in den Conturen, Februar 1984), ist dieser grundsätzliche Denkansatz durchaus nicht so neu. Gerade Wien hat eine lange Tradition ganzheitlichen Denkens. In den dreißiger Jahren – ebenfalls ausgelöst durch eine Weltwirtschaftskrise, die wesentlich tiefgreifender war, als die gegenwärtige, – entstand dort die Ganzheitsphilosophie Othmar Spanns. Erwähnt man aber, so Kohmaier, den Namen Spann, so ist dieser untrennbar mit dem Ständestaat verbunden, der die Ideen Spanns in die politische Realität umsetzen wollte. Kohmaier regt daher an, der Frage nachzuspüren, ob ganzheitsphilosophische Denkmodelle – wenn sie sich politisch manifestieren – zwangsläufig oder nicht, zu antidemokratischen Lösungen kommen. Dieser Frage soll im folgenden nachgegangen werden.

Grundsätzlich versteht man unter "Ständestaat" ein Staatswesen, in dem bestimmte Stände durch ihre Vertretungen an den Staatsgeschäften teilhaben. In den Staaten Mittel-, West- und Nordeuropas kennzeichnet das Ständewesen den Übergang von der feudalen Ordnung des Mittelalters zum modernen Verfassungsstaat. In einem Jahrhunderte dauernden Prozeß wurden Ausübung, Streuung und Kontrolle von Herrschaft verfassungsmäßig festgelegt. Die Stände, zunächst Adel und Geistlichkeit, seit dem 12. und 13. Jahrhundert auch das städtische Bürgertum und gelegentlich die Bauern, entsandten ihre Vertreter in Versammlungen, die zusammen mit dem Landesherrn die Einheit des Gemeinwesens verkörperten. Der ständischen Versammlung kam hierbei das Recht und die Pflicht zur Erteilung von "Rat und Hilfe" (auxilium et consilium) zu, dem Landesherrn Recht und Pflicht, dem Land "Schutz und Schirm" (protectio et umbra) zu geben.

Neben dem Typus der regionalen Ständeversammlung trat aber schon früh jener der Versammlung eines ganzen Landes. Das bedeutendste Beispiel bildete bis ins 18. Jahrhundert hinein der deutsche Reichstag. Vergleichbare Versammlungen stellten das englische Parlament, die französischen Generalstände sowie die Reichstage Schwedens, Dänemarks, Polens, Ungarns u.a. dar. Sie organisierten sich teils im Zwei-, teils im Dreikammersystem.

Da die Ständeversammlungen als Vertretung der partikularen Interessen der sie bildenden Stände galten, war ihr frühestes Anliegen, sich im Austausch gegen politische Approbation und finanzielle Unterstützung der Maßnahmen des Landesherrn bestimmte politische, soziale und wirtschaftliche Privilegien verfassungsmäßig garantieren zu lassen. Eines der Beispiele dafür ist die englische Magna Charta, die Entsprechungen in sämtlichen ständischen Staaten Europas hat.

Aus diesen Herrschaftsverträgen leitete sich regional unterschiedlich eine starke ständische Mit- und Selbstregierung ab, wobei sich die ständische Versammlung zunehmend als nationale Repräsentantin des ganzen Landes empfand und sich aller Probleme annahm. Diese Tendenz führte in England ohne stärkeren historischen Bruch zur Vorherrschaft des durch die gesamte Bevölkerung bestellten Parlaments. In den kontinental-europäischen Staaten unterbrach die Ausbildung des fürstlichen Absolutismus im 17. und 18. Jahrhundert die eingeleitete Entwicklung, die sich dann aber abrupt und revolutionär seit dem Ende des 18. Jahrhunderts fortsetzte: Der Konstitutionalismus der Französischen Revolution und des ganzen 19. Jahrhunderts knüpfte an die ständische Tradition und das ständische Selbstbewußtsein der Vergangenheit an und versicherte sich so eines starken Kontinuitätslements.

Versuche zur Erneuerung des Ständestaats wurden im 19. und 20. Jahrhunderts von den verschiedensten weltanschaulich-politischen Richtungen vorgeschlagen bzw. unternommen, wie am Beispiel Österreichs noch gezeigt werden soll. So von der katholischen Soziallehre, vom Syndikalismus, von Verfechtern gesellschaftlicher und werkgemeinschaftlicher Ideen, vom Faschismus – und auch im Nationalsozialismus spielten sie anfänglich eine starke ideologische Rolle. Allerdings wurden sie dort bald verworfen, weil sie den Totalitätsanspruch der Parteien gefährdet hätten. Im allgemeinen ist diese neuere Idee des Ständestaates darauf gerichtet, entweder die "Formaldemokratie" mit ihren Einrichtungen wie allgemeine Wahlen, Parlament und Parteien durch eine ständische Demokratie zu beseitigen, oder neben den parlamentarisch-demokratischen Einrichtungen besondere Verfassungseinrichtungen berufsständischer Art zu schaffen, z.B. Berufs- und Wirtschaftskammern oder -räte, die nicht nur für die Angelegenheiten des einzelnen Berufsstandes, sondern zugleich als eine "Zweite Kammer" für allgemein-politische Aufgaben zuständig sein sollen. Mit dem Ständestaat wurde die Hoffnung verbunden, einerseits die Klassegegensätze zu überwinden, andererseits der Vermassung des Menschen in der Industriegesellschaft entgegenzuwirken.

Der allgemein übliche Begriff "Stand" entspricht keineswegs eindeutig den Gealten in der ständischen Verfassung. Für einen Soziologen wie Max Weber ist "Stand" bedingt durch Ehre, gemeinsame Lebensführung, Privilegierung in der sozialen Schätzung, Appropriation von Verwaltungsmitteln an Private seitens des Herrn. Die ständischen Repräsentanten vertreten seiner Meinung nach nur Sonderrechte von Verbänden, deren Struktur durch bürokratische Verwaltung im Bündnis mit kapitalistischen Interessen aufgelöst worden sei. Der Rechtshistoriker wiederum, der unter dem Oberbegriff "Stand" eine Gemeinschaft von Personen mit besonderen Rechten und Pflichten zusammenfaßt, geht von der sozialen Schichtung in Adel, Freie und Minderfreie aus, die im Mittelalter durch eine be-

rufsständische Gliederung – vornehmlich durch Ritterstand und in Zünfte organisierten Bürgerstand – verändert wurde, während der Bauer mit wenigen territorialen Ausnahmen nicht als Stand zählt. Karl Marx wiederum bezeichnet als "Stand" im allgemeinen eine soziale Gruppe, die eine historische Entwicklungsstufe vor der Klasse steht. Stände existierten nach ihm in einer Zeit wenig entwickelter Ökonomie, geringen Verkehrs und Austauschs. Charakteristisch für ihn ist ihre wirtschaftliche, lokale und ideologische "Borniertheit", die er am mittelalterlichen Stadtbürgertum aufzuzeigen versucht. Die Stände erscheinen nur als privilegierte Vertreter von Sonderinteressen, die gegen das Gesamtinteresse und gegen den Fortschritt handeln. Das gilt für alle ihre historischen Erscheinungsformen, von denen allerdings allein die spanischen Cortes einmal ausführlicher behandelt werden, wobei Marx die Rechte der spanischen Ständeversammlungen des 19. Jahrhunderts mit denen der alten Cortes gleichsetzt. Dabei bilden in den Cortes des 14. Jahrhunderts, die weder mit den französischen Generalständen noch den britischen Parlamenten des Mittelalters verglichen werden können, die Städte neben Adel und Geistlichkeit den mächtigsten Stand.

Othmar Spann (1878-1950), der die ständische Lebensordnung als "vollkommensten Ausdruck der universalistischen Gesellschaftsordnung" bezeichnet hatte, wurde in Altmannsdorf als Sohn eines Papierfabrikanten geboren. Er studierte in Wien, Zürich, Bern und Tübingen Volkswirtschaftslehre, Gesellschaftslehre und Philosophie und war nach seiner Habilitation 1907 Professor in Brünn und von 1919 bis 1938 in Wien. Die Entwicklung Spanns führte von der Volkswirtschafts- und Gesellschaftslehre zu einem universalen System der Philosophie, das im wesentlichen im Zeichen der Ganzheit stand. Angeregt durch Aristoteles, Thomas v. Aquin, Hegel, Adam Müller, F. v. Baader und F. List und die deutsche Romantik begründete er den Universalismus in der Volkswirtschafts- und Gesellschaftslehre und in der Philosophie.

Der liberalen Wirtschaftslehre von Adam Smith und David Ricardo stellte er somit seine Ganzheitslehre entgegen, deren philosophisches Fundament von der idealistischen Tradition geprägt ist. Sein Universalismus hebt sich zunächst negativ gegen Individualismus, Kollektivismus und Atomismus ab. Othmar Spann, dessen Name heute weitgehend tabu zu sein scheint, sprach in seinen volkswirtschaftlichen Vorlesungen auch sehr weitblickend gerne und oft vom "geistigen Kapital", dem er unter den Wirtschaftsfaktoren einen hohen Rang einräumte.

Für ihn hat das Ganze sechs Bestimmungen: 1. Das Ganze hat als solches kein Dasein; 2. Es wird vor allen Gliedern geboren; 3. Darum ist es vor den Gliedern; 4. Es geht in den Gliedern nicht unter; 5. Darum ist es am Grunde der Glieder; 6. So ist das Ganze alles in allem, es ist in ihm und es ist in allem.

Die Glieder werden erst seiend durch die Ausgliederung aus dem Ganzen. Spann hat seine Grundposition in einer Reihe von gesellschafts- und wirtschaftswissenschaftlichen Arbeiten ausgeführt. All sein Denken war zuletzt religiös fundiert und zwar in einem von der Mystik bestimmten, katholischen Christentum. So lehnte Spann auch jede pantheistische Fassung des Ganzheitsbegriffs ab. Der Stufenbau der Ganzheit gründet für ihn in einem persönlichen Gott als Urmitte. Für die Theorie gesellschaftlichen Daseins folgt daraus, daß der einzelne jeweils Glied eines ihn ausgliedernden Ganzen als eigentlicher Wirklichkeit ist. Dieser

universalistische Ansatz führt in Anwendung auf den gesellschaftspolitischen Bereich zu der Erkenntnis, daß die Gesellschaft eine geistige und handelnde Einheit von Teilganzen und Lebenskreisen ist. Diese gesellschaftlichen Lebenskreise sind solche "geistiger" Art, wie Religion, Philosophie, Wissenschaft und Kunst, Sittlichkeit und Recht, weiters Familie, Heerwesen und Erziehung. Lebenskreise des veranstaltenden und organisierenden Handelns sind der Staat und die Organisation, und schließlich kommen dazu noch jene des wirtschaftlichen Handelns, das die Mittel für die Ziele aller bereitstellt (W. Heinrich). Der Mensch ist ein Glied dieser gesellschaftlichen Teilganzen und bedarf ihrer, um als Leib-Seele-Wesen zur vollen Entfaltung seines Daseins zu kommen.

In seiner Lehre vom "wahren Staat" fordert Spann eine Neuordnung der Gesellschaft auf berufsständischer Grundlage. Damit bekämpfte er zugleich alle Strömungen des Liberalismus, vor allem den Individualismus, und des Marxismus. Als Schöpfer einer "ganzheitlichen Logik" suchte Spann die Rückverbundenheit des menschlichen Geistes in der Ideenwelt und die Vergegenständlichung seiner Eingebungsinhalte in der Begriffsbildung aufzuzeigen. Zwischen den beiden Weltkriegen war Spann übrigens einer der geistigen Hauptkämpfer gegen den Marxismus.

"Im Namen Gottes, des Allmächtigen, von dem alles Recht ausgeht, erhält das österreichische Volk für seinen christlichen Bundesstaat auf ständischer Grundlage diese Verfassung." So begann die "Verfassung 1934", die im "Bundesgesetzblatt für den Bundesstaat Österreich, 1. Stück/1934" am 1. Mai 1934 veröffentlicht wurde. Das Recht ging also nicht mehr vom Volk aus. Weiters hieß die Republik Österreich von nun ab "Bundesstaat Österreich" und bestand aus der "bundesunmittelbaren" Stadt Wien und acht Bundesländern. Sie enthielt keine Erklärung über die Staatsform, denn die Staatsform der Republik blieb erhalten. Allerdings nicht demokratisch, sondern berufsständisch geordnet und autoritär geführt. Die Bundesregierung stand unter der "Führung", nicht mehr unter dem "Vorsitz" des Bundeskanzlers. Die Grund- und Freiheitsrechte der Staatsbürger wurden – mit wenigen Ausnahmen – aus der alten Verfassung übernommen. Da der vorgesehene berufsständische Aufbau damals noch nicht so weit gediehen war, daß die Stände die dazu nötigen Wahlen für ihre Vertreter hätten durchführen können, lag das Schwergewicht der Staatsführung in den Händen der Bundesregierung. Auch der Bundespräsident sollte von den Bürgermeistern des Landes gewählt werden, was allerdings nicht zustandekam. Da Teile des Konkordats vom 5. Juni 1933 in die Verfassung mitaufgenommen wurden, erhielt die katholische Kirche einen stärkeren Einfluß als bisher in den Bereichen des Schulwesens und der Ehe und schließlich wurde auch erreicht, daß die "Vaterländische Front" zum einzigen Träger der politischen Willensbildung wurde.

Das leitende Organisationsprinzip bildete nicht mehr die Bestellung der Organe "von unten" durch das Mittel einer möglichst allgemein gehaltenen Volkswahl, sondern die Bestellung "von oben" durch das Instrument der Ernennung seitens der im stufenweisen Aufbau jeweils übergeordneten Organe. Das politische Prinzip lag also nicht mehr, wie beim parlamentarischen Prinzip, bei den gesetzgebenden Körperschaften, sondern bei den obersten Organen der Vollziehung, die ihrerseits wiederum auf die Zusammensetzung und die Tätigkeit der verschiede-

nen Vertretungskörper im Bereiche des Bundes und der Länder den entscheidenden Einfluß ausüben. Unter den obersten Organen der Vollziehung überragte wieder die Bundesregierung und hier vor allem der Bundeskanzler alle übrigen Organe — einschließlich des Bundespräsidenten, da die Bestimmung der Richtlinien der Politik ausschließlich Sache des Bundeskanzlers war.

In Untersuchungen von Gerhard Jagschitz über Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß wird ausdrücklich darauf hingewiesen, wie stark der Kanzler in seinen Ideen letzten Endes doch von den ständischen Vorstellungen Othmar Spanns beeinflusst war. Jagschitz berichtet, daß Dollfuß nach dem Kriege Vorlesungen bei Spann hörte, zu seinem Kreis von Bewunderern zählte, und aus dessen "wahrem Staat" viele Anregungen übernahm, wie die handschriftlichen Notizen in dem erhalten gebliebenen persönlichen Exemplar Dollfuß' beweisen.

Die Vorträge, aus denen Spanns Werk "Der wahre Staat — Vorlesungen über Abbruch und Neubau der Gesellschaft" hervorging, wurden — so Spann — "im Sommersemester 1920 an der Wiener Universität inmitten einer politisch hocherregten Zuhörerschaft gehalten, in welcher Sozialisten aller Art und Farbe in der Überzahl waren."

Die ständische Lebensordnung, schreibt Spann, ist der vollkommenste politische Ausdruck der universalistischen Gesellschaftsordnung, und an anderer Stelle heißt es: "Es ist das Wesen echten Ständetums, zuletzt geistige Gemeinschaft organisatorisch zu gestalten. Da Gemeinschaft schlechthin die Daseinsform des Geistes darstellt, ist es unmittelbar das Ständetum, in welchem die ewigen Grundwerte des Geistes verwirklicht werden. Echtes, lebendiges Ständetum allein vermag daher die in unserer Zeit unentbehrliche Wiederherstellung des Idealismus durch Sicherung schöpferischer Geisteszusammenarbeit und die Lösung der sozialen Frage durch Herstellung einer rein menschlichen Lebensordnung einzuleiten." An anderer Stelle bezeichnet Spann die ständische Ordnung als "die feste Burg der aufbauenden Kräfte, die allein imstande sind, uns vor beiden zu schützen: vor der bolschewistischen Zerstörung wie vor dem demokratischen Kulturtod."

Wenn auch nicht im Sinne einer generellen Leugnung der normativ vielfach eingeschränkten Machtfülle des Volkssouveräns, so doch im Sinne einer Kritik an Vermassungerscheinungen moderner Demokratien nehmen sich Spanns folgende Äußerungen als antidemokratisch aus: "Von Platon bis Hegel, von Euripides bis Goethe haben alle großen Philosophen und Dichter die Demokratie abgelehnt. Demokratie bedeutet auf die Dauer den Kulturtod... Nur die ständische Organisation ermöglicht formell eine Herrschaft der besten, die individualistische, demokratische Organisationsform des Staates ermöglicht eine solche nicht. Diese setzt alle Bürger (die Wähler) als gleichwertig voraus. Wo gleiche unter gleichen ihre Angelegenheiten bestellen, wo im engen Kreise die eigenen Angelegenheiten von den eigenen Beteiligten erledigt werden, da bleibt für große, massenverführerische Politik, für Lärm der Demokratie, für das Werben um die Gunst der Stimmen aller unendlich weniger Spielraum. Die politische Arbeit im Ständestaat wird weniger Werbearbeit, weniger Massenverführungsarbeit sein, als vielmehr ein Kampf großer körperschaftlicher, in sich bereits organisierter Gruppen teils miteinander um die Erreichung größerer gemeinsamer Ziele, teils gegen-

ander und auf diese Weise auch mehr als bisher eine sachliche, schöpferische Gestaltungs- und Organisationsarbeit. Nicht mehr die verständnislosen und unbeherrschten Massen wählen ihre Führer, sondern die Führer der mannigfach gegliederten Massen und Verbände wählen ihre Oberführer. Der politische Kampf im Ständestaat wird entweder um große sittlich-politische Ideen oder um große körperschaftliche Ideen geführt. Politische Parteien im heutigen Sinne kann es daher in der ständischen Ordnung gar nicht geben, es wird nur Sachparteien geben."

Allerdings waren die Ideen Spanns nur einer der drei Pfeiler, auf denen der Ständestaatsbegriff von Bundeskanzler Dollfuß ruhte. Die anderen beiden waren die päpstlichen Sozialzyklen "Quadragesimo anno" und "Rerum novarum" und die konkrete berufsständische Organisation der Landwirtschaft, der sich Dollfuß in seinen agrarischen Funktionen mit großem Erfolg widmete. Hier lernte er auch die Praxis eines klassenübergreifenden Modells — vor allem in der bäuerlichen Sozialversicherung — kennen (Jagschitz).

Auch ein anderer österreichischer Bundeskanzler hat die Ideen Othmar Spanns studiert: der Vorarlberger Otto Ender, dessen Kabinett vom 4. Dezember 1930 bis 16. Juni 1931 amtierte. Der Feldkircher Zeitgeschichtswissenschaftler Gerhard Wanner betont, daß Ender zwar der Idee eines Ständestaates schon vor und dann auch während seiner Kanzlerschaft prinzipiell nicht abgeneigt war. Er glaubte jedoch, daß ein "Umbau" nur allmählich, mit größter Vorsicht und mit Zustimmung des Parlaments vor sich gehen könne. "Es wird das eine Entwicklung sein, die, wenn es sehr flott geht, 50 Jahre beansprucht." Entscheidend dafür — so Wanner — daß sich Ender 1933 dann doch für das ständisch-autoritäre Modell hergab, waren drei Argumente: Er glaubte an demokratische Entwicklungsmöglichkeiten eines solchen Systems vor allem in Bezug auf die Erhaltung und den Ausbau der föderalistischen Länderrechte; weiters an die Aufhebung der so unseligen Parteigegegensätze, die eine geordnete parlamentarische Regierung noch dazu in einer politischen und wirtschaftlichen Krisenzeit kaum mehr möglich machten und schließlich hoffte er, daß sich dadurch sowohl seine weltanschaulichen Hauptgegner, die Sozialisten, als auch die Nationalsozialisten neutralisieren lassen würden. Ender wurde im Juli 1933 "Verfassungsminister", ein Amt, das er bis Juli 1934 ausübte. Damals zeigte er sich jedoch enttäuscht darüber, daß der Ständestaat "von oben herab" dekretiert wurde und erst seine neunte Verfassungsredaktion angenommen wurde. Er gab daher im März 1934 zu verstehen, daß er sich kaum noch in der Lage sehe, die Verfassungsreform zu vertreten, obwohl er ein Anhänger des autoritären Staates sei.

Damit kommt man der Beantwortung der Frage, ob ganzheitsphilosophische Denkmodelle in ihrer politischen Manifestation zwangsläufig oder nicht zu antidemokratischen Lösungen kommen, schon ein Stück näher. Spanns Ganzheitsphilosophie ist lediglich ein beschränkt gültiger, zudem recht ergänzungsbedürftiger Beitrag zur neuzeitlichen philosophischen und fachwissenschaftlichen, vor allem mathematischen und kybernetischen Beschäftigung mit Ganzheiten und Systemen. Insbesondere kybernetisch begründete Anwendungen des Systembegriffs in Sozialwissenschaft und Politik ergaben unter der Norm freierlich verfaßter Rechtsstaaten eindeutig demokratiekonforme, wenngleich das Elite-Problem nicht ausklammernde Entwürfe. Die Arbeiten von Parsons, Luhmann, Beer,

Boulding, Rapoport, Mesarovic, Samuelson, Leontieff, Debreau, Deutsch oder Noezik bestätigen das sehr eindrucksvoll. Aber selbst Spanns auf ein Ständestaat-Modell hinauslaufende, ganzheitlich inspirierte Ordnungsidee muß nicht unbedingt mit antidemokratischen Formen der politischen Herrschaft gekoppelt sein. Denn wenn Spann von der ständischen Lebensordnung als vollkommensten politischen Ausdruck universalistischer Gesellschaftsordnung spricht, dann gibt es auch genug Beispiele dafür, daß eine ständische Ordnung keinesfalls zwangsläufig autoritär gestaltet werden muß – sie kann es allenfalls werden.

In diesem Sinne sind auch die Ausführungen von Dollfuß zu verstehen, der in seiner Trabrennplatz-Rede in Wien, die er am 11. September 1933 anlässlich des ersten Generalappells der Vaterländischen Front hielt, ausführte: "...die Zeit marxistischer, materialistischer Volksverführung ist gewesen! Die Zeit der Parteienherrschaft ist vorbei!...Wir wollen den sozialen, christlichen, deutschen Staat Österreich auf ständischer Grundlage, unter starker autoritärer Führung..." Fast wörtlich findet sich diese Passage dann wieder in der Radiorede, die Dollfuß am 1. Mai 1934 zur Einführung der neuen Verfassung hielt. Auch Dollfuß betonte also, daß der autoritäre Staat die berufsständische Ordnung ergänzt – ihr also keineswegs von vornherein immanent ist.

Reichhold weist darauf hin, daß sich Spanns Ständeideologie von der berufsständischen Idee katholischer Kreise vor allem durch ihren hierarchischen Charakter unterscheidet und zitiert dazu Walter Heinrich, der erklärte: "Der ständische Staat ist nur möglich, wenn man über dem ständischen Unterbau einen starken autoritären Aufbau schafft, nämlich einen autoritären Staat". Nicht übersehen werden darf jedoch, – und eine offenbar allzu oberflächliche Betrachtung hat zu einer allzu raschen und harten Verurteilung von Dollfuß und Spann geführt – daß Dollfuß "seinen" Ständestaat durchaus in demokratischer Weise ausführen wollte, allerdings konnte er dies nicht mehr (Merkel). Und schließlich hat sich auch Othmar Spann selbst vom ständestaatlichen Experiment in Österreich distanziert, das er als einen "unheimlichen Fastnachtsscherz" bezeichnete (Verhönig, Mikoletzky). Es ist weiters zu berücksichtigen, daß die demokratische Regierungsweise Ende der zwanziger Jahre nicht nur in Österreich, sondern in fast ganz Europa in eine Krise geraten war. Nur in diesem großen Zusammenhang tragischer Entwicklungen, die außer Kontrolle geraten waren, sind die Ereignisse rund um die Einführung der 1934er-Verfassung zu sehen.

Ein anderes Beispiel einer berufsständischen Ordnung, das eindeutig auf dem Boden der Demokratie steht, ist das "Linzer Programm" (1923) der christlichen Arbeitervereine Österreichs, dessen Verfasser, Prof. Dr. Karl Lugschmayer feststellte, daß der Ständestaat in Österreich weder der darin proklamierten berufsständischen Ordnung, noch den Grundsätzen der Papstencyklika "Quadragesimo anno" entsprochen habe. Im "Linzer Programm" wird unter ausdrücklicher Berufung auf Papst Leo XIII. die "sozialistische Lehre vom Klassenkampf" nachhaltig verurteilt und die "Versöhnung der Betriebsheerrschaft mit der Arbeitnehmergemeinde nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und gegenseitigen Hilfe" empfohlen.

Das "Linzer Programm" forderte die volle Gleichberechtigung der Arbeiterschaft und bekannte sich klar zum damaligen Österreich als Vaterland – die Sozialde-

mokratie hatte bis Oktober 1933 den Anschluß Österreichs an Deutschland im Programm.

Während in den Jahren nach der Verabschiedung des "Linzer Programms" die Fronten zwischen christlichsozialen und sozialdemokratischen Bewegungen immer härter wurden und sich dies auch im "Linzer Programm" der Sozialdemokraten im Jahre 1926 ausdrückt, bleibt die wenige Wochen später verabschiedete Programmatik der Christlichsozialen Partei nach wie vor ein verbales Bekenntnis zu einer potentiellen Sozialpartnerschaft, wie sie dann auch in der Zweiten Republik verwirklicht wurde. Und noch am 18. Jänner 1934 meinte Karl Lugschmayer in einem Vortrag vor den Verwaltungskommissionen der Arbeiterkammern zur "berufsständischen Ordnung": "Bei der berufsständischen Ordnung handelt es sich darum, daß aus dem Bereich der Staatsverwaltung jene Gebiete der Selbstverwaltung von Gewerbe und Industrie übergeben werden, die naturgemäß diesem Bereich zugehören." Aber: "Es handelt sich nicht darum, mit der berufsständischen Ordnung die Demokratie abzuschaffen, d.h. das allgemeine, gleiche, geheime, persönliche Wahlrecht..."

Abschließend ist vielleicht noch darauf hinzuweisen, daß gerade die Umweltdiskussion ganzheitliche Denkansätze erneut ins Spiel gebracht hat. Gerade von dieser Diskussion sind aber auch sehr viele Bürgerinitiativen und andere Träger direkter Demokratie ins Leben gerufen worden, die den demokratischen Entscheidungsprozeß in Österreich belebt und das Demokratieverständnis vieler Bürger geschärft haben. Daß die oft offensichtliche Mißachtung des Wählerwillens allerdings wiederum zu Demokratiemüdigkeit und -verdrossenheit geführt hat, steht auf einem anderen Blatt. Jedenfalls: Ganzheitliche Denkmodelle sind keineswegs von selbst nur antidemokratisch zu realisieren.

## Notizen

## Ein regionales Wirtschaftskonzept — paradigmatisch für die EG?

Am 1. Februar 1985 erörterte Martin Herzog, seit kurzem Wirtschaftsminister des Landes Baden-Württemberg, Grundsätzliches vor dem CDU-Wirtschaftsrat e.V. in Stuttgart. Obwohl er, wohl einem Modetrend nicht ganz berechtigt theorieüber Manager zuliebe die Absicht von sich wies, grundsätzliche Überlegungen anzustellen, verdient sein Vortrag in mehrfacher Hinsicht über die Tagesaktualität hinausreichende Aufmerksamkeit. Gehört doch Minister Herzog zu den innovationsfreudigen Wirtschaftspolitikern, denen zukunftsweisende, auf "high-tech" fußende und die Marktwirtschaft wiederbelebende Maßnahmen im regionalen Rahmen vorschweben. Er könnte zweifellos eine Vorreiterrolle für die Entstehung südwestdeutscher high-tech-Zonen spielen, die ihr Vorbild in Silicon-Valley (USA) haben würden. Das könnte zugleich die Perspektive innereuropäischer Kooperationen zwischen solchen Zonen eröffnen, insofern in Europa auch anderswo, in Frankreich und sogar im Mittelwesten Irlands die Schaffung von Technologieparks mächtig in Angriff genommen wurde.

Der Minister gab sich in seiner kurzgefaßten Analyse der Wirtschaftslage optimistisch. Er bekannte sich zur Notwendigkeit harmonischen Wirtschaftswachstums; er hoffte auf eine Fortsetzung des Inflationsabbaus, auf sinkende Zinsen, — dies nicht zuletzt wegen etwas besserer Ertragslage trotz Umsatzeinbußen — und er prognostizierte die Realisierung von drei Zielgrößen für den Fall, daß die Bonner Haushaltkonsolidierung erfolgreich fortgeführt werde. Er sagte erstens einen exportorientierten Konjunkturaufschwung, zweitens einen leicht verzögerten Innovationssechub und drittens die Erreichung der Vollbeschäftigung selbst bei niedrigen Wachstumsraten voraus. Einen großen Teil dieser Aktivitäten ortete er im Dienstleistungssektor. Bestimmte Unsicherheiten seiner Prognose schloß der Minister dabei keineswegs aus, — allein bei nur 3 %-igem Wachstum bliebe die Lage auf dem Arbeitsmarkt mit allen Konsequenzen immer noch kritisch — und er rechnete auch mit unvorhersehbaren Auswirkungen ungünstiger Tarifabschlüsse oder mit unerwarteten Preissteigerungen.

Welche Grundsätze macht der Wirtschaftsminister in dieser Situation geltend? Wirtschaftswachstum ist für ihn unabdingbar. Ebenso unabdingbar ist für ihn eine Verbesserung wirtschafts- und finanzpolitischer Rahmenbedingungen: Er plädiert für eine Umgestaltung des Steuersystems, um die Wegsteuerung investiven Kapitals zu verhindern, und er rät ab von der weiteren Besteuerung der Spitzenverdiener. Unabdingbar ist für ihn ferner ein umfassender Abbau von Subventionen. Zugleich plant er die dadurch freiwerdenden Mittel bei der umsichtigen Förderung von Unternehmensneugründungen einzusetzen, insbesondere, wenn es um neue, hochentwickelte Technologien geht.

Den vielfach bestätigten Sinn von Technologieparks sieht er dabei in der Verkürzung der Wege zwischen Forschung, Innovation und Business. Solche Parks stellen bei umsichtiger Förderung keinen deformierenden Eingriff in den freien Markt dar; während sie sich um wirtschaftliche Verdichtungsräume scharen, wä-

ren Gewerbehöfe ein Analogon der Parks für nicht verdichtete Räume.

Weitere Forderungen des Ministers waren: eine Exportförderungsoffensive unter Beachtung der Cocom-Liste, infrastrukturelle Verbesserungen, Neuorientierung der gesamten Bildungspolitik bei Beibehaltung des "dualen Systems" sowie Ausbau und Nutzung des Umweltschutzes als Wirtschaftsfaktor ohne die Herstellung später unerträglich werdender Zwänge. Von den Gewerkschaften erwartet er ein flexibles Verhalten angesichts der technologiebedingten Änderungen der Arbeitswelt. Seine grundsätzlichen Erwägungen faßte der Minister schließlich in folgender Formel zusammen: *nebr Marktwirtschaft bei effizienterer Staatswirtschaft*. Ein solcher Auftritt wirkt nicht nur vernünftig, sondern auch ermutigend. Trotzdem müßten Herzogs Einsichten in vielen europäischen Regionen noch Schule machen, bis die praktischen Folgen solcher Einsichten im ganzen EG-Bereich greifen könnten.

Stephanie Kübler

## Aktuelles zur amerikanisch-europäischen Partnerschaft

In einer am 12. März 1985 von der British Chamber of Commerce und der Deutsch-Englischen Gesellschaft organisierten Veranstaltung in Stuttgart sprach Walter Leisler Kiep über das Verhältnis USA-Europa: Wirtschaft und Politik.

In der Einleitung wurde bestätigt, daß Leisler Kiep die Belange des Bundes beim Volkswagenwerk vertrete und darüber hinaus im Auftrag der Bundesregierung häufig in Washington und in Moskau unterwegs sei. Nach der Rede von Leisler Kiep ergriff auch Sir Norman Statham, Präsident der British Chamber of Commerce in London das Wort.

Kiep sprach über die allgemeine Bedeutung des amerikanisch-europäischen Verhältnisses. Er sah in der gegenwärtigen Entwicklung schicksalhafte Tendenzen, die die Zukunft der USA sowie die Zukunft Europas entscheidend beeinflussen werden.

Das Verhältnis zwischen Europa und den USA habe sich verändert, führte er aus. Die Amerikaner gehen von keiner gemeinsamen Geschichte aus, wenn sie über Europa reden. Vielmehr würden Fragen gestellt, wie: Was bringt Europa denn ein? Was sind die materiellen Vorteile, welche technologischen und biotechnologischen Fortschritte gibt es in Europa? Wird sich Europa als Wirtschaftsblock durchsetzen können, oder wird es eine Vielzahl von Nationalstaaten geben, die insgesamt weniger erreichen können?

Nach einer Rekonstruktion der bekannten Entwicklungen der Nachkriegsgeschichte betonte Kiep, was aus Europa werden könnte und sollte: eine Friedensmacht, die mit vollständiger Souveränität die Ideale der Freiheit verkörpern soll. Die Geburtswehen des politisch integrierten Europas dauerten zwar lange und sie seien zwar schwierig, aber das Ziel der politischen Einigung sei von weltgeschichtlicher Bedeutung. Immerhin sei das Überleben Europas nur durch gemeinsames Handeln zu erzielen, was Technologien und Wirtschaft betrifft. Die euro-



päischen Regierungen, die alle allzu national dächten, so auch die Bundesregierung, trügen jedoch eine ernste Verantwortung für die Menschen in Europa. Ohne Zusammenarbeit ginge jedoch gar nichts mehr. Europa bleibt und muß weiterhin auf der Tagesordnung bleiben. Zwischen Großbritannien und der Bundesrepublik gäbe es gelegentlich Irritationen. Die Briten würden zu häufig auf ihre Inselge pochen (Herr Kiep erwähnte dabei die deutschen Interessen in Mitteleuropa leider nicht) und die beiden Regierungen würden abwechselnd "special relations" mit den USA auf bilateraler Grundlage anstreben.

Die Ziele der EG seien noch nicht erreicht worden, sie müßten aber erreicht werden. Kiep sprach nicht ausdrücklich über Lord Carringtons europäische Initiativen auf dem Felde der Außenpolitik, aber er nahm es für das Auswärtige Amt in Anspruch, diese Initiativen vorantreiben zu wollen. Er ging von der Süderweiterung der EG aus und machte deutlich, daß es für ihn nur mit Hilfe der EG möglich erscheine, Europa vor den Folgen der technologischen Fortschritte in den USA und in Asien wettbewerbs- und marktgerecht zu schützen. In Bezug auf die Situation der Wirtschaft in der Bundesrepublik machte er schließlich zwei wichtige Äußerungen: 1. Eine Steuerreform muß dringend kommen. Sie müßte sogar schon heute verwirklicht worden sein. 2. Die Arbeitskosten müssen verringert werden, weil ein Anstieg der Produktion allein die Probleme der Arbeitslosigkeit nicht lösen könnte, solange die Produzenten eher Maschinen als Menschen preiswert einsetzen.

Dr. Chris Terry

## Buchbesprechungen

Heinrich Basilius Streithofen, *OP: Schlüsselwort Frieden. Sehnsucht, Angst und Moral. Edition Interfrom, Zürich 1982. 131. S.*

Den Begriff des Friedens in sozialethischer Sicht betrachten, definieren, darstellen, — diesen Versuch unternimmt der Dominikanerpater Basilius Streithofen in seinem Buch "Schlüsselwort Frieden".

Der Verfasser beschreibt in diesem Zusammenhang immer wieder in beispielhafter Form die fundamentalen Unterschiede einer Demokratie westlicher Prägung (USA, das klassische Land bürgerlicher Freiheiten und konsequent erworbener Bürgerrechte) und den repressiven, totalitären Systemen des Ostblocks (UdSSR, DDR usw.). Die Verwischung dieser Trennungslinien, die Gleichsetzung von Ungleichem, d.h. die Gleichsetzung zweier völlig unterschiedlicher Systeme in ihren Zielsetzungen und ihren Möglichkeiten, diese zu realisieren, kreidet Streithofen besonders der "Friedensbewegung" an. "Voraussetzung für falsches Handeln ist falsches Denken" — lautet dabei sein methodologischer Grundsatz.

Streithofen unterzieht sich allerdings auch der Mühe, die "Friedensbewegung" in ihrer verschiedenartigen Zusammensetzung und Inhomogenität zu untersuchen und diese Merkmale ausführlich aufzuzeigen. Er betrachtet diese Differenzierung als Grundlage einer politisch-ethischen Auseinandersetzung mit der "Friedensbewegung". So gelangt er zu einer analytisch begründeten, theoretisch vertieften, präzise formulierten und vor allem sehr realistischen Beurteilung der "Frie-

densbewegung", wie diese sich tatsächlich darstellt. Er merkt dabei jedoch kritisch an, daß "das Recht zu Protest und Solidarität für den Frieden keine Partei oder Richtung pachten oder einseitig für sich beanspruchen kann."

Untrennbar verbunden mit dem Wirken dieser Gruppen sieht der Verfasser "das Geschäft mit der Angst", mit der Angst, die zu einer neuen politischen Stimmungslage in der Bundesrepublik zu werden droht. Unbegreifliches ermöglichte immer schon seine Dämonisierung. Dies kommt dem Umstand, so Streithofen, entgegen, daß unsere Sicherheitsmentalität ein kompensatorisches Bedürfnis der Aufregung und der Schreckensvisionen erzeugt. Die religiöse Urangst kehrt sich ins politische und kann dort nicht aufgefangen werden.

Eingehend beschäftigt sich Streithofen, gleichsam alte, oft bestätigte Wahrheiten immer wieder in Erinnerung rufend, mit dem Zusammenhang von Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden. Dabei erwähnt er ausdrücklich die Notwendigkeit des Fortbestehens staatlicher Macht (allerdings nur in einem freiheitlich verfaßten, demokratischen Rechtsstaat), um im Rahmen geeigneter ordnungspolitischer Maßnahmen den politischen Zustand des Friedens nach Möglichkeit zu bewahren. Das Recht garantiert dabei die Harmonie von Macht- und Freiheitsansprüchen.

"Die Macht, das Recht und die Freiheit sind konstitutive Elemente des Friedens" — schreibt er. Streithofen betrachtet dies keineswegs abstrakt, er bezieht die menschliche Natur und eine realistische Betrachtung der Ge-

schichte und der Welt stets mit ein. Dabei kommt er zu dem Fazit, daß ein bewaffneter Frieden durchaus zu bejahren sei, da nur "Macht durch Macht in Schach gehalten werden könne". Eine solche Politik entspreche den Grundsätzen der Vernunft und den Erfahrungen der Geschichte.

Streithofen geht bei dieser Betrachtung jedoch noch einen Schritt weiter, indem er betont, daß das Ziel militärischer Verteidigungsanstrengungen ausschließlich der Friedenssicherung dienen dürfe. Er formuliert dabei die verschiedenen Bedingungen, die gerade von einer abschreckenden, nuklearen Verteidigung erfüllt werden müssen.

Das Buch "Schlüsselwort Frieden" beschreibt nicht nur einen Zustand, ange-reichert mit Beispielen aus der Geschichte und Hinweisen auf bedeutende Philosophen. Streithofen wird in imposanter wie gewissenhafter Kleinarbeit seiner selbst gestellten Aufgabe gerecht, den Inhalt, den Umfang, die Korrelationen sowie die verschiedenen Dimensionen und Aspekte dieses Begriffes analytisch zu ermitteln, theoretisch zu erklären und klar darzustellen. Indem er das alles jedoch stets in größere Zusammenhänge einbringt, kommt er zu wichtigen praktischen Konsequenzen für das menschliche Tun und für das politische Handeln im Sinne des Friedens.

Bernadette Eck

Hermann Kahn: *Nachdenken über den Atomkrieg*. Scherz Verlag, Bern-München 1984. 318 S.

Hermann Kahn, der jüngst verstorbene und legendenumwobene Futurologe (Rand Corporation, Hudson Institute)

schrrieb, nunmehr zum zweiten Mal ein ernüchternd intelligentes und zweifellos friedensförderndes Buch über den möglichen kriegerischen Einsatz von nuklearen Waffen, welches nun postum erschien.

Er rehabilitiert darin die wenigstens in einem bestimmten Maße jedem modernen Rüstungsinstrumentarium technische und verwaltungsmäßig innewohnende Vernunft und er stellt konsequenterweise das Primat des Politischen in jeder Kriegsführung wieder her.

Mit unbefangenen, geradezu philosophisch begründeten Realismus kann er daher mögliche Entscheidungsreihen im Zusammenspiel gegnerischer Kräfte modellieren, nukleare Taktiken und Strategien in umsichtig gebauten hypothetischen Szenarios voraussagen und politische sowie sonstige Entscheidungspräferenzen analysieren.

Gleich zu Beginn räumt er deshalb mit den gängigen, oft selbst einer "psychologischen" Kriegsführung entstammenden Vorurteilen und Ideologien auf.

Alsdann betrachtet er mögliche nukleare Kriegsabläufe in ihrer diskreten und durchgehend rückkopplungs- und entscheidungsabhängigen Struktur. Selbst, wenn er die in den USA gegenwärtig entwickelten Weltraum-Antiraketen-Verteidigungssysteme (Strategie Defence Initiative) noch nicht voll berücksichtigt, ließe sich sein Konzept durch solche Systeme mühelos ergänzen.

Kahn behandelt jedenfalls auch die tatsächlichen, im Ernstfall disponiblen Voraussetzungen und Bedingungen nuklearer Auseinandersetzungen in umfassender Weise und er beurteilt den politischen und militärstrategischen Wert der Abschreckung ebenso-

sehr auf dieser Grundlage wie die Wahrscheinlichkeiten, welche verschiedenen möglichen Varianten des Ausbruchs eines Nuklearkrieges anhaften. Er schließt daraus nicht nur auf die nach wie vor hohe Wahrscheinlichkeit des Ausbleibens nuklearer Kriege, sondern auch auf die damit verknüpften Möglichkeiten der Risikosteigerung für Angreifer durch Ausbau des Zivilschutzes sowie auf die vernünftige Vermeidung nuklearer Kriege durch völkerrechtlich verbindliche Verträge und auf ihre Einhaltung hin kontrollierbare Vereinbarungen. Kahns Buch ist mit seinem Optimismus jedem dringend zu empfehlen.

Ladislaus Barlay

Jürgen Schwarze – Roland Bieber (Hrsg.): *Eine Verfassung für Europa. Von der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Union. Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1984. 631 S.*

Die europäische Integration kommt seit Jahren nicht mehr voran; teilweise gewinnt man den Eindruck, daß die Entwicklung rückläufig ist. Der Nationalismus treibt in den Mitgliedsstaaten wieder neue Blüten. Nicht nur die Regierungen, auch die Bevölkerung scheint allenthalben Identifikationsprobleme mit der Idee der politischen Integration Europas zu haben, wie die geringe Beteiligung bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 1984 gezeigt hat. Eine neue Initiative war nötig und wurde vom Europäischen Parlament mit der Verabschiedung eines Verfassungsentwurfes für Europa ergriffen. Fraglich bleibt jedoch, ob dies ausreichen wird, um machtpoliti-

sche Schubkräfte freizusetzen, die Europa aus der Krise führen können. Seit Beginn der europäischen Integration gab es immer schon Bestrebungen, der Gemeinschaft eine Verfassung zu geben. Aber alle bisherigen Versuche scheiterten; sie scheiterten an der faktischen machtpolitischen Einstellung der einzelnen Mitgliedsstaaten. Meist wurden solche Verfassungsentwürfe als bloße Zukunftsmusik betrachtet und man behauptete, die Zeit sei für einen solchen Schritt noch nicht reif. Man wollte im Wege der fortschreitenden Integration nicht den letzten Schritt vor dem ersten tun. Die Gefahr schien groß, daß auch der neue Verfassungsentwurf bald von den Redeflutten der Politiker weggespült sein würde. Doch der damalige Ratspräsident, der französische Staatspräsident Francois Mitterand brachte seine Entschlossenheit zum Ausdruck, die politische Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft zu steigern. Mit dazu beitragen sollte die Einbeziehung des Entwurfes einer europäischen Verfassung. Diese Ausführungen Mitterands zeigen, daß es offensichtlich nur noch wenige Möglichkeiten gibt, die europäische Integration voranzutreiben.

Die Schwierigkeiten, die sich nun zwangsläufig bei der Schaffung einer Europäischen Verfassung stellen werden, analysiert das vorliegende Buch. Es enthält Beiträge führender europäischer Verfassungsjuristen.

Einleitend wird zunächst die Verfassungsentwicklung in der Europäischen Gemeinschaft untersucht. Auffallend ist die Vielzahl von Reformvorschlägen, die niemals Beachtung fanden. Warum dies so ist, wird durch die weiteren Ausführungen von Lord Bridge of Harwich, J.-P. Jacque und H.P. Ipsen beleuchtet, die das Verfassungspro-

jekt aus der Sicht unterschiedlicher nationaler Verfassungsstraditionen betrachtet. Ist es bereits für die nationale Verfassungsrechtslehre schwierig, den Begriff und die Eigenart der staatlichen Verfassung exakt zu bestimmen, ist evident, welche Schwierigkeiten sich über den nationalen Rahmen hinaus ergeben werden. Die Europäische Union ist eine föderative politische Entscheidungs- und Wirkungseinheit imaginären Charakters und kein geschichtlich gewachsener Staat, wie es jeder einzelne Mitgliedsstaat ist. Deshalb braucht eine Europäische Union in all ihren Grundzügen "eine Erklärung, eine Rechtfertigung, eine widerspruchsfreie Logik". Mit dieser Aussage trifft der Verfassungsrechtler Werner von Simson ein Kernproblem. Denn gerade durch die unterschiedlichen Verfassungsstraditionen innerhalb der Gemeinschaft erscheint es schwierig, eine Verfassung hervorzubringen, die diesen Vorgaben gerecht werden könnte. Zeigt doch auch der Verfassungsentwurf des Europäischen Parlaments, daß mit Kompromissen nicht gespart wurde. Tagesorientierte Problemsichten und unklare Kompetenzabgrenzungen tauchen allzuoft auf. Um eben die Fragen, nämlich wie weit eine Europäische Verfassung reichen soll, wie sie inhaltlich konzipiert werden müßte, kreisen die Arbeiten der Autoren im vorliegenden Band. Die Debatte darüber, wie man zu einer Europäischen Union gelangen könnte, wird durch dieses Buch nachhaltig unterstützt. Es bietet eine Fülle von Anregungen, Hinweisen und weiterführenden Fragestellungen und ist somit geeignet, die Diskussion über die Entwicklung Europas voranzubringen. Besonders zu erwähnen ist noch der um-

fangreiche dokumentarische Anhang, der einen guten Überblick über die bisherigen Reformbemühungen gibt.

Gunther Eiss

Dennis Campbell - Winifred Hepperle (ed.): *The U.S. Legal System - A Practice Handbook*. Martinus Nijhoff Publishers, Den Haag 1983. 319 S.

Ein erfreuliches, zeitgemäßes Kurzlehrbuch für kontinental-europäische Juristen und Wirtschaftspraktiker hat Nijhoff über das Rechtssystem der USA herausgegeben. Erforderlich ist dies schon lange, insbesondere seit die wirtschaftliche Verflechtung Europas mit den USA immer weiter fortschreitet, die USA eines der bevorzugten Investitionsziele der Europäer sind und somit für immer mehr Rechtsberater vom europäischen Kontinent, die nicht das Produkt juristischer Ausbildung "Made in USA" sind, die Notwendigkeit besteht, sich intensiver mit dem amerikanischen Rechtssystem zu befassen - selbst dann, wenn amerikanische Korrespondenzanwälte eingeschaltet sind. Ehemalige und Lehrkräfte einer mit europäischen Unterrichtsprogrammen ausgestatteten US-Rechtsfakultät, die dankenswerterweise sehr praxisorientiert sind, haben unter der Koordination der Herausgeber einer aus elf Kapiteln bestehendes Kurzlehrbuch verfaßt. Es enthält die notwendige Einführung in amerikanisches Recht, einen Führer durch die juristische Ausbildung sowie das im US-Recht besonders wichtige Kapitel über den Zugang zu den Rechtsfällen, die oft auch Rechtsquellen sind. Gerichtsorganisation und die Grundsätze des Prozeßrechts sowie ein Kurzaßatz über die

Rollen der verschiedenen Gerichtspersonen runden den allgemeinen Teil ab. Die spezifischen Rechtsgebiete wie der Zugang zum Zivilrecht sowie der "Konflikt zwischen den Rechtsgebieten" werden breit abgehandelt. Verfassungsrecht, Schuldrecht/Vertragsrecht, sowie das amerikanische Handelsrecht bilden weitere Schwerpunkte, wie auch das in den USA besonders stark herausgebildete Recht der Produzentenhaftung und - wen wundert dies für ein Land mit einer immens großer Fläche - Immobilienrecht. Des handlichen Buchs einzelne Kapitel sind ausführlich mit Quellenhinweisen für mögliche spätere Vertiefungen versehen. Erfreulich an der Struktur und auch dem Inhalt sind die kurzen, übersichtlichen und gut strukturierten Unterkapitel innerhalb der einzelnen Lerneinheiten.

Die wirtschaftliche Interpenetration zwischen Europa und den USA erfordert ein intensiveres Wissen vom jeweiligen Partner. Nijhoff ist dabei ein guter Wurf gelungen, und es bleibt zu hoffen, daß es für amerikanische Juristen und Wirtschaftspraktiker etwas ähnliches über Europa gibt.

Ernst Löffler

Karlbeinz Reiff (ed.): *Ten European Elections. Campaigns and Results of the 1979/81 First Direct Elections to the European Parliament*. Gower, Aldershot 1985. 223 S.

Wer 1984 aktiv die Kampagne der zweiten Direktwahl zum Europaparlament mitgemacht hat, wird ein gewisses Gefühl der Nostalgie für die Studie

eines Europäischen Forscherteams nicht verbergen können, allerdings insgesamt, wenn man die Lektüre qualifizieren soll, ein positives Gefühl. In zwölf kurzen und kompakt geschriebenen Artikeln zeichnen die Autoren ein kurzes aber bündiges, wenn auch nicht immer allzu genaues Bild der Vorbereitung und auch des Ergebnisses der Europäischen Parlaments interessiert, wird eine Fülle von Namen, die schon 1979 oder auch vorher eine europolitische Bezugsperson darstellten, wieder finden, und es wird einen historisch manche Konstellation und manches Machtverhältnis im Europäischen Parlament und seinen heutigen Fraktionen klar. Erfreulich ist die politische Praxisnähe in den Länderberichten, die freilich manchmal auch große Subjektivität beinhalten mag. Der europäisch engagierte Verlag Gower - insbesondere in Großbritannien ist seinen Publikationen weite Verbreitung zu wünschen! - macht sich wieder einmal verdient mit dem einfach, aber ansprechend aufgemachten Aufsatzwerk, das von einem auf die notwendige Kürze reduzierten Tabellenwerk zu den Resultaten EG-weit, national und regional abgerundet wird.

Ernst Löffler

Jean-François Revel: *So enden die Demokratien*. Piper Verlag, München 1984. 408 S.

Der Autor des Bestsellers "Die totalitäre Versuchung", der französische Sozialist Revel gehört ebenso wie der unlängst verstorbene Raymond Aron zu jener Species von stets der wissen-

schaftlichen Lehre verbundenen politischen Publizisten, die ihre Herkunft auf das große Jahrhundert der "enclaireissement" zurückführen kann und die in deutschen Ländern so schmerzlich (und so folgenschwer) fehlt. Wie Aron, so wendet sich Revel ebenfalls einem – im Keime seit Platon bekannten – Thema zu, das allmählich zum wesentlichsten Konflikt zwischen schutzlos agierenden Demokratien und den sowohl in ihnen selbst lauernden als auch sie von außen angreifenden oder zumindest bedrängenden Formen der Tyrannei wird.

Revel sieht die Chancen für die tragenden politischen Kräfte der Massendemokratien an der Schwelle zur post-industriellen Gesellschaft als beträchtlich an, diesen Konflikt für sich zu entscheiden. Allerdings nur, wenn die ursprünglichen geistigen Dispositionen der Nationen, die aufgrund einer Bejahung von Freiheit, Recht, Gerechtigkeit und Solidarität die Demokratie zu ihrer für den Normalfall vorgesehenen politischen Herrschaftsform machten für diese Konfliktbewältigung rekonstruiert werden und wenn die innere wie äußere totalitäre Herausforderung auf allen Ebenen der Politik mit geeigneten Maßnahmen konfrontiert wird.

Revel argumentiert dabei in bewußt abstrakt gehaltener Schärfe und er scheut keine Schock-Effekte, um angesichts der Expansionsphase der einzigen, gegenwärtig weltweit gefährlichen Tyrannei, der des Sowjetkommunismus sozusagen ein negatives Bild mit Sicherheit zum Untergang geweihter Demokratien als Fiktion zu entwerfen und dieses Bild mit dem Zustand unserer Massendemokratien zu vergleichen. Da er dieses Negativbild nicht von sowjetischen Wunschgegner-Vorstellungen herleitet, sind seine Diagnosen stellen-

weise tatsächlich alarmierend – sie markieren wirkliche Selbstgefährdungen, die vor allem die europäischen Massendemokratien erzeugen und die im Konflikt mit dem Sowjetkommunismus erst verhängnisvoll werden könnten.

Revel weiß, wovon er redet; bestehende Detailkenntnis, übergreifende Theorien und Modelle und eine humanistische Ethik kennzeichnen sein Instrumentarium. Nach einer Analyse des inneren Selbstgefährdungspotentials jeder modernen Demokratie kann er so der Reihe nach das kommunistische Weltbürgerkriegskonzept und dessen Taktiken analysieren und als Kontrast dazu zu entwerfen, was Demokratien angesichts dieser Taktiken auf keinen Fall tun dürften. Sein Epilog für den deutschen Leser, den er vor links- und rechtsextremistischen Ideologien und vor neutralistischen Illusionen warnt, kann nicht genug hochgeschätzt werden.

Ladislav Barlay

Alan Wood (ed.): *The Times Guide to the European Parliament 1984*. Times Books Ltd., London 1985. 287 S.

Die ehrwürdige Zeitungsinstitution "The Times" erwarb sich ohne Zweifel europäische Verdienste für den Willen, einen Führer für das zweite direkt gewählte Europaparlament herauszugeben. Alan Wood als Chef des "Parliamentary Staff" war dabei der prädestinierte Herausgeber. Von europäischen Verdiensten des Londoner Verlages ist deshalb die Rede, weil Großbritanniens Wahlbeteiligung enttäuschend niedrig war. In einer gewissen "Kraut- und-Rüben"-Folge wird der Leser mit

Daten, Fotos, Kurzbeiträgen überhäuft. Sie alle zeugen vom guten Willen, lassen allerdings das Inhaltsverzeichnis zu einem überragenden Werkzeug zum Verständnis des Buches machen. Eine Liste der Gewählten, der nationalen Parteien, der Ausschußzugehörigkeit, eine "Fotogalerie" der Europaabgeordneten, eine Aufstellung der Wahlergebnisse in den zehn EG-Mitgliedsstaaten und Ausschnitte aus den Wahlplattformen der europäischen Parteienbünde bzw. der britischen Parteien sind der wohl eher dokumentarische Teil des Buches. Er weist im Finis eine Schwäche auf: So sind Namensschreibungen mehrfach unkorrekt wiedergegeben, so sind Übersetzungen manchmal schlichtweg falsch, sofern sie etwa aus dem biographischen Bereich der Abgeordneten kommen. Wenn etwa von der deutschen CDU/CSU-Nachwuchsorganisation, der "Jungen Union", die Rede ist, heißt das gelegentlich bei Times Books Ltd. "the boys' union"...

Es wäre gut gewesen, wenn außer sicherlich unter Zeitdruck stehenden Journalisten wirkliche Insider oder Wissenschaftler eine korrigierende Hand am Schluß mitangelegt hätten. Auch die Artikelbeiträge der Mannschaft der Times über die Wahlkämpfe in den einzelnen Staaten der EG sind manchmal etwas ungenau, aber im großen und ganzen geben sie die Stimmung korrekt wieder. Eine Zusammenfassung über das Parlament 1979-1984 von George Clark, dem ehemaligen Europakorrespondenten der Times schließt sich an, aber auch hier fällt auf, daß zwar viele kleine Begebenheiten, aber nicht unbedingt die wichtigsten Abstraktionen geboten werden, wenn man von Beispielen und Kasuistik absieht. Dennoch: ein brauchbares Resümee. Das gleiche gilt in etwa für

die Einführung in die neue Sitzungsperiode, Alan Wood's Berichterstattung über die erste Sitzungswoche im Juli 1984 in Straßburg. Aber von Journalisten sollte man keine politikwissenschaftliche Exkurse erwarten, sondern populär geschriebene, verständliche Aufsätze. Und insoweit hat der Sampler der Times natürlich etwas geschafft, was in anderen EG-Ländern nicht existiert. Dies ist ein Grund, um den Gentleman am Londoner Golden Square herzlich zu gratulieren – trotz aller Details, die aber in einer Folgeauflage, die sicher kommen wird, ausgemerzt werden können.

Ernst Löffler

Rudolf Wedekind MdEP: *Plädoyer für das europäische Fernsehen*. Verlag Leuenhagen & Paris, Hannover 1983.

Die bittere Feststellung, daß die Kulturhoheit der deutschen Bundesländer nicht einmal in 36 km Höhe eine Grenze findet, ist bezeichnend für die Problematik, die Rudolf Wedekind in seinem Buch beleuchtet. Wenn die Kleinkariertheit deutscher Medienverantwortlicher nicht einmal nationale Lösungen ermöglicht, wie sieht es dann erst mit der europäischen Einigung auf dem Bildschirm aus?

Prof. Dr. Wilhelm Hahn MdEP stellt in dem Vorwort zu Wedekinds Buch fest, warum ein gemeinsames europäisches Fernsehen so wichtig ist: Weil nur so bei den europäischen Bürgern das nötige Bewußtsein für die Zusammengehörigkeit Europas geschaffen werden kann, ohne daß Fortschritte im Einigungsprozeß nicht zu erzielen sind.

Der Autor will natürlich nicht "nur" ein europäisches Fernsehen, einen Kanal, der Informationen über Europa

und europäische Politik verbreitet. Er ist ein entschiedener Verfechter der Meinungsvielfalt, legt allerdings Wert darauf, daß die europäischen Politiker die Möglichkeit, sich des Mediums Fernsehen in adäquater Weise zu bedienen, nicht in kleinlichen Detaildiskussionen verschlafen.

Natürlich stellt Wedekind wie jeder freiheitlich gesinnte Medienexperte, dem unser öffentlich-rechtliches Quasi-Staats-Fernsehen ein Dorn im Auge sein muß, seinen Ausführungen die Kritik an der Vorstellung, die Bundesrepublik könne eine ausgetrocknete Insel im Informationsmeer bleiben, voran. Er macht dem Leser auch klar, wie politisch höchst bedenklich die von vielen gewünschten Ländergrenzen für Satelliten sind. Seine Freude darüber, daß solche Beschränkungen, die das Gebot der Informationsfreiheit mit Füßen treten, von den technischen Möglichkeiten einfach weggewischt werden, ist zwischen den Zeilen deutlich herauszulesen.

Diese engagierte Streitschrift macht es klar: Es fehlt nur noch an der politischen Entscheidung. Die technischen Voraussetzungen sind gegeben, die journalistischen Voraussetzungen können problemlos geschaffen werden. Das Buch ist ein Anstoß, um etwas mehr Dynamik in den zähen politischen Entscheidungsprozeß zu bringen.

Neben diesem Plädoyer hat Wedekind auch eine umfassende Dokumentation erstellt. Der größte Teil des Buches besteht aus einer Bestandsaufnahme der politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen, statistischen und technischen Sachverhalte. Der Leser hat so die Möglichkeit, sich in die komplizierte Problematik einzuarbeiten.

Heiner Wehn

Vance Packard: *Verlust der Geborgenheit*. Scherz Verlag, Bern-München 1984. 351 S.

Vance Packard ist einer der qualifiziertesten und originellsten Sozialpsychologen der Gegenwart. Seine früheren Bücher wie etwa "Die geheimen Führer" sind wissenschaftliche Klassiker und Bestseller zugleich.

Diesmal nimmt er eine bestimmte Auswirkung der gegenwärtigen Krise der Institution Familie unter die Lupe: er fragt danach, wie die genannte Krise von der Kindererziehung bewältigt wird und welche Folgen es für die psychische Konstitution heranwachsender Generationen hat, wenn diese Krisenbewältigung scheitern sollte. Packard rekonstruiert dabei zuvor emanzipatorisch weggefegte Entwicklungs- und Erziehungsnormen des Kindesalters, und zwar als die einzigen Verbindlichkeiten, die nachweislich vor Deformationsfolgen der Entwicklung des Kindes schützen können; so rehabilitiert er bis zu einem gewissen Grade die Rolle der Mutter und die des Vaters und er tut das argumentativ wie empirisch äußerst überzeugend.

In drei großen Kapiteln faßt er alsdann die Kinderfeindlichkeit der Gegenwart zusammen: in einem über nicht-kindergerechte Umwelt (Institutionen, Technologie, Wirtschaft, Schulwesen usw.), in einem weiteren über die erzieherischen Nachteile der Berufstätigkeit der Mütter und schließlich in einem über die seelischen Auswirkungen der Ehescheidungen auf die betroffenen Kinder. Packard prüft alsdann die erzieherischen Implikationen neuer Familienformen (oder Ersatzformen der Familie) wie Single-Elternhäuser, gemischte Familien und sonstige "alternativen" Symbiosen. Zuletzt entwirft er einen Katalog von Anforderungen an Eltern,

die erziehungsreif wären und an eine "kindergemäße" soziale Umwelt. Er tut dies, weil er fest davon überzeugt ist, daß allein die Krise der Institution Familie uns noch nicht aus der Pflicht entläßt, etwas gegen die zu erwartenden geistigen Deformationen und psychischen Leiden heranwachsender Generationen zu unternehmen.

Ladislaus Barlay

Lotter-Meyers-Treptow (brsg.): *Marx-Engels-Begriffslexikon*. Verlag C.H. Beck, München 1984.

Wer mit Marxisten diskutiert bzw. wer deren Argumente aus zweiter Hand (und meistens unverstanden) an den Kopf geworfen bekommt, der wird sehr schnell an einen toten Punkt gelangen, von dem aus mit der Logik des gesunden Menschenverstandes nicht mehr weiterzukommen ist. Da die marxistische Ideologie davon lebt, daß sie unbewiesene Behauptungen als unumstößliche Grundsätze darstellt und alle weiteren Folgerungen als in diesen Grundsätzen begründet ansieht, muß man etwas tiefer einsteigen. In diesem Aufbau des Marxschen Werkes ist auch der Grund dafür zu suchen, warum seine Thesen oft so schlüssig klingen und deshalb von mehr oder weniger ehrlichen, auf jeden Fall weltfremden Weltverbesserern so gerne übernommen werden.

Nun kann man es niemandem zumuten, daß er das gesamte "Kapital" durchhackert, nur um Munition für eine gelegentliche Diskussion parat zu haben, weil er nur auf diese Weise die gedanklichen Grundfehler des Marxismus entlarven könnte. Hier schafft das Marx-Engels-Begriffslexikon Abhilfe,

da es in relativ kurzgefaßter Form stichwortartig die wichtigsten Thesen beleuchtet und einem so die Möglichkeit vermittelt, dagegen zu argumentieren.

Der Verlag hat das Buch zwar als "Arbeitsinstrument für die Beschäftigung mit den Werken von Marx und Engels" ausgelobt, mir scheint jedoch, es ist besonders gut dafür geeignet, diese Beschäftigung zu substituieren. Man kann seine Zeit schließlich sinnvoller einsetzen.

Heiner Wehn

Detlef von Appunn - Hans-Joachim Röder: *Nicaragua, Revolution ohne Ende*. Mundis Verlag, München 1984.

Das marxistische Regime in Nicaragua genießt in der Bundesrepublik vor allem im linken Lager, aber nicht nur dort, starke Sympathien. Dies kommt auch in der Berichterstattung und im Buchhandel zum Ausdruck, in dem pro-sandinistische Literatur in Hülle und Fülle angeboten wird. Eine der wenigen Ausnahmen verdient deshalb besondere Erwähnung: "Nicaragua, Revolution ohne Ende" von Detlef von Appunn und Hans-Joachim Röder. Beide Journalisten mit langjähriger Erfahrung in Nicaragua, Mittel- und Südamerika schildern aufgrund zahlreicher Recherchen im In- und Ausland (vor allem natürlich in Nicaragua und den benachbarten Ländern), wie es seit 1979 zu immer mehr Menschenrechtsverletzungen im Lande gekommen ist. Detailliert und glaubwürdig kommen unbestechliche Zeugen zu Wort, die über Folter, politische Morde, ideologisch motivierte Verfolgungen im leid-geprüften Nicaragua nüchtern berich-

ten. Während ähnlich wie im gesamten kommunistischen Ostblock die Bevölkerung unter Mangelwirtschaft zu leiden hat, etabliert sich eine neue sandinistische "neue Klasse", die in Saus und Braus in den alten Somoza-Villen lebt, einträgliche Posten an Verwandte und befreundete Genossen in einer Vetternwirtschaft ohnegleichen verteilt und das Land in eine sowjetische Militärbasis verwandelt, unter Zuhilfenahme kubanischer, DDR- und anderer "Experten". Ein sehr lesenswertes Buch.

*Xing-Hu Kuo*

*Fred Hoyle: Das intelligente Universum. Umschau Verlag, Frankfurt a.M. 1984. 256 S.*

Der Autor galt für lange Zeit als ein besonders uneinsichtiger Kosmologe, der noch in den 50-er Jahren letztlich an der Raum-Zeit-Lehre der Newtonschen Physik festhielt und dementsprechend ein sog. steady-state-Modell des Universums verkündete. In diesem hatten ständige Schöpfung und ebensolche Vernichtung von Materie die Balance gehalten. Hoyle fand, nachdem er sich so gründlich diskreditierte, wissenschaftlich erst wieder Akzeptanz, als er zur Bestätigung konkurrierender Modelle beitrug. Trotzdem ist der zweite Teil des vorliegenden Bandes, einer Mischung aus naturphilosophischer Heuristik und simplem Sachbuch, der Diskussion einer Neuauflage des steady-state-Modells gewidmet, wohl sehr zum Nachteil des ernsthaft interessierten Lesers. Hoyles Schwierigkeiten sind an diesem Punkt nämlich nicht geringer geworden. Die Schöpfung von Masse aus Strahlung (in

der Mitte des Universums) vermag er nach wie vor nicht zu erklären, während die Beweglichkeit des Universums (z.B. Entstehen und Vergehen sowie Ortsveränderung von Galaxien) auch ohne solche ständige "Nachschöpfung" aus dem Nichts erklärbar sind (z.B. mit Zuhilfenahme im einzelnen kleiner, dennoch insgesamt beträchtlicher Neutrino-Massen). Diese ständige Nachschöpfung von Masse ist obendrein mit der Äquivalenz von Masse und Energie zwar vereinbar, nicht aber mit der relativistischen Raum-Zeit-Lehre. Hoyles Neuerung besteht darin, daß er endlich die Expansion des Universums anerkennt und sie zum Maßstab "nachgeschöpfter" Massen macht. Auch den explosionsartigen Urknall kann er nicht verwerfen, allerdings dergestalt, daß er anstelle eines einzigen Urknalls eine Reihe nicht welterschaffender, partieller Großexplosionen voraussetzt, etwa nach dem Muster der Quasarenaktivitäten. Daß ein Urknall solche Großexplosionen nicht auszuschießen braucht, scheint ihm allerdings zu entgehen. Auch diese Neuaufgabe des steady-state-Modells stößt auf unlösbare Schwierigkeiten: sie kann die Entstehung der Helium-Masse des Weltalls (aus Wasserstoff) nicht erklären und die von Hoyle beargwöhnte Theorie der kosmischen Hintergrundstrahlung (als Spur des Urknalls) ist auf ihre Voraussagekapazität hin nach wie vor ungeprüft.

Der erste Teil des Buches ist zweifellos informativer, wenngleich wesentlich weniger originell. Hoyle läßt dabei die bekanntesten Argumente Revue passieren, die der (ohnehin punktualistisch abgeschwächten) Evolutionshypothese einen bescheidenen Rang im System der Biowissenschaften zuweisen. Selbst

hier bleibt Hoyle äußerst problematisch: seine Idee eines "Informationsdrucks" aus der Zukunft (etwa zulässigen zeitunggekehrten Lösungen der Maxwell'schen Gleichungen der Elektrodynamik entsprechend) ist gerade biologisch belanglos, solange sie ohne Bezug auf Fließgleichgewichte, auf irreversible Prozesse, auf Entropie oder auf Negentropie bleibt. Dagegen ehrt es ihn, daß er die kosmologische Wichtigkeit des Sachverhaltes erkennt, wonach organische Moleküle und Mikroorganismen in geeigneter Hülle verpackt kosmischen Strahlungen sehr wohl unbeschadet standhalten. Seine originelle Hypothese steht damit in engem Zusammenhang: die kosmische Hintergrundstrahlung ginge auf die Aktivität organischer Moleküle in der interstellaren Materie zurück. Dagegen ist seine Erklärungshypothese, wonach das irdische Leben aus weit entfernten Regionen des Universums stammt, ferner von Meteoriten und Kometen transportiert wird, ebensowenig originell (freilich nicht falsch) wie die Überlegung, die Wahrscheinlichkeit für die Entstehung des Lebens inmitten rein zufälliger Ereignisse sei im Rahmen der Erdgeschichte verschwindend gering. Bedauerlicherweise fällt Hoyle nicht ein, daß die entsprechende Wahrscheinlichkeit auch bei nicht rein zufälligen Ereignissen immer noch zu gering wäre. Hoyles Vorliebe für die Vision eines Weltalls, in dem Information von Lebendigem und durch Lebendiges durchgehend verbreitet wird, ist kosmologisch nicht zu unterschätzen. Sie fielen allerdings überzeugender aus, wenn Hoyle eine physikalisch befriedigende Erklärung (oder Begründung) dessen zu geben wüßte, was er unter Zeitschleife versteht. Bei alle-

dem ist seine Kritik an den dümmlischen Mystifikationen des Evolutionismus von unschätzbarem Wert.

*Ladislaus Barlay*

## Summaries

### European Media Policy – European Union Intent on Trial

by Professor Wilhelm Hahn, D.D., MEP.

*The employment of media is necessary for democratic political processes in contemporary Europe. Television plays a very important role among these media. In the opinion of the author political integration in Europe must accord with integrated media in Europe. European Parliament already introduced a new media policy in 1982. At this time a European satellite program had already been planned and the European Commission was asked to complete a report as a basis for decisions. Subsequently the European Parliament consulted TV-experts on several levels, especially in the broadcasting houses. At the same time European Parliament turned its attention to several specific problems such as determination of satellite zones, technical standardizing, cable-programs etc. In the meantime the European Commission completed two reports on this subject: an interim report and a "green-book". These reports constitute a favourable basis for further developments and discussions.*

### The German "Green Movement" and Its Policies in Europe

by Professor Werner Münch, Ph.D. MEP

*At present the "Greens" hold mandates at all political levels in Germany. After the last European elections they entered the European Parliament too. In the first part of his study the author describes the main political principles of the "Green Movement". He shows, that this movement plays the role of a party in many respects without becoming a real party. The "Greens" are heterogeneous, they reject representative government, and they will not accept political responsibility for decision making, but they want to remain a non-parliamentary opposition. The author points out the dangerous implications of "green" policy such as affirmation of violence, restriction of liberties, rejection of the democratic majority principle, sympathies for terrorism, pressing for anti-NATO and anti-US policies.*

*In the second part the author describes the electioneering tactics of the "Greens" in the last elections for the European Parliament. He shows, that the "Greens" are not capable of comprehending what Europe is about. He also analyzes the biographies of the seven "green" members of the European Parliament with particular reference to their relationship with political extremism. Describing the political activity of the "Greens" in the European Parliament the author*

*demonstrates, that "green" policy is under the influence of Marxism and that "green" policy can be defined as an element in the worldwide Marxist "anti-imperialistic" struggle.*

### Germany – Divided Nation in Europe

by Florus A. Wijzenbeek MEP

*The author presupposes the existence of two sovereign German states. Nevertheless he knows that despite high degree of integration the "German Question" cannot be denied. He regards the German desire for unification with favour, but he warns against the lure of neutralism in Germany. He thinks that increasing the attraction of the European Community for Germany is the best way to counterbalance German neutralism.*

### Philosophical Explanation of the Contemporary Concept of Work

by Professor Kurt Hübner, Ph.D.

*The author is well-known for his book "Critique of Scientific Reason" (London-Chicago 1983). Here he investigates the several paradigmatical concepts of human work, and he shows that these concepts frequently overlap at the present time.*

*Mythical concept of work implies a human imitation of divine creativity. The Christian concept of work is also sacred, but it interprets work as suffering, which can become a penance. Moral concept of work presupposes freedom and it suggests a fulfillment of a moral imperative in order to avoid guilt; moral imperative makes of work a pursuit of happiness or obligation for self-preservation. The anthropological concept of work postulates work as a self-realization of free and independent individuals. Finally, the technological-economical concept of work has the following characteristics: work is based on scientific knowledge; it is an exacting process and it has to do with machinery; it is directed towards permanent progress; it proceeds from a formal rationality; its purposes are quantitative and material. Economics is in principle a means to an end for this kind of work. Industrial society comes to terms with existence through these technological-economical notion of work.*

*The main values significant to earlier concepts of work are not necessarily destroyed by technological-economical concepts of work. Although some theses of the environmental critique on industrial society are at least partially true, the total denial of the technological-economical concept of work is wrong and there are no valid arguments to reject the assumption that free-market economy is an adequate condition for this concept. Such a denial has its roots in ignorance.*

### Radicalism and Extremism

by Ladislaus Barlay, Ph.D.

*Radicalism is a species of political thought and action which totally realizes an abstract aim within a finite interval of time without regard to any other circumstances. It can be influenced by certain ideologies, but it is primarily directed by its own abstract aim and in the last analysis it doesn't depart from the stable domain of liberally constituted legal order. Radical political action can provide a significant impuls to renew such an order.*

*On the other hand extremism constitutes an abuse of political liberties. It employs radical and non-radical actions in order to achieve totalitarian aims which are incompatible with liberty and the legal order. The ideological intention of extremism cannot be established through valid information and it is anti-religious. It operates by virtue of replacing information and belief. Therefore it permits easy access to acts of violence and terrorism by undermining conscience.*

### Are Holistic Models in Policy Necessarily Antidemocratic?

by Ernest F. Enzelsberger

*Holistic concepts belong to the most important means of contemporary thought in science, economy and politics, ever since cybernetics and systems theory have been applied on a broad scale. The question is whether this concept implies anti-democratic thinking. That is not true of genuine results of the thinking about wholes and systems in philosophy, mathematics and cybernetics. Sociological and political applications of these results are, moreover, normally connected with democratic procedures. There are also some attempts to think about wholes which cannot be unequivocally interpreted. This circumstance has led to both democratic and non-democratic inferences in politics.*

*Such ambiguity characterizes the holistic social philosophy of the Austrian thinker Othmar Spann (1878-1950), who has revitalized the old idea of corporate state (Ständestaat). The Austrian chancellor Dr. Dollfuß, who promoted the transformation of the democratic constitution into an authoritarian one, was an admirer of Spann's theory. But he was not totally antidemocratic, and Spann's theory allows single corporative structures by affirming democracy in general. Spann was in fact a critique of Dollfuß's new constitution. On the other hand another Austrian chancellor, Ender was also an admirer of Spann's theory, but he wanted to achieve a corporate state only in a long term democratic way. Finally, the Linz-program of the Austrian Christian Workers Federation, written by Professor Lugmayer, was also oriented on the basis of holistic social philosophy, and it was clearly democratic.*



**LIBERTAS**

Europäische Zeitschrift - Revue Européenne - European Review  
ISSN 0341-9762

Herausgeber/Editeur/Publisher: Hans-Jürgen Zahorka, MdEP  
Chefredakteur/Redacteur en chef/Editor-in-chief: Dr. Ladislaus Barlay

Redaktionsbeirat/Board of editors: Phil Bradbourn, Ernest F. Enzelsberger, Knut Görich, Claus-Peter Grotz, M.A., Juan Angel Inoriza, Prof. Dr. Roberto Mayorga, Reinhard Stuth, M.A., Dr. Christopher Terry, Heiner Wehn.

Auszüge von LIBERTAS-Beiträgen werden veröffentlicht in/Abstracts of LIBERTAS articles are published in: SOCIOLOGICAL ABSTRACTS(SA); SOCIAL WELFARE, SOCIAL PLANNING/POLICY & SOCIAL DEVELOPMENT (SOPODA).

Libertas Verlag

Hintere Gasse 35/1

D-7032 Sindelfingen

Tel.: (0) 7031/81855; Telex: 7265320

Bankverbindung/Bank account:

213 740 001 Volksbank Sindelfingen (BLZ 603 901 30)

LIBERTAS erscheint viermal jährlich. Gegründet August 1976.

Preis des Einzelheftes: 3.50 ECU oder 8.-DM,

Jahresabonnement: 13.- ECU oder 30.-DM.

Alle Copyright-Rechte vorbehalten.

LIBERTAS is published as a quarterly. Founded August 1976.

Single copies: 3.50 ECU or 8.-DM,

annual subscription rate: 13.- ECU or 30.- DM.

All rights reserved.

**ABONNEMENTS / SUBSCRIPTIONS**

Abschneiden und senden an/Découper et envoyer à/Detach and send to:  
LIBERTAS, Hintere Gasse 35/1, D-7032 Sindelfingen

Ich möchte LIBERTAS abonnieren. Jahresabonnement 30.-DM/Je désire m'abonner à LIBERTAS. Abonnement annuel 30.-DM/ I want to subscribe to LIBERTAS. Annual subscription rate 30.-DM.

.....Scheck liegt bei/Ci-joint un cheque/A cheque is enclosed

.....Schicken Sie Rechnung/Envoyer une facture/Please send an invoice

.....Betrag wurde überwiesen/Le montant a été vire au compte bancaire/The amount was transferred to bank account  
213 740 001 Volksbank Sindelfingen (BLZ 603 901 30),  
D-7032 Sindelfingen.

Name/Nom .....

Adresse/Adress.....

Datum/Date.....Unterschrift/Signature.....

# **sociological abstracts**

online and print editions are  
valuable tools for you if you  
do literature searches in:

- **sociology (natch) ▪ management**
- **medicine ▪ social psychology**
- **criminology ▪ economics & demography**
- **linguistics ▪ etc.**

We've made major changes in our print  
and online services recently. When did you  
last use **sa**?

***Working hard in the 80's***

**sociological abstracts, inc.**

P.O. Box 22206  
San Diego, California 92122-0206  
0-1-619-565-6603